

Magistratsdirektion

9500 Villach,
www.villach.at

Auskunft Claudia Godec
T 04242 / 205-1100
F 04242 / 205-1199
E claudia.godec@villach.at

DVR: 0013145
Unsere Zahl: MD-70r/14-01/Go

Villach, 17. Juni 2014

Niederschrift

über die **1. Gemeinderatssitzung** am Freitag, den 4. April 2014, um 15.00 Uhr im Paracelsussaal, Rathaus.

Tagesordnung

Fragestunde

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Mitteilungen des Jugendrates
3. Bericht gemäß § 74 Villacher Stadtrecht 1998
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
4. Bericht gemäß § 86 Abs. 3 Villacher Stadtrecht 1998
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
5. Selbständiger Antrag der FPK-Gemeinderäte betreffend familienfreundlichere Angebote in der Kärnten Therme
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
6. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte vom 7.12.2011 betreffend Einführung eines Wohnstartschecks zur Belebung der Altstadt
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
7. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte vom 27.7.2012 betreffend Einführung eines Wohnstartschecks zur Belebung der Altstadt
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
8. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte vom 7.12.2012 betreffend Einführung eines Wohnstartschecks zur Belebung der Altstadt
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
9. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte vom 27.7.2012 betreffend mehr Sicherheit durch den fortgeführten Einsatz einer Sicherheitsstreife für die Villacher Innenstadt
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter

10. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte vom 7.12.2012 betreffend mehr Sicherheit durch den fortgeführten Einsatz einer Sicherheitsstreife für die Villacher Innenstadt
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
11. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte vom 27.7.2012 betreffend kostenloser, kabelloser Internetzugang in der Bahnhofstraße und am Bahnhofplatz – W-LAN
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
12. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte vom 7.12.2012 betreffend kostenloser, kabelloser Internetzugang in der Bahnhofstraße und am Bahnhofplatz – W-LAN
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
13. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Live-Übertragung der Gemeinderatssitzungen
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
14. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Sonderförderungen zur Belegung leer stehender Geschäfte in der Villacher Innenstadt
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
15. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Willkommenspaket für StudentInnen
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
16. Verleihung des Rechtes zur Führung des Villacher Stadtwappens an den Bienenzuchtverein Villach
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
17. Austragung XVI. Internationale Feuerwehrwettbewerbe, XXI. Internationale Jugendfeuerwehrbegegnung – Grundsatzbeschluss
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
18. Vertretung der Stadt Villach in Verbänden, Vereinen, Gesellschaften, Beiräten und ähnlichen Institutionen – Stadtmarketing Villach GmbH
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
19. Vertretung der Stadt Villach in Verbänden, Vereinen, Gesellschaften, Beiräten und ähnlichen Institutionen – Änderungen im KFA-Vorstand
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
20. Neubesetzung eines Ersatzmitgliedes der Statutarstadt-Bedienstetenschutzkommission
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter

21. DEVOLUTION: Ausstellung 2014 „Zeitenwende – Eine Spurensuche“; Vereinbarung
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
22. Wirtschaftsförderungen
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
23. Abwasserverband Faaker See – Anteilige Haftungsübernahme Darlehen; Aufschließungsbauabschnitt 25.1; Sanierungsbauabschnitt 25.2
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
24. Darlehensverzicht Villacher Alpenstraße
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
25. Außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 Abs. 1 Villacher Stadtrecht 1998
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
26. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Reinigung und Instandhaltung der Denkmäler in Villach
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
27. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte vom 22.10.2012 betreffend Forderung einer Machbarkeitsstudie zur Erschließung der Drauriviera
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
28. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte vom 22.3.2013 betreffend Forderung einer Machbarkeitsstudie zur Erschließung der Drauriviera
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
29. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Fahrbahn Sepp-Weißenbacher-Weg
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
30. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Umsetzung der Visualisierung der Drauriviera
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
31. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Errichtung WC-Anlage im Walter-Dick-Park
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
32. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Beleuchtung entlang der Uferzonen auf Villacher Stadtgebiet
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel

33. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Geruchsproblematik im Zusammenhang mit Müllinseln
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
34. Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend Schaffung einer Ladestation für E-Bikes
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
35. Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend Beschilderung des Drauradweges im Bereich von Villach
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
36. Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend Adaptierung der öffentlichen WC-Anlagen an der Draubrücke
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
37. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Schließfächer in der Innenstadt
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
38. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Architektenwettbewerb zur besseren Einbindung des Drauradweges in die Villacher Innenstadt
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
39. Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend Erneuerung der veralteten Radabstellanlage am Abgang zur Drau und Schaffung einer neuen Fahrradabstellanlage in unmittelbarer Nähe der Markthalle
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
40. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Bedarfserhebung und Errichtung Kinderspielplatz Vassach
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
41. Grundübernahme in das Öffentliche Gut der Stadt Villach – Gst. 1249/2, GB Maria Gail; Stadtbaumeister Josef Willroider GmbH
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
42. Grundbereinigungen mit dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach – Untere Fellacher Straße; Josef Melcher
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
43. Grundbereinigungen mit dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach – Drei Mühlen Weg; Mag. Klaus Jürgen Gretschnig
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel

44. Grundverkauf aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach – Seeblickstraße;
Rotraut Beams, Johann Anderwald
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
45. Grundverkauf aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach – Egger Teich
Abfluss; Manfred Abson, Barbara Stubinger, Gerhard Moser, Dr. Wolfgang
Trattner, Christine Medwed, Maximilian Medwed
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
46. Änderung des Flächenwidmungsplanes Grundstücke 523/1, 523/2, 525/1,
.45/2 (alle teilweise) und 523/3, KG Völkendorf; Johann Kreschischnig
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
47. Änderung des Flächenwidmungsplanes, Grundstücke 594/1, 594/2 und
594/3 (alle teilweise), KG Wollanig; Judith Egger
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
48. Erstellung eines Teilbebauungsplanes „Lagermax – Gewerbezeile“,
Grst. Nr. 320/25, KG Perau (Zl.: 20-36-05)
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
49. Aufhebung des grafischen Teilbebauungsplanes Bereich Jugendherber-
ge/Volksschule St. Martin, Grst. Nr. 1417/5 teilw., 1417/10, 1417/13 und
1417/16 teilw., alle KG St. Martin (Zl.: 20-15-05)
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
50. Vorbelastung Budget 2015 für Vertragsabschlüsse Abos der Stadt Villach
Berichterstatter: Vizebürgermeister Günther Albel
51. Selbständiger Antrag der FPK-Gemeinderäte betreffend Einführung von ei-
nem Familienbeirat
Berichterstatterin: Stadträtin Mag.^a Gerda Sandriesser
52. Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend
Verbesserung und Erweiterung bei der Haltestelle Seebach für ein adäqua-
tes „Park & Ride“-Angebot
Berichterstatter: Stadtrat Mag. Peter Weidinger
53. Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend
Verzicht auf Pestizide
Berichterstatter: Stadtrat Harald Sobe
54. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Kinderbetreuung
in der Innenstadt
Berichterstatter: Stadtrat Harald Sobe
55. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Leit- bzw. Orien-
tierungssystem beim Parkplatz V73
Berichterstatter: Stadtrat Harald Sobe

56. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Hundesackerln für Hundehalter
Berichterstatter: Stadtrat Harald Sobe
57. Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Lösung des Lärmproblems für die Bewohner rund um den Walter-Dick-Park in Landskron
Berichterstatter: Stadtrat Harald Sobe
58. Naturpark Dobratsch – KG Völkendorf, Ernennung zum Naturpark-Partnerkindergarten
Berichterstatter: Stadtrat Harald Sobe
59. Führung des Kindergartens Puch – Änderung des Vertrages
Berichterstatter: Stadtrat Harald Sobe
60. Erneuerung des elektronischen Informationssystems an den Stadteinfahrten
Berichterstatter: Stadtrat Harald Sobe
61. Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge

Anwesende:

Bürgermeister Helmut Manzenreiter

1. Vizebürgermeister Günther Albel

2. Vizebürgermeisterin Wally Rettl

Stadträtin Mag.^a Gerda Sandriesser

Stadtrat Mag. Peter Weidinger

Stadtrat Harald Sobe

Stadtrat Mag. Dr. Josef Zauchner

GR Richard Pfeiler

GRⁱⁿ Mag.^a Ines Wutti

für GRⁱⁿ Mag.^a Hilde Schaumberger

GR Dieter Berger (bis 18 Uhr)

und GRⁱⁿ Ecaterina Esterl (ab 18 Uhr)

für GRⁱⁿ Irene Hochstetter-Lackner

GR Gerhard Kofler

GRⁱⁿ Brigitte Franc-Niederdorfer

GR Ewald Koren

GR Ing. Karl Woschitz

GRⁱⁿ Mag.^a Gerda Pichler

GR Günther Stastny

GR Horst Hoffmann

für GR Herbert Hartlieb

GR Mag. Ingo Mittersteiner

GR Mag. Bernd Olexinski (ab 17.40 Uhr)

GR Ing. Klaus Frei (bis 17.40 Uhr)

GR Isidor Scheriau
GR Günther Krainer
GR Harald Geissler
GRⁱⁿ Carmen Strauss, BA
für GR Ewald Michelitsch, MAS, MBA
GR Gerald Aichernig
GR Gernot Schick
GR Erwin Baumann
GRⁱⁿ Mag.^a Elisabeth Dieringer-Granza
GRⁱⁿ Eveline Tilly
GR Wilhelm FRITZ
GR Albin Alfred Waldner
GR Roland Zellot
für GRⁱⁿ Isabella Lehner
GR Arnulf Jachs
GR Gerd Struger
für GRⁱⁿ Aliza Zwitter, MBA
GR Dipl.-HTL-Ing. Christian Struger, MSc, MBA
GRⁱⁿ Christiana Sedlnitzky
für GRⁱⁿ Hermine Krenn
GR Josef Lackner (bis 18.30 Uhr) und
GR Sandro de Roja (ab 18.30 Uhr)
für GR Johann Innerhofer
Frau Kordula Wegscheider
für GR KommR Bernhard Plasounig
GR Mag. Markus Steinacher
GRⁱⁿ Sigrid Bister
GR Adolf Pobaschnig
GRⁱⁿ Sabina Schautzer
GR Mag. Herwig Burian
für GRⁱⁿ Susanne Zimmermann
GR Hartwig Warmuth (bis 16.45 Uhr)
GR Josef Spitzer (ab 16.45 Uhr)
GR Albert Gangl (bis 16.55 Uhr)
GR Peter Pirolt (ab 16.55 Uhr)
GR Sascha Jabali-Adeh

Magistratsdirektor Dr. Hans Mainhart
Dr. Alfred Winkler
Dipl.-Ing. Guido Mosser
Finanzdirektor Mag. Emil Pinter
Dr. Michael Fuetsch
Dr.ⁱⁿ Claudia Pacher
Mag. Walter Egger
Kontrollamtsdirektor Mag. Hannes Liposchek

Schriftführung: Claudia Godec, Barbara Ortner

Bürgermeister Manzenreiter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Für Frau Gemeinderätin Mag.^a Hilde Schaumberger (krank) ist Frau Gemeinderätin Mag.^a Ines Wutti, für Frau Gemeinderätin Irene Hochstetter-Lackner (Urlaub) ist Gemeinderat Dieter Berger (bis 18 Uhr) und Frau Gemeinderätin Ecaterina Esterl (ab 18 Uhr), für Gemeinderat Herbert Hartlieb (krank) ist Gemeinderat Horst Hoffmann, für Gemeinderat Mag. Bernd Olexinski (bis 17.40 Uhr dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Ing. Klaus Frei, für Gemeinderat Ewald Michelitsch, MAS, MBA (dienstlich verhindert) ist Frau Gemeinderätin Carmen Strauss, BA, für Frau Gemeinderätin Isabella Lehner (krank) ist Gemeinderat Roland Zellot, für Frau Gemeinderätin Aliza Zwitter, MBA (krank) ist Gemeinderat Gerd Struger, für Frau Gemeinderätin Hermine Krenn (Urlaub) ist Frau Gemeinderätin Christiana Sedlitzky, für Gemeinderat Johann Innerhofer (dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Josef Lackner (bis 18.30 Uhr) und Gemeinderat Sandro de Roja (ab 18.30 Uhr), für Gemeinderat KommR Bernhard Plasounig (dienstlich verhindert) ist Frau Kordula Wegscheider, für Frau Gemeinderätin Susanne Zimmermann (krank) ist Gemeinderat Mag. Herwig Burian, für Gemeinderat Hartwig Warmuth (ab 16.45 Uhr dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Josef Spitzer und für Gemeinderat Albert Gangl (ab 16.55 Uhr dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Peter Pirolt anwesend.

Anzugeloben ist noch Frau Kordula Wegscheider.

Magistratsdirektor Dr. Hans Mainhart spricht die Gelöbnisformel vor.

Frau Kordula Wegscheider leistet als neues Mitglied des Gemeinderates das Gelöbnis gemäß § 21 Abs. 3 des Villacher Stadtrechtes.

Bürgermeister Manzenreiter stellt die **Beschlussfähigkeit** des Gemeinderates fest.

Gegen das **Protokoll** der Gemeinderatssitzung vom 6.12.2013 werden keine Einwendungen erhoben; es gilt somit als **genehmigt**.

Gegen die **Tagesordnung** werden keine Einwendungen erhoben; sie gilt somit als **genehmigt**.

Als **Protokollprüfer** werden Gemeinderat Isidor Scheriau (SPÖ) und Frau Gemeinderätin Sigrid Bister (ÖVP) bestellt.

Vizebürgermeister Albel übernimmt den Vorsitz.

Fragestunde

Beginn der Fragestunde: 15.05 Uhr

1.) Anfrage von Gemeinderat Warmuth betreffend Mietvorauszahlung Holiday Inn

Gemeinderat Warmuth stellt folgende Frage:

Die Eigentümergesellschaft des Holiday Inn ist insolvent. Im Rahmen dieser Insolvenz wird nunmehr das Hotel verkauft werden.

Die Stadt Villach hat nach vorliegenden Informationen einen langfristigen Mietvertrag für Teile des Hotels abgeschlossen und dafür auch eine sehr hohe Mietzinsvorauszahlung geleistet.

Dazu meine Frage:

Ist es richtig, dass ein Großteil der geleisteten Mietvorauszahlung auf Grund einer unterbliebenen grundbücherlichen Sicherstellung dieser Vorauszahlung nunmehr als verloren anzusehen ist, und wie hoch ist dieser Betrag?

Bürgermeister Manzenreiter beantwortet die Frage wie folgt:

Die Vorauszahlung ist nicht als verloren anzusehen.

Die Fraktionen der **SPÖ** und der **FPÖ** verzichten auf eine Zusatzfrage.

Stadtrat Mag. Peter Weidinger (ÖVP):

Besteht das gegenständliche Mietverhältnis noch? Wenn nein, welche Konsequenz hat das für den Villacher Steuerzahler?

Bürgermeister Manzenreiter:

Das Verhältnis besteht noch.

Gemeinderat Mag. Burian (Die Grünen Villach):

Herr Bürgermeister, ich danke zuerst für die sehr ausführliche Beantwortung im Rahmen der Fragestunde.

Vizebürgermeister Albel in einem Ordnungsruf:

Herr Gemeinderat Burian, Sie dürfen nur die Frage stellen – ohne Ausführungen.

Gemeinderat Mag. Burian (Die Grünen Villach):

Ich möchte folgende Frage stellen: Man darf seine Frage doch ein bisschen begründen, oder?

Vizebürgermeister Albel:

Nein, es ist lediglich die Fragestellung erlaubt.

Gemeinderat Mag. Burian (Die Grünen Villach):

Der Baurechtsvertrag ist meiner Meinung nach auf Grund der Unterlagen obsolet. Welche Konsequenzen hat das für das Hotel? Der Baurechtsvertrag müsste eigentlich gekündigt sein. Ist der Baurechtsvertrag gekündigt? Welche Konsequenzen hat das? Wie geht es der stillen Anleihe von einer Million?

Bürgermeister Manzenreiter:

Herr Gemeinderat Burian, Sie haben sich über die Kürze der Antwort mokiert. Ich bin von Herrn Gemeinderat Warmuth gefragt worden, ob eine bestimmte Darstellung richtig ist. Ich habe gesagt, dass sie nicht richtig ist. Was ist falsch daran?

Gemeinderat Mag. Burian in einem Zwischenruf:

Falsch ist nichts. Es stellt sich nur die Frage, ob eine derartige Beantwortung sehr entgegenkommend ist.

Bürgermeister Manzenreiter:

Dann hätte die Fragestellung anders lauten müssen, Herr Gemeinderat Burian.

Ich bin dann gefragt worden, ob etwas noch aufrecht ist oder nicht, worauf ich geantwortet habe, dass es noch aufrecht ist. Sie alle kennen die Amtsvorträge. Diese muss man eben lesen.

Die Frage war, ob der Baurechtsvertrag noch aufrecht ist oder nicht. Ich bin kein Jurist, ich kann hier also keine Antwort geben. Auf alle Fälle ist aus unserer Sicht das die Einlage sichernde Mietverhältnis aufrecht.

Gemeinderat Warmuth stellt eine Zusatzfrage:

Ist daran gedacht, den Erwerber der Liegenschaft jedenfalls in irgendeiner Form zu unterstützen beziehungsweise sich an einer möglichen Auffanggesellschaft zu beteiligen?

Bürgermeister Manzenreiter:

Wir kennen noch keinen Erwerber.

2.) Anfrage von Gemeinderat Warmuth betreffend Förderung Reinhard-Eberhart-Museum

Gemeinderat Warmuth stellt folgende Frage:

Im Internet ist ersichtlich, dass der ehemalige Betreiber und Eigentümer des Reinhard-Eberhart-Museums in St. Ruprecht, St. Ruprechter Platz, die genannte Liegenschaft zum Verkauf anbietet. Als Verkaufspreis wird von ihm ein Betrag von über einer Million Euro gefordert. Das Reinhard-Eberhart-Museum ist, soweit wahrnehmbar, seit Wochen geschlossen, und Herr Eberhart wohnt nicht mehr in diesem Hause.

Hierzu meine Frage:

Die Stadt Villach hat in den letzten Jahren laufend, größtenteils für bauliche Maßnahmen, zweckgebundene Förderungen an das Reinhard-Eberhart-Museum bezahlt.

Hat die Stadt Villach sichergestellt, dass für den Fall der Veräußerung des Gebäudes diese Förderungen gänzlich oder teilweise wieder an die Stadt zurückbezahlt werden, und sind diese im Grundbuch sichergestellt?

Bürgermeister Manzenreiter beantwortet die Frage wie folgt:

Herr Gemeinderat, das Land Kärnten hat laufend größere Beträge gezahlt, nicht die Stadt Villach. Von uns hat es einen einzigen Betrag gegeben. Der Zweck für die Subvention, also für die Förderung, ist erfüllt worden, und damit ist die vorgesehene Regelung vom Subventionswerber sozusagen umgesetzt worden. Es ist mir kein Fall bekannt, bei welchem Förderungen, wenn der Förderzweck erfüllt worden ist, zurückgezahlt worden sind. Aus der Sicht aller Beteiligten, die von mir dazu befragt worden sind, hat es in keinem Fall eine ähnliche Vorgehensweise gegeben.

Die Fraktionen der **SPÖ** und der **FPÖ** verzichten auf eine Zusatzfrage.

Gemeinderat Mag. Steinacher (ÖVP):

Welche Maßnahmen könnten wir in Zukunft setzen, damit so eine Situation, wie wir sie jetzt beim Reinhard-Eberhart-Museum haben, wo wir etwas fördern oder subventionieren und dann der Subventionswerber möglicherweise dieses Objekt privatwirtschaftlich verkauft, nicht eintritt? Oder anders gefragt: Wie können wir hinkünftig generell mit „Zuwendungen“, und ich nenne hier die Pachtstundung bei der Kärnten Therme, sorgsamer umgehen?

Vizebürgermeister Albel in einem Ordnungsruf:

Herr Gemeinderat Steinacher, ich darf Sie auffordern, jetzt nur eine Frage zu stellen.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Herr Bürgermeister, ich bitte um eine umfassende Beantwortung.

Vizebürgermeister Albel in einem Ordnungsruf:

Ich darf noch einmal alle auffordern, dass sie die Regeln, die wir uns als Gemeinderat selbst gegeben haben, auch einhalten. Herr Gemeinderat Steinacher, das gilt ganz im Besonderen für Sie. Es ist nur eine Zusatzfrage zu stellen. Diese hat mit einem Fragezeichen zu enden und nicht mit einer Wortmeldung.

Bürgermeister Manzenreiter:

Herr Gemeinderat Steinacher, ich kann nur feststellen, dass dieser Förder- oder Subventionsfall im Rahmen der auch von Ihnen mit beschlossenen Richtlinien abgewickelt worden ist. Wenn Sie wollen, dass dieser Bereich in Zukunft anders behandelt wird, müssen Sie aktiv werden und Richtlinien vorschlagen, die dann vom Gemeinderat geändert werden können.

Gemeinderat Mag. Steinacher in einem Zwischenruf:

Würden Sie das unterstützen?

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich glaube, Sie haben keine Anfrage mehr, Herr Gemeinderat, Sie sind aus diesem Match schon draußen.

Vizebürgermeister Albel in einem Ordnungsruf:

Herr Gemeinderat Steinacher, Herr Bürgermeister ist am Wort.

Bürgermeister Manzenreiter:

Herr Vorsitzender, manche haben eben eine Kinderstube, manche nicht.

Was soll man machen? Ich habe Ihnen die Antwort gegeben. Sie selbst haben Förderrichtlinien mit beschlossen, nach welchen der Fall abgewickelt worden ist. Wenn Sie diese ändern wollen, weiß ich nur nicht, wie die ehemalige Wirtschaftspartei vorgehen wird, wenn wir Wirtschaftsförderungen vornehmen und dann Verkäufe der geförderten Objekte stattfinden. Machen Sie Vorschläge für Richtlinien! Darüber wird man beraten. Das, was hier geschehen ist, ist auch mit Ihrer Stimme sozusagen gemäß den Richtlinien abgewickelt worden.

Die Fraktion der „**Grünen Villach**“ verzichtet auf eine Zusatzfrage:

Gemeinderat Warmuth stellt eine Zusatzfrage:

Wäre es denkbar, dass wir hinkünftig eine solche Förderung an eine gewisse Zeit der Öffnung oder des Gebrauchs eines solchen Museums binden können, damit es nicht, wie in diesem Fall, zwei Jahre später zu einem Verkauf kommt?

Bürgermeister Manzenreiter:

Denkbar ist das schon, es müssen nur die Richtlinien geändert werden. Wie Sie diese dann in eine praktikable Form gießen wollen, darüber muss man nachdenken. Die gegenständliche Förderung ist richtlinienkonform abgewickelt worden. Die Richtlinien sind von uns allen so beschlossen worden. Sollte das Objekt verkauft werden, wissen wir noch nicht, ob der Käufer das Museum weiterführt. Tatsache ist, dass der Subventionszweck erfüllt worden ist.

3.) Anfrage von Gemeinderat Mag. Steinacher betreffend Mietzinsvorauszahlung CCV GmbH

Gemeinderat Mag. Steinacher stellt folgende Frage:

Laut Amtsvortrag vom 27.7.2005 – ich kürze ab – wurde beschlossen bzw. „zustimmend zur Kenntnis genommen“, wonach zwischen der CCV GmbH (100%ige Tochter der Stadt Villach) als Mieter und der Congress Hotel Villach Errichtungs GmbH (nunmehr in Insolvenz befindlich) als Vermieter für Seminarräumlichkeiten im Hotel ein Mietvertrag abgeschlossen wurde. In dieser Vereinbarung wurde festgelegt, dass die CCV GmbH (als 100%ige Tochter der Stadt Villach) eine Mietzinsvorauszahlung für die gesamte Laufzeit von 35 Jahren in der Höhe von 2,1 Millionen Euro zu leisten hat.

Jetzt meine konkrete Frage:

Sehr geehrter Herr SPÖ-Vorsitzender Bürgermeister Helmut Manzenreiter, warum wurde die gegenständliche Mietzinsvorauszahlung nicht grundbücherlich (bzw. anderwärtig) gesichert, und wie hoch ist der theoretisch zu erwartende Schaden für den Villacher Steuerzahler?

Bürgermeister Manzenreiter beantwortet die Frage wie folgt:

Herr Gemeinderat, Schaden wäre entstanden, wenn sich im Gemeinderat die ÖVP-Meinung, dieses Hotel im Hinterhof der Brauerei zu errichten, durchgesetzt hätte. Ich kann mich noch daran erinnern. Man hat sich ja von der ÖVP aus bemüht, diesem Standort weit weg vom Kongresszentrum und von der Drau zum Durchbruch zu verhelfen, weil dort der Schwager vom ehemaligen Gemeinderat Wirtschaftsbundobmann Groß ein Projekt gemacht hat – nur so viel. Das wäre ein Pleiteprojekt geworden. Das heißt, hätte sich Ihre Meinung durchgesetzt, dann wäre ganz sicher Schaden entstanden, denn dieses Hotel in der Einheit mit dem Kongresszentrum und der Garage, und das werde ich Ihnen jetzt Punkt für Punkt nachweisen, ist ein Glücksfall für unsere Stadt, für das Kongresswesen, für die Industrie, die international tätig ist.

Dass hier ein Konkursverfahren eingeleitet werden musste, hat damit zu tun, und Sie kennen die Leute, die dafür in den nächsten Tagen das Gefängnis aufsuchen werden, dass es innerhalb der Hypo Vorgänge gegeben hat, die wir nicht goutieren. Also, vor der eigenen Türe kehren, Herr Gemeinderat, wäre auf diesem Gebiet besser! Wir sind es jedenfalls in den letzten Tagen gewohnt, dass Sie die Wirtschaft dieser Stadt in einer Form skandalisieren, die gänzlich unglaublich ist, und ich werde Ihnen das jetzt beweisen. Wahrscheinlich sind Sie nervös, weil die Wahlen kommen.

Vizebürgermeister Albel in einem Ordnungsruf:

Herr Gemeinderat Steinacher, Herr Bürgermeister ist am Wort.

Gemeinderat Mag. Steinacher in einem Zwischenruf:

Meine konkrete Frage ging um die Mietzinsvorauszahlung!

Vizebürgermeister Albel in einem Ordnungsruf:

Herr Gemeinderat Steinacher, ich darf noch einmal auffordern, dass wir uns alle an die Regeln halten, auch Sie. Wenn Sie eine Wortmeldung haben, können Sie sich später zu Wort melden, jetzt ist Herr Bürgermeister am Wort.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich bin nicht bereit zu antworten, wenn es hier permanent ein Staccato an Zwischenrufen gibt. Ihre Pöbeleien lasse ich mir hier im Gemeinderat nicht bieten.

Gemeinderat Mag. Steinacher in einem Zwischenruf:

Beantworten Sie meine Frage, Herr Bürgermeister! Das ist keine Pöbeleie.

Bürgermeister Manzenreiter:

So ähnlich haben höchstens SS-Schergen mit ihren Leuten gesprochen, wie Sie mit mir reden.

Gemeinderat Mag. Steinacher in einem Zwischenruf:

So etwas verbitte ich mir!

Bürgermeister Manzenreiter:

Sie können sich verbitten, was Sie wollen.

Vizebürgermeister Albel in einem Ordnungsruf:

Herr Gemeinderat Steinacher, ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten und bitte die Klubobleute zu mir, um ein Klubgespräch zu führen.

Die Sitzung wird von 15.20 bis 15.30 Uhr unterbrochen.

Vizebürgermeister Albel:

Wir haben uns in der Klubobleute-Sitzung grundsätzlich darauf geeinigt, dass die Sitzungsvorgaben, die wir uns als Gemeinderat gegeben haben, auch einzuhalten sind. Sachliche Wortmeldungen sind am Pult jederzeit erwünscht. Das Hineinrufen jedoch entspricht nicht der Gemeinderatssitzungsführung, wie wir sie haben wollen. Wir dürfen nicht vergessen, dass Mitglieder des Villacher Jugendrates hier sind, die darauf erpicht sind, eine sachliche Diskussionsführung mitzuerleben. Herr Bürgermeister Manzenreiter ist bei der Beantwortung der Frage von Gemeinderat Steinacher am Wort.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich möchte noch einmal feststellen, dass die Zeiten Gott sei Dank vorbei sind, in welchen jemand einem politisch anders Denkenden sagt: Antworten Sie, Ja oder Nein! Dagegen habe ich mich verwehrt, und das haben schon Prominentere gemacht als ich. Mir steht auf diese Anfrage eine umfangreiche Berichterstattung zu, und ich lasse mich hier von niemandem auf ein „Ja“ oder „Nein“ reduzieren. Diese

Antwort wird für jene, die in den letzten Tagen wieder einmal versucht haben, alle Dinge zu skandalisieren und falsch darzustellen, natürlich unheimlich peinlich sein. Ich darf speziell die Medienvertreter bitten, sehr gut zuzuhören, denn die Frage des Kongresshotels, das fast ein Husarenstück der Stadt Villach und der Verhandler der Stadt Villach ist, kann entweder nur von Leuten, die es nicht verstehen, falsch ausgelegt werden, oder es erfolgt aus politischer Taktik. Die Antwort auf das Warum möchte ich Ihnen überlassen.

Es ist jedenfalls richtig, dass im Zuge der Errichtung des Hotels in den Jahren 2006 und 2007 von der Congress Center Villach GmbH eine Mietvorauszahlung - das heißt, kein geschenktes Geld - in der Höhe von 2,1 Millionen Euro netto geleistet wurde. Das ist ein durchaus üblicher Vorgang und in der Gesetzeslandschaft Österreichs voll abgesichert. Ich miete etwas und leiste eine Vorauszahlung.

Wir waren damals in der Situation, dass es bei der Planung des Kongresszentrums, welches im Jahr 1971 an einem beengten Platz eröffnet worden ist, Ende der Sechziger- bis Anfang der Siebzigerjahre noch im Hintergrund stand, Seminarräume zu schaffen. Ohne qualitative Seminarräume ist ein Kongress heute nicht zu bekommen. Wir waren in der Situation, dort Seminarräume anbieten zu müssen, um dem Kongresszentrum die guten Chancen zu ermöglichen, die sich ihm derzeit bieten. Diese Seminarräume konnten nach Prüfung ausschließlich im Hotel errichtet werden.

Wir haben uns damals an die Hotelerrichtungsgesellschaft gewandt. Wir waren diejenigen, die das gemacht haben! Jetzt wird es nämlich so dargestellt, als ob wir jemanden bevorzugt hätten. Wir haben uns an die Hotelerrichtungsgesellschaft gewandt mit der Frage, ob wir im Zuge der Errichtung des Hotels Seminarräume bekommen können. Das ist dann im Ausmaß von rund 700 Quadratmetern umgesetzt worden. Ich war heute vor Ort und kann sagen, dass die Seminarräume ausgelastet sind. Es handelt sich dabei um die Drauräume. Die Einnahmen aus der Vermietung fließen ausschließlich der CCV GmbH zu, das heißt, das passiert zu unserem Vorteil. Die Dauer des Vertrages wurde schon erwähnt, sie beträgt 35 Jahre.

Nun sage ich Ihnen Folgendes, weil das Ganze immer als Schwindel dargestellt wird: Nach einem Bericht der Finanzdirektion betrugen die Einnahmen aus diesen Seminarräumen im Jahr 2008 rund 78.000,00 Euro, im Jahr 2009 88.360,00 Euro, im Jahr 2010 81.933,00 Euro, im Jahr 2011 95.985,00 Euro, im Jahr 2012 93.162,00 Euro und im Jahr 2013 110.619,00 Euro. Insgesamt sind in diesen 6,5 Jahren, die bis jetzt vergangen sind, Mietrückzahlungen an die Stadt, das heißt, an die Congress GmbH, in Höhe von 548.078,50 Euro erbracht worden. Nun kann sich auch ein schwacher Rechner ausrechnen, wie viel die Summe auf 35 Jahre hochgerechnet ausmachen wird, wenn in 6,5 Jahren bereits 548.078,50 Euro an Einnahmen geflossen sind.

Es ist auch richtig, dass die Mietvorauszahlung grundbücherlich nicht besichert wurde. Eine grundbücherliche oder sonstige Besicherung war nach Ansicht der

Rechtsexperten auf Grund der tatsächlichen Vertragsgestaltung und Sachlage nicht erforderlich. Das ist die Auskunft unserer Juristen. Die tatsächliche Vertrags- und Faktenlage bringt jedoch letztendlich der CCV GmbH beziehungsweise für den Bestand des Mietvertrages rechtlich keine Schlechterstellung.

Auch eingeholte Expertenmeinungen gehen davon aus, dass auf Grund des Insolvenzverfahrens der Congress Hotel Errichtungs GmbH beziehungsweise im Falle einer Verwertung das Mietverhältnis der CCV GmbH auch im Falle einer Veräußerung aufrecht bleibt beziehungsweise auf Grund der gegebenen Sachlage einem Kündigungsschutz unterliegt beziehungsweise nicht aufgekündigt werden kann. Sollte das von Dritten angezweifelt werden, sind die rechtlichen Voraussetzungen für eine Durchsetzung des Anspruchs als sehr gut einzustufen. Ein Schaden für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler beziehungsweise für die Stadt Villach ist daher weder bisher eingetreten noch zu erwarten. Im Gegenteil: Es wird nach dem derzeitigen Berechnungsstand mit Ende 2014 ein Mehrerlös an Mieteinnahmen gegenüber den Mietkosten von ca. 380.000,00 Euro erzielt werden.

Jetzt schlägt es für die Miesmacherpartie der ÖVP Dreizehn. Ich muss das ganz offen sagen. Wir haben bis Ende dieses Jahres aus dieser Mietvorauszahlung allein für den genannten Zeitraum, das sind siebeneinhalb Jahre, Einnahmen von 380.000,00 Euro erzielt. Das ist die Wahrheit. Die krampfhaft Miesmacherei der Österreichischen Volkspartei ist verantwortungslos.

Noch einmal: Expertenmeinungen gehen davon aus, dass mit weit überwiegender Wahrscheinlichkeit der Kündigungsschutz des MRG zum Tragen kommt, aber auch, wenn wider Erwarten der Mietvertrag nicht dem Anwendungsbereich des MRG unterliegen sollte, was letztlich nur durch ein OGH-Urteil geklärt werden könnte, und der Mietvertrag dem ABGB unterliegt, wäre auf Grund der uns derzeit vorliegenden Judikatur Unkündbarkeit auf Grund der tatsächlich geleisteten Mietvorauszahlung gegeben. Sie müssen sich vorstellen, dass die Haftung und die Finanzierung ausschließlich bei der Hypo lagen. Es war also nicht möglich, erst-rangig im Grundbuch unterzukommen. Das wird auch dem Masseverwalter, aus dessen Umfeld die ÖVP scheinbar diese falsche Meinung übermittelt bekommen hat, mitgeteilt werden.

Gemeinderat Mag. Steinacher in einem Zwischenruf:

Das ist die Unwahrheit.

Bürgermeister Manzenreiter:

„Scheinbar“ kann ich immer sagen, Herr Gemeinderat. Bei Ihnen liegen auf Grund meiner Rede und meines Berichtes die Nerven blank. Das ist mir schon klar. Wenn man aus etwas, von dem Sie behaupten, dass daraus nur ein Schaden entstanden ist, in nur siebeneinhalb Jahren ein Plus von 380.000,00 Euro erzielt hat, dann sind Sie eigentlich nicht mehr berechtigt, die Stadt Villach positiv zu vertreten.

Ich möchte Ihnen aber noch ein paar Zahlen zur Erfolgsgeschichte dieses einzigartigen, wahrscheinlich im Süden Österreichs, in Slowenien und Norditalien nicht

vergleichbaren Hotel-, Kongress- und Garagenkomplexes sagen, der nach dem Willen der ÖVP im Hinterhof der Brauerei hätte errichtet werden sollen. Seit der Hoteleröffnung am 1.9.2007 sind von der Hotelbetriebs GmbH an die Stadt Villach Direktabgaben in Form von Kommunalsteuer, Orts- und Nächtigungstaxe und Tourismusabgabe, wobei wir diesbezüglich das letzte Jahr nicht rechnen können, denn der Tourismus ist inzwischen privatisiert worden, 643.252,72 Euro geflossen. Allein an Steuern ist dieser Betrag geflossen. Hier hat sich das Bemühen einiger erfolgreicher Leute in der Administration und in der Politik ausgezahlt. Allein in Bezug auf diese Umwegrentabilitätsrechnung, wenn man diese für die nächsten Jahre vornimmt, ist dieses Hotel für die Stadt Villach monetär ein sehr gutes Geschäft. Es ist im Bereich des Tourismus mit Abstand der stärkste Betrieb und der Steuerzahler mit den höchsten Beträgen in der Stadt Villach.

Abgaben, die entweder direkt oder indirekt an den Haushalt der Stadt Villach fließen oder dem Tourismus zu Gute gekommen sind, habe ich aufgezählt. Ich werde noch ein paar Sachen sagen, weil immer so getan wird, als ob in dieser Angelegenheit geschummelt worden wäre. Dieses Unternehmen hat an Kanalanschlussbeitrag 102.356,40 Euro und an Wasseranschlussbeitrag 84.408,90 Euro entrichtet. Dieses Unternehmen hat an Kanalgebühren bis dato 80.868,30 Euro entrichtet. An Grundsteuer wurden 95.388,25 Euro abgeführt, und für den Baurechtszins, weil sich das Gebäude auf einem Grundstück der Stadt Villach befindet, 188.415,63 Euro. Hören Sie bitte gut zu: Es gibt keine Zahlungsrückstände. Es wurde alles auf Heller und Pfennig entrichtet, was eigentlich ein Normalzustand ist, aber nicht immer so eintritt. Allein die aufgelisteten Beträge bedeuten einen direkten Rückfluss, der durch das gesamte Hotelprojekt erreicht wurde, an die Stadt Villach und an die Gebührenhaushalte von insgesamt 1.195.000,00 Euro. Was wir gar nicht rechnen, ist die Wertschöpfung für die gesamte Innenstadt, die Aufwertung unseres Kongresszentrums und die massiv steigende Zahl an Kongressen, die dort abgehalten werden. Alles zusammen stellt ein Angebot dar, welches vorher für die international tätige Industrie, die das Hotel unbedingt gebraucht hat, nur unbefriedigend war.

Was wollen Sie noch hören, um die Miesmacherei der ÖVP zu erkennen? Umsatzsteuer und Grunderwerbssteuer sind in meiner Aufzählung noch gar nicht berücksichtigt. Das Hotel bietet 60 bis 65 Beschäftigten einen Arbeitsplatz. Die durchschnittliche Auslastung liegt bei 70 Prozent, was einen hervorragenden Wert bedeutet. Wenn dort etwas im negativen Sinn passiert, dann ist das der Imageschaden, der durch die ÖVP eingeleitet worden ist und den ich zutiefst bedauere, weil alle Behauptungen, die von der ÖVP in den letzten Wochen getätigt worden sind, falsch sind. Die ÖVP entwickelt sich immer mehr zu einer Partei, die sich gar nicht so sehr mit dem politischen Gegner auseinandersetzt, sondern zum Beispiel auch Schaden der Therme verursacht. Die Therme ist für die Stadt Villach kein Problem. Die Stadt Villach hat im Tourismus einen neuen Magneten gebraucht, welchen es nun durch die Umsetzung der Therme auch gibt. Auf diesem Gebiet wurde ebenfalls Negativpropaganda zu Lasten privater Unternehmer betrieben. Beim Kongresszentrum setzen Sie das fort.

Jetzt lese ich, dass ein Herr Haberl Wickeltische für die Innenstadt verlangt. Ich sage das nur, damit Sie sehen, was mit dieser Partei los ist, die scheinbar völlig irritiert ist und nicht erkennt, was die Realität ist. Ich habe eine Liste zusammenstellen lassen. In der Villacher Innenstadt können Sie an 17 Plätzen Kinder wickeln. Frau Vizebürgermeisterin Rettl hat vor kurzem die Wickeleinrichtungen der Stadt Villach modernisieren lassen.

Bürgermeister Manzenreiter auf einen Zuruf von Gemeinderat Mag. Burian: Schauen Sie, Herr Gemeinderat Burian, wir zwei haben immer die interessantesten Auseinandersetzungen. Bei den vorherigen Anfragen habe ich zu kurz geantwortet, bei der jetzigen zu lang. Nehmen Sie den Durchschnitt, Herr Gemeinderat Burian. Dann kommen wir sicher zu einem guten Ergebnis.

Die Skandalisierungspartei, vor allem die Altstadtskandalisierungspartei, ÖVP hat weiters behauptet, dass es in der Altstadt keine öffentlichen WC-Anlagen gibt. Es gibt insgesamt sechs Anlagen. Ich hoffe, dass ich in dieser Anfragebeantwortung allen Zuhörern, dem Jugendrat und den Journalisten nachweisen konnte, dass hier einfach eine Skandalisierungstruppe der ÖVP am Werk ist und die Dinge völlig anders liegen. Ich betreibe aber keine Motivforschung, warum das so ist. Ich möchte mich nur sehr herzlich beim Vorsitzenden dafür bedanken, der dafür gesorgt hat, dass jemand, der am Rednerpult steht, wobei wir bei ein oder zwei Zwischenrufe nicht empfindlich sind, konzentriert eine Anfrage beantworten durfte.

Die **Fraktionen** der **SPÖ** und **FPÖ** verzichten auf eine Zusatzfrage.

Gemeinderat Mag. Burian (Die Grünen Villach):

Ich würde zuerst gerne etwas zur Geschäftsordnung sagen. Ich glaube, das darf man immer, oder?

Jeder Mensch hat Würde. Das steht in irgendeiner Erklärung. Ich fühle mich durch den Vorsitzenden, dem ich meine erste Zusatzfrage gestellt habe, würdelos behandelt. Ich möchte eigentlich nicht würdelos behandelt werden. Wenn man nicht einmal mehr zwei Worte sagen kann, ohne dass man unterbrochen wird, auf der anderen Seite Herr Bürgermeister aber eine Viertelstunde reden darf, denke ich mir, dass das nicht ganz zusammenpasst. Wir sollten eigentlich im Statut so etwas wie eine aktuelle Stunde einführen, wo man in Ruhe aktuelle Themen diskutieren kann, aber halbwegs gleichberechtigt.

Vizebürgermeister Albel:

Das war der Antrag?

Gemeinderat Mag. Burian:

Das war zur Geschäftsordnung.

Vizebürgermeister Albel:

Darf ich Sie jetzt um Ihre Frage bitten?

Gemeinderat Mag. Burian:

Meine Frage habe ich eigentlich schon gestellt. Sie wurde jedoch nicht beantwortet. Die Frage lautete: Wie geht es der stillen Beteiligung? Es würde mich interessieren, wie hoch die Zinszahlungen waren, die aus dieser stillen Beteiligung an die Stadt geflossen sind. Sie haben alles aufgezählt, was die Stadt Villach bekommen hat. Ich möchte noch einen Satz dazu sagen: 2,5 Millionen Euro sind die letzten fünf Jahre als Abgang in das Congresshotel geflossen. Das soll man auch dazu sagen, wenn man versucht, die Sachlage objektiv darzustellen.

Bürgermeister Manzenreiter:

Herr Gemeinderat Burian, der stillen Beteiligung geht es so, wie es ihr am Ende des Prozesses gehen wird. Wenn Sie die Verträge, die wir haben, genau lesen, wissen Sie, dass es auch in Zukunft eine Chancengleichheit für das Hotel, das Kongresszentrum und die Garage geben wird, die wie bei jedem neuem Betreiber, Pächter oder Käufer erst ausverhandelt werden muss. Wenn Sie das gesamte Vertragskonglomerat lesen, werden Sie sehen, dass unsere Chancen für die Wahrung unserer Interessen sehr groß sind. Das funktioniert nur als Einheit. Mehr kann oder will ich dazu im Grund genommen nicht sagen. Jeder vernünftige zukünftige Betreiber wird danach trachten, mit der Stadt Villach gut auszukommen.

Herr Gemeinderat Burian, ich glaube, Sie als Demokraten zu kennen. Wenn wir uns an unsere eigenen Spielregeln nicht halten, dann werden wir irgendwann einmal scheitern. Das sollte aber in den nächsten elf Monaten nicht passieren. So gesehen gebe ich dem Vorsitzenden Recht, wenn er sagt, dass mir genügend Zeit für die Beantwortung der Frage zusteht. Sie können ja eine Anfrage über fünf Seiten schreiben, dann können Sie auch länger reden. Das Stadtrecht sieht eben vor, dass nur die Frage vorgetragen werden kann. Ich habe eine Frage vollständig beantwortet. Das darf ich, auch wenn es ein bisschen länger dauert.

Zum Schluss darf ich Ihnen sagen, Herr Gemeinderat Burian, dass Ihr letzter Versuch, aus der Sache etwas Schlechtes zu machen, unzulässig und unfair war. Vielleicht haben Sie auch zu jenen gehört, die diese Congresshotel- und Kongresszentrumsgeschichte schlecht machen wollten, was jetzt nicht gelungen ist. Die Journalisten haben feststellen müssen, dass alles ganz anders ist, nämlich dass dieses Projekt eine Erfolgsgeschichte ist. Jetzt aber zu sagen, dass das Kongresszentrum einen Abgang zu verzeichnen hatte? Herr Gemeinderat Burian, seit 1971 hat das Villacher Kongresszentrum Abgänge. Diese sind jetzt nicht höher als vorher. Sie hatten immer in etwa die gleiche Höhe und sind immer von der Stadt Villach getragen worden, denn auch Sie wissen, dass es kein einziges Kongresszentrum in dieser Qualität und Größe gibt, das keinen Abgang zu verzeichnen hat. Es gibt in ganz Österreich keines und darüber hinaus auch nicht. Daher war der letzte Versuch, etwas mies zu machen, unzulässig und unfair.

Ich muss ganz offen sagen, dass ich auch jene Leute verteidigen muss, die gute Arbeit geleistet haben, und das sind eine ganze Reihe von Mitarbeitern.

Gemeinderat Mag. Burian in einem Zwischenruf:

Ich verlange, dass man Einnahmen und Ausgaben nennt.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich kann beim Kongresshaus keine Einnahmen und Ausgaben verbuchen und sie dann auf das Kongresshotel übertragen. Das Kongresszentrum ist ein eigener Wirtschaftskörper mit einem eigenem Verrechnungskreis. In diesem Gemeinderat ziehen durch ein paar Leute scheinbar Methoden ein, bei denen das Miesmachen im Vordergrund steht und nicht die objektive Beurteilung.

Gemeinderat Warmuth verzichtet auf eine Zusatzfrage.

Vizebürgermeister Albel:

Gibt es eine Zusatzfrage des Fragestellers?

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Ja, aber mit einer tatsächlichen Berichtigung.

Vizebürgermeister Albel:

Herr Gemeinderat Steinacher, wir befinden uns in der Fragestunde. Da gibt es keine tatsächliche Berichtigung. Ich darf Sie jetzt ersuchen, dass Sie die Frage stellen, wie wir es auch vereinbart haben.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Es ist schon recht, Herr Vorsitzender. Ich stelle zuerst meine Zusatzfrage und werde dann eine tatsächliche Berichtigung vorbringen, nämlich dass ich mir vom Bürgermeister sicherlich nicht ein Verhalten vorwerfen lasse, dass in den Bereich eines,- und jetzt grinst er sogar - NS-Schergen fällt, oder wie Sie es formuliert haben. Das ist unerhört.

Vizebürgermeister Albel in einem Ordnungsruf:

Herr Gemeinderat Steinacher, Sie stellen Ihre Frage jetzt, oder ansonsten stellen Sie keine Frage mehr.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Ich habe eine Zusatzfrage. Herr Bürgermeister Manzenreiter, Sie haben lange geredet, meine Frage haben Sie aber nur am Rande gestreift. Warum wurde die gegenständliche Mietzinsvorauszahlung nicht grundbücherlich gesichert? Weil Experten Ihnen das geraten haben? Sie haben medial mehrmals angekündigt, dass es ein Gutachten gibt. Mich würde interessieren, von wem das Gutachten ist. Können wir dieses Gutachten haben? Wenn ja, bitte ich darum, uns dieses möglichst umgehend zukommen zu lassen. Wurde es von einem Rechtsanwalt oder von einem Universitätsprofessor erstellt? Was hat dieses Gutachten gekostet? Wie alt ist dieses Gutachten?

Vizebürgermeister Albel:

Eine Frage ist zulässig, Herr Gemeinderat Steinacher.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Ist das gegenständliche Mietverhältnis tatsächlich noch aufrecht? Wenn ja, wie lange?

Bürgermeister Manzenreiter:

Herr Gemeinderat, all das habe ich in meiner Anfrage bereits beantwortet. Das Mietverhältnis ist aus unserer Sicht...

Gemeinderat Mag. Steinacher in einem Zwischenruf:

Was heißt: aus unserer Sicht?

Vizebürgermeister Albel in einem Ordnungsruf:

Herr Gemeinderat Steinacher, Sie versuchen hier, eine gesamte Sitzung mit Ihren Wortmeldungen zu stören. Ich darf die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte nochmals darauf aufmerksam machen, weil wir sehr viele Tagesordnungspunkte haben, dass es hier sachlich ablaufen sollte. Vergessen Sie auch nicht, dass Mitglieder des Jugendrates hier sind, die sicherlich nicht von Ihrer Kinderstube lernen wollen. Herr Bürgermeister ist am Wort.

Bürgermeister Manzenreiter:

Herr Gemeinderat Steinacher, ich bin kein Jurist. Sie sind angeblich einer. Sie wissen, dass es im Rechtswesen Instanzenzüge gibt. Daher ist bis zu einem Urteil des Obersten Gerichtshofes die Aussage „nach unserer Ansicht“ völlig richtig.

Gemeinderat Mag. Steinacher in einem Zwischenruf:

Und das Gutachten?

Bürgermeister Manzenreiter:

Sie haben eine Anfrage gestellt, und diese habe ich beantwortet. Das Gutachten werden Sie, wenn es für die Fassung von Gemeinderatsbeschlüssen notwendig ist, bekommen. Ansonsten muss ich Ihnen ganz offen sagen, dass man bei Ihnen und Ihrer Partei darüber nachdenken muss, ob man Ihnen Dinge, die vorhanden sind, wirklich geben kann, weil Sie alles zum Schaden der Stadt unternehmen. Sie werden alle Unterlagen, wenn sie über das tägliche Geschäft hinausgehen und für die Beurteilung und die Beschlüsse im Gemeinderat notwendig sind, bekommen.

Ende der Fragestunde: 16 Uhr

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

a) Sitzungstermin

Bürgermeister Manzenreiter:

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am Mittwoch, 30. April 2014, mit Beginn um 15.00 Uhr im Paracelsussaal statt.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

b) Zurückziehung selbständiger Antrag der SPÖ-Gemeinderäte vom 27.7.2011 betreffend Shared Space Variante für die Ossiacher Straße (L49) in Landskron

Bürgermeister Manzenreiter:

Der selbständige Antrag der SPÖ-Gemeinderäte vom 27.7.2011 betreffend Shared Space Variante für die Ossiacher Straße (L49) wurde von den Antragstellern am 3.2.2014 zurückgezogen.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

- c) Resolution – Die Stadt Villach verlangt, dass die Rosental-Variante einer Prüfung unterzogen wird

Bürgermeister Manzenreiter

bringt das Schreiben von Herrn Ing. Mag. (FH) Andreas Matthä, Vorstandssprecher der ÖBB-Infrastruktur AG, vom 19.12.2013 betreffend Resolution – Die Stadt Villach verlangt, dass die Rosental-Variante einer Prüfung unterzogen wird, zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 2.) Mitteilungen des Jugendrates

Frau Melanie Schuller:

Wir vom Jugendrat möchten Ihnen heute unser Programm 2013 bis 2015 vorstellen beziehungsweise einen kurzen Rückblick des vergangenen Jahres machen: Im Jahr 2013 wirkte der Jugendrat beim Interkulturellen Straßenfest mit selbstgemachten antialkoholischen Cocktails mit. Außerdem veranstaltete der Jugendrat voriges Jahr wieder einen Bücherflohmarkt. Das eingesammelte Geld und die Spenden wurden zugunsten des Förderkindergartens in St. Martin verwendet. Im Dezember klärte der Jugendrat mit dem Verein „Gemma“ über AIDS auf. Jugendliche wurden am Hauptplatz mit Flyer und Kondomen aufgeklärt.

Heuer starteten wir mit einer großen Veranstaltung richtig durch. Der Band-Contest wurde ein riesengroßer Erfolg. Jugendliche kamen zu uns und gratulierten uns zu dieser Veranstaltung. Die Gewinnerband „The new Jacks“ spielt morgen beim bekannten Honky-Tonk-Festival. Im Februar hielt der Jugendrat eine Klausur am Dobratsch ab. Dort wurden die weiteren Projekte erarbeitet und geplant.

Frau Magdalena Mußnig:

Nun möchte ich Sie zu unseren aktuellen Projekten informieren. Zurzeit sind wir mitten in den Vorbereitungen für das Silbersee-Opening. Wir feiern den Sommerbeginn mit verschiedenen Wassersportarten, bunten Farben und Musik. Abschließen möchten wir ihn mit ruhiger Musik und einem Lagerfeuer. Diese Veranstaltung wird am 24.5. stattfinden. Weiters versuchen wir, jeden letzten Freitag des Monats eine Motto-Party zu veranstalten, die wir „Friday-Night-Fever“ nennen. Ziel soll es sein, Jugendlichen ein zusätzliches Angebot im Jugendzentrum zu bieten. Durch verschiedene Mottos wollen wir ein bisschen Abwechslung in unser Projekt bringen. Bisherige Mottos waren zum Beispiel ein Spieleabend, ein Karaoke-Abend oder eine Hollywood-Film-Night. Heuer findet zum ersten Mal der Jugendkulturtag am 30.4. statt, bei dem sich verschiedene Jugendvereine wie auch der Jugendrat präsentieren werden. Wir werden mit einem Bücherflohmarkt vor Ort vertreten sein.

Herr Nino Angelo de Roja:

Auch heuer findet am 28.6. „Summer in Chillach“ statt. Dort werden wir mit Jugendlichen die alljährliche „Participation“, also die Mitbestimmung, erarbeiten, um uns ihre Anliegen und Anregungen zu Herzen zu nehmen und ausarbeiten zu können. Weiters versuchen wir noch, das Projekt „Hilfe mit Samstagjobs“ auszuarbeiten. Wir möchten Jugendlichen eine Hilfestellung dabei geben, in das Arbeitsleben hineinzufinden. Das ist für einen Jugendlichen nicht so einfach, weil man noch nicht so viel Erfahrung hat. Die letzte große Veranstaltung wäre für Jänner 2015 geplant, noch vor den nächsten Jugendratswahlen. Das Konzept und der eigentliche Plan für diese Veranstaltung werden noch ausgearbeitet.

Ich darf mich bei Ihnen dafür bedanken, dass wir unsere gegenwärtigen und zukünftigen Projekte vorstellen können, und wir freuen uns auf eine weitere gute Zusammenarbeit mit der Stadt Villach.

Vizebürgermeister Albel:

Herzlichen Dank den Mitgliedern des Jugendrates für den sehr engagierten Vortrag. Es braucht schon viel Mut, sich hier ans Rednerpult zu stellen und seine Statements abzugeben. Ich weiß, dass Sie sich wirklich sehr gut vorbereitet haben. Dementsprechend gut war auch dieser Vortrag.

Ich möchte den gesamten Mitgliedern des Jugendrates ganz persönlich Danke sagen, nicht nur des Programms wegen, welches sie für das laufende Jahr aufgestellt haben, sondern vor allem auch deshalb, weil sie sich für Jugendliche unheimlich engagieren. Sie sind das Sprachrohr der jungen Menschen in Villach. Genauso wie es bei den Jugendlichen viele verschiedene Ansichten, Typen und Geschmäcker gibt, so gibt es sie auch im Jugendrat. Es gibt den Sportler, den Tänzer, den Musiker und auch jemanden, der sich gern über historische Begebenheiten informiert. Dieser Jugendrat ist eine wunderbare Mischung. Ich darf als Jugendreferent nochmals ganz herzlich Danke sagen, auch für die sehr gute Zusammenarbeit, die ich mit dem Jugendrat habe.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Ich möchte mich dem Dank für die Arbeit des Jugendrates anschließen. Der Jugendrat ist ein Projekt, das in Villach entstanden ist und mittlerweile weit über die Landesgrenzen hinaus in verschiedenen Städten Anklang gefunden hat. Ich möchte mich persönlich bei euch ganz besonders für euer Engagement bedanken, weil ihr über den Tellerrand hinaus viele Dinge für Jugendliche ermöglicht und viele positive Beispiele vorgebt, sodass auch andere Jugendliche sich positiv in die Gesellschaft einbringen. Herzlichen Dank dafür und noch eine persönliche Frage: Wo spielen morgen „The new Jacks“?

Stadtrat Mag. Weidinger auf einen Zuruf:

Danke, wir werden das dem Programm entnehmen.

Gemeinderat Baumann:

Auch wir und besonders ich dürfen uns beim Jugendrat für die Aktivitäten, die er an den Tag legt, bedanken. Danke dafür, dass ihr viele Programme und Projekte ausarbeitet. Vielleicht könnt ihr in unserem FPÖ-Klub einmal darüber berichten. Wir laden euch gerne ein, zu uns zu kommen und uns euer Programm zu präsentieren.

Ein Anliegen an die Kleine Zeitung: Vielleicht könnt ihr im Internet ein bisschen mehr schreiben, denn der Jugendrat hat doch ein bisschen mehr vorgetragen, als von euch getickert worden ist.

Vizebürgermeister Albel:

Eines möchte ich noch hinzufügen, weil es mir besonders imponiert hat: Sie wissen, dass wir ein Projekt mit dem Jugendrat und der Villacher Jugend am Wasen-

boden umsetzen, nämlich die neue Trendsportanlage. Diese Idee entspringt ursprünglich dem Jugendrat und den Vorgängern dieses Jugendrates. Es waren sehr leidenschaftliche Debatten, die wir auch mit dem jetzigen Jugendrat geführt haben. Es sind sehr viele Ideen eingebracht worden und sehr viele neue Denkanstöße gekommen. Der Jugendrat hat es sogar geschafft, in ganz schwierigen Verhandlungen mit uns ein Projekt zu visualisieren, das wahrscheinlich ein bisschen teurer sein wird als jenes, das wir uns als Stadt zuerst vorgestellt haben, doch ich glaube, dass es ganz wichtig ist, dass, wenn es junge Menschen in dieser Stadt gibt, die sich so für ihre Belange und Mitmenschen einsetzen, man ihnen auch die Möglichkeit geben soll, ihre Visionen wirklich in die Tat umzusetzen. Deshalb sage ich nochmals herzlichen Dank!

Pkt. 3.) Bericht gemäß § 74 Villacher Stadtrecht 1998

a) Änderung der Veranlagungsrichtlinie R 50 – Anpassung der Benchmark

Bürgermeister Manzenreiter

bringt den Amtsvortrag der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 7.1.2014, Zl.: FW/483/2013/Veran/Mag.Wi., betreffend Änderung der Veranlagungsrichtlinie R 50 – Anpassung der Benchmark, welcher am 15.1.2014 vorgehenmigt wurde, zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 3.) Bericht gemäß § 74 Villacher Stadtrecht 1998

b) Übertragung von unverbrauchten Voranschlagsansätzen der AO-Gebarung 2013 gem. § 86 Abs. 1-3 Villacher Stadtrecht

Bürgermeister Manzenreiter

bringt den Amtsvortrag der Abteilung Buchhaltung und Einhebung vom 7.2.2014 Zl.: Abtl/RA/Übertr/13-14, betreffend Übertragung von unverbrauchten Voranschlagsansätzen der AO-Gebarung 2013, welcher am 19.2.2014 vorgehenmigt wurde, zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 3.) Bericht gemäß § 74 Villacher Stadtrecht 1998

- c) Außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 Abs. 1 Villacher Stadtrecht
 - Überplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 Abs. 2 Villacher Stadtrecht
-

Bürgermeister Manzenreiter

bringt den Bericht der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 5.3.2014, Zl.: FW/2014/087/FAS/Mag. Pi./SF, betreffend Außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 Abs. 1 Villacher Stadtrecht 1998 und Überplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 Abs. 2 Villacher Stadtrecht 1998 zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 3.) Bericht gemäß § 74 Villacher Stadtrecht 1998

- d) Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Villach an Herrn Dietmar Tschudnig
-

Bürgermeister Manzenreiter

bringt den Amtsvortrag des Büros des Bürgermeisters vom 28.2.2014, Zl.: 5/B-50c-2014, betreffend Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Villach an Herrn Dietmar Tschudnig, welcher am 28.2.2014 vorgenehmigt wurde, zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 4.) Bericht gemäß § 86 Abs. 3 Villacher Stadtrecht 1998

Bürgermeister Manzenreiter

bringt den Bericht der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 5.3.2014, Zl.: FW/2014/086/FAS, Mag.Pi/SF, betreffend überplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 Abs. 3 Villacher Stadtrecht 1998 zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 5.) Selbständiger Antrag der FPK-Gemeinderäte betreffend Familienfreundlichere Angebote in der Kärnten Therme

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der FPK-Gemeinderäte vom 22.10.2012.

Frau Gemeinderätin Mag.^a Dieringer-Granza:

Gut Ding braucht oft Weile. So ist es bei diesem Antrag gewesen. Wir haben ihn bereits am 22.10.2012 eingebracht. Oft sind wir der Zeit ein bisschen voraus. Wir haben aber geduldig darauf gewartet, damit es dann hoffentlich eine breite Zustimmung hier im Gemeinderat gibt.

Für alle, die nicht daran zweifeln, dass alles hier in Österreich so wunderbar ist, möchte ich auf einen aktuellen Zeitungsartikel vom 2.4. kurz Bezug nehmen. Darin wird wieder einmal bewiesen, dass Österreich nicht besonders familienfreundlich ist. Wir liegen sogar im europäischen Schnitt im hinteren Feld. Jetzt möchte ich mich im Gegensatz zu manch anderen nicht auf Jammern einlassen, sondern darauf hinweisen, dass dieser Antrag, über den wir jetzt abstimmen werden, ein konstruktiver Beitrag zu einer familienfreundlichen Stadt ist. Er enthält viele Punkte. Ich weiß, dass einige mittlerweile auch schon umgesetzt sind, auf andere warten wir eben noch ein bisschen. Wahlen stehen bevor. Das haben wir heute schon gehört. Der Antrag wird somit hoffentlich noch im heurigen Jahr erledigt werden. Ich fordere alle auf, heute ein klares Zeichen für Villach als eine familienfreundliche Stadt zu setzen.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig,

folgendem Antrag die **Zustimmung** zu erteilen:

Die Finanzverwaltung und gegebenenfalls die zuständige Abteilung sollen die Bedeckung bzw. die Folgekosten für **nachstehende familienfreundliche Angebote in der Kärnten Therme** prüfen und die Grunddaten erheben:

- Ausweitung der Familienkarte auf zwei Erwachsene und zwei Kinder/Jugendliche,
- ein Familienangebot für drei Stunden,
- Gutscheinkaktionen, Thementage und monatsbezogene Aktionen.

Nach Prüfung derselben und Freigabe der Mittel erfolgt die Umsetzung.

Pkt. 6.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte vom 7.12.2011 betreffend
Einführung eines Wohnstartschecks zur Belebung der Altstadt

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 7.12.2011.

Gemeinderat Dipl.-HTL-Ing. Struger, MSc, MBA:

Bevor ich zu diesem Antrag komme, möchte ich unserer frisch angelobten Frau Gemeinderätin Kordula Wegscheider herzlich gratulieren. Willkommen hier im Haus! Desweiteren wünsche ich der entschuldigten Frau Gemeinderätin Mag.^a Hilde Schaumberger baldige Genesung, und ich möchte ihr auch auf diesem Wege zu ihrer neuen beruflichen Herausforderung gratulieren. Mir geht sie hier nun schon wirklich ab, und mittlerweile spreche ich die Genesungswünsche wirklich schon seit einiger Zeit aus.

Jetzt komme ich zum Antrag betreffend Einführung eines Wohnstartschecks zur Belebung der Altstadt. In den vergangenen Wochen war in den Medien sehr stark präsent, dass der geschätzte Herr Bürgermeister neuen Bewohnern anlässlich des Erreichens der 60.000-Einwohner-Zahl gratuliert hat. Das tut der Stadt gut. Genau in diese Richtung geht unser Antrag. Bedauerlicherweise, und das hat auch meine Vorrednerin schon gesagt, braucht gut Ding Weile. Dieser Antrag ist bereits 2011 eingebracht worden. Ich will nicht sagen, dass es den Anschein erweckt, dass man diesen Antrag verschleppen wollte. Dieses Thema ist heute mehrmals auf der Tagesordnung zu finden, weil wir mit dem Einbringen von mehreren Anträgen zum selben Thema sicherstellen wollten, dass der Antrag in diesem Haus behandelt wird. Jetzt haben wir ihn endlich auf dem Tapet.

Es ist uns wichtig, und gewisse Institutionen machen es auch vor, dass wir die Jugend in Form eines zinsfreien Darlehens in Höhe von 5.000,00 Euro an die Innenstadt binden können. Ich glaube, dass es eine gute Idee ist, wenn die Stadt diese Unterstützung anbietet. Entsprechend wird der Betrag über eine Laufzeit von zehn Jahren ohnehin zurückgezahlt, das heißt, es handelt sich hierbei nicht um geschenktes Geld, sondern um eine Starthilfe für Villacher Jugendliche zur Erstausrüstung und zur Schaffung von Wohnraum innerhalb der Innenstadt. Ich bitte herzlich um Zustimmung zu diesem Antrag. Er beinhaltet eine sehr geschickte Variante und ist ein sehr guter Versuch, die Jugend an die Stadt zu binden.

Gemeinderat Jabali-Adeh:

Beim Durchschauen der Gemeinderatseinladung ist mir aufgefallen, dass diese einen Antrag aus dem Jahr 2011 und einen zum gleichen Thema aus dem Jahr 2012 enthält. Frau Dieringer hat betont, dass der Antrag für familienfreundlichere Preise in der Therme aus dem Jahr 2012 stammt.

Ich habe mich darüber informiert, wie die Anträge eigentlich behandelt werden müssen. Es gibt eine Vereinbarung, dass die eingebrachten Anträge innerhalb von sechs Monaten auf die Tagesordnung kommen sollen. Es gibt aber keine

Sanktionen. Ich halte es für äußerst bedenklich, dass quasi der Gemeinderat als höher stehendes Organ der Willkür der Referenten und des Bürgermeisters ausgeliefert ist. Ich mache keine Anschuldigungen. Ich bitte, das nicht falsch zu verstehen. Ich glaube nur, dass wir uns alle im Sinne demokratischer Spielregeln zusammensetzen und die Vorgehensweise neu besprechen sollten. Das ist auch für die künftigen Perioden gedacht. So halte ich das nicht für gut und richtig.

Zum Antrag selbst habe ich nicht viel zu sagen.

Frau Gemeinderätin Bister:

Wie es schon mehrmals angeklungen ist, halte ich fest, dass die Anträge wirklich schon sehr lange zur Bearbeitung vorliegen. Wir haben heute schon mehrfach gehört, wie viel Geld Hotels zur Verfügung gestellt wird. In diesem Bereich wird viel investiert. Warum wird nicht mehr Geld für Jugendliche aufgewendet? Wenn ich so in die Reihen schaue, sehe ich vorwiegend Personen der „älteren“ Generation. Wenn ich mir das Einkommen von Jugendlichen ansehe, ist zu sagen, dass sie leider nicht so viel verdienen. Sie würden sehr gerne Wohnraum schaffen und müssen dafür Wohnbauförderungen bezahlen. Dann kommt die Einrichtung dazu, und das ist für viele nicht finanzierbar. Ich glaube, dass die Stadt zur Belebung der Innenstadt beitragen würde, wenn sie auch für Jugendliche Geld in die Hand nehmen würde.

Frau Vizebürgermeisterin Rettl:

Eigentlich wollte ich mich nicht zu Wort melden, aber ich muss schon dazu sagen, nachdem die letzten Wortmeldungen nicht den Antrag betroffen haben, dass es in diesem Antrag nicht um Jugendliche geht. Im Antrag steht dezidiert, dass die Förderung von Familien beansprucht werden kann, die unter 35 Jahre alt, österreichische Staatsbürger, erstmals ihren Hausstand gründen und ihren Hauptwohnsitz in dieser Wohnung haben. Das ist etwas anderes, als jetzt die Jugendlichen anzusprechen. Diesbezüglich müssen wir die Kirche im Dorf lassen.

Ich darf sagen, warum wir diesen Antrag ablehnen werden. Ich glaube nicht, dass Innenstadtwohnungen, wie zum Beispiel Altbauwohnungen, für Jungfamilien das große Glück bedeuten, wenn sie Kinder haben, in einer Altbauwohnung im 2. Stock wohnen und den Kinderwagen hinauftragen müssen. Dieser Auftrag beinhaltet ein hehres Ansinnen, aber ich glaube nicht, dass die Stadt alles fördern und in dieser Form unterstützen muss. Die Banken sind beim Neustart in eine Wohnung sehr großzügig. Das Land Kärnten gewährt auch Förderungen. Man muss nicht alles der Stadt umhängen, weil Wahlkampf ist und man sich wichtig machen will.

Eines muss ich dazu noch sagen: Dieser Antrag ist heute drei Mal auf der Tagesordnung, so wie es auch bei anderen ÖVP-Anträgen der Fall ist. Ich würde doch sehr darum bitten, dass man den Gemeinderat nicht in der Art und Weise missbraucht und auch Zuhörer langweilt, indem man immer die gleichen Anträge einbringt, und das seit Jahren. Es kommen noch mehr ÖVP-Anträge. Es sind heute 20 Anträge der ÖVP auf der Tagesordnung, wovon manche schon fünf Mal abgelehnt worden sind. Immer wieder kommen solche Anträge auf die Tagesordnung,

und immer wieder gibt es Wortmeldungen dazu, und immer wieder werden sie aus sehr sachlichen Gründen abgelehnt. Ich bitte die ÖVP wirklich eindringlich, sich der Rolle, die sie wirklich hat, zu besinnen. Sie sollte eine seriöse sein. Wir sind kein Kasperlverein, und wir feiern keinen Kindergeburtstag. Bitte, halten Sie sich an die Regeln! Einige von uns sind zwar schon in Pension, und wir haben vielleicht ein bisschen mehr Zeit, aber ich glaube, dass wir unsere Zeit besser nützen können, als uns von der ÖVP immer mit den gleichen Kasperl-Anträgen missbrauchen zu lassen.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Ich halte etwas grundsätzlich fest. Die Kultur in diesem Raum ist weder für den Jugendrat noch für die Zuschauer beispielgebend, und ich glaube, der Mehrheit der Personen, die diesen Gemeinderat angehören, auch nicht würdig. Hier wird auf eine witzelnde Art und Weise die Würde und der Respekt von Menschen permanent mit Füßen getreten. Frau Vizebürgermeisterin spricht vom Missbrauchen, Herr Bürgermeister spricht vom Verhalten von SS-Schergen. Was man dadurch macht, ist eine unglaubliche Verrohung und Geringschätzung der Arbeit. Es gibt gewisse Vertreter hier im Raum, die es jedes Mal für sich in Anspruch nehmen, die Edlen und Feinen zu sein, und alle anderen sind böse. Wenn man Punkte aufwirft, womit man Villach voranbringen möchte, um es noch besser zu machen, und ich halte fest, dass wir eine großartige Stadt sind, dann werden Begriffe verwendet wie Skandalisierung, Schlechtreden oder Miesmachen. Herr Bürgermeister, es kann nicht die richtige Art und Weise sein, dass man vor Themen die Augen verschließt, die man weiterentwickeln muss, nur weil sie einem nicht in den Kram passen.

Zum Inhaltlichen: Liebe Wally Rettl, dein sachliches Argument war ja, dass du besser weißt, wie junge Familien wohnen sollen. Das ist nicht unsere Philosophie. Unsere Philosophie ist die Wahlfreiheit, selbständig zu entscheiden. Wir schlagen ein Anreizsystem vor, um den Innenstadtwohnraum mit seiner besonderen Attraktivität zu unterstreichen. Dieses System sieht ein zinsenloses Darlehen vor, wobei dieses Geld eine Leihgabe ist und dem Steuerzahler wieder zurückgegeben wird. Das heißt, das ist ein kluges Geschäftsmodell, um Unterstützung zu bieten und vor allem um einen Impuls zu setzen, um zusätzliche Maßnahmen für unsere Innenstadt wirksam werden zu lassen.

Aus den angeführten Gründen ersuche ich Sie um Unterstützung dieses sachlichen Vorschlags. Den Vorschlag von Gemeinderat Sasha Jabali-Adeh darf ich gerne aufgreifen. Ich lade alle Klubobmänner herzlich dazu ein, dass wir uns nächste Woche zusammensetzen, um einfach über den Stil, die Art und Weise und den Umgang sowohl untereinander als auch mit den Anträgen zu sprechen und das Ganze auf neue Beine zu stellen, denn Villach hätte sich den besten Umgang verdient.

Gemeinderat Schick:

Zu meinem Vorredner Peter Weidinger kann ich nur eines sagen: Wenn du dich hier ans Rednerpult stellst und die Anträge und die Kultur der Anträge im Gemeinderat der Stadt Villach offen ansprichst, erfordert das meiner Meinung nach

von deiner Seite sehr viel Mut, weil die Anträge, die die ÖVP seit 2009 stellt, maximal fünf bis zehn Themen betreffen, welche sich hier im Gemeinderat in 150 Anträgen wiederfinden.

Man muss eines klar und deutlich für diejenigen, die es nicht wissen, sagen: Es sind nicht nur diese drei gleichlautenden Anträge unter Punkt 6, 7, und 8 zu finden, sondern das Ganze wiederholt sich bei den Punkten 9 und 10, 11 und 12 sowie 27 und 28. Immer wieder kommen die gleichen Anträge, obwohl sie keiner im Gemeinderat umsetzen will. Die Anträge werden von der ÖVP nur eingebracht, um Stimmung zu machen.

Du, lieber Herr Stadtrat Peter Weidinger, sprichst davon, dass 5.000,00 Euro an Förderungen ausbezahlt werden sollen. Ich glaube jedoch, dass die Stadt Villach Jugendlichen oder Jungfamilien unverzinst gar nicht so viel Geld bieten kann, damit sie sich in die Stadt getrauen, wenn man hört, was ihr von ÖVP alles miesmacht und welche Ängste ihr geschürt habt.

Ich sage nur eines: Ich erinnere mich sehr gut an die Initiative von Peter Weidinger, als fünf scharfe Hund und drei dunkel gekleidete, gut gebaute Männer nächstens durch Villach gewandert sind und Stimmung gemacht haben, und ich erinnere mich auch daran, dass gesagt wurde, wie gefährlich es in der Stadt ist und dass man die Citystreife einführen wolle. Jetzt wollen Sie von der ÖVP die Jugendlichen in die Stadt holen. Diese trauen sich jedoch nicht einmal in die Stadt, wenn sie hören, wie es hier in der Stadt zugeht, nachdem, wie du, Peter, die Situation immer verkauft hast.

Weiters komme ich auf die Frage, warum wir nicht zustimmen, zu sprechen. Man muss wissen, wenn man sich im Vorhinein mit der Thematik befasst hat, dass das Land Kärnten bereits eine Jungfamilienförderung im Rahmen der Wohnbauförderung gewährt. Zusätzlich, und das muss der Initiator des Antrages, der Herr Kammerrat der ÖVP, am besten wissen, stellt die AK Geld für Familien und diejenigen, die Eigentum erwerben wollen, zur Verfügung. Das sind einige Gründe, warum wir diesem Antrag nicht zustimmen können. Ich wünsche mir nun nur noch eines, nämlich, dass es beim nächsten und beim übernächsten Tagesordnungspunkt nicht wieder jemanden von der ÖVP einfällt, eine Wortmeldung zum selben Thema abzugeben.

Frau Gemeinderätin Schautzer:

Werter Jugendrat, auch von meiner Seite herzliche Gratulation. Ich durfte euch schon in der letzten Sitzung des Kulturausschusses meine Glückwünsche aussprechen. Ich möchte meine Hilfe jederzeit anbieten. Ihr seid herzlich willkommen, wenn wir euch irgendwo unterstützen können.

Was den Antrag betrifft, möchte ich die ÖVP fragen, warum sie eigentlich in diesem Antrag die EU-Bürger beziehungsweise auch Drittstaatsangehörige ausschließt. In der Firma Infineon gibt es Mitarbeiter 45 verschiedener Nationalitäten. Diese hätten auch ein Recht darauf, gefördert zu werden. Ich finde den Antrag an

sich gut und unterstützenswert. Wir werden ihn auch unterstützen. Diese Frage möchte ich jedoch gerne beantwortet bekommen.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Danke, Sabina Schautzer, dass du den Antrag unterstützen wirst. Zum Adressatenkreis ist zu sagen, dass dieser je nach finanzieller Möglichkeit, wenn es nach uns ginge, so breit wie möglich gefächert sein kann. Du hast vollkommen Recht. Das Angebot auf EU-Bürger auszuweiten, ist sicherlich eine gute Anregung. Über Drittstaatsangehörige muss man diskutieren.

Worauf ich aber hinaus möchte, ist Folgendes: Mir kommt es so vor, als ob man in diesem Gemeinderat nur das fragen darf, was Günther Albel, dem Vorsitzenden, genehm ist. Einen Antrag darf man nur zu dem Thema stellen, welches dem agilen, dynamischen Gernot Schick – ich bitte, nicht einzuschlafen – genehm ist. Helmut, lach nicht!

Es wird gesagt, dass sich die ÖVP hier aufführt, alles skandalisiert und schlecht macht. Die FPK als Beiwagerl der SPÖ glaubt das auch noch alles, doch das ist eure Sache. Worauf ich auch noch hinaus möchte, ist Folgendes: Die SPÖ stellt ihre Anträge, die FPK stellt ihre Anträge. Ich kann mir schon vorstellen, warum Warmbad von der SPÖ unterstützt worden ist. Das ist auch gut so. Die Villacher Bürger werden sicherlich irgendwie davon profitieren. Davon bin ich überzeugt.

Worauf ich abschließend hinaus möchte, ist Folgendes: Gelebter Parlamentarismus lebt manchmal vom Diskurs, manchmal von der Konfrontation. Es gibt für die ÖVP keinen Einheitsbrei. Ob das manchen Herrschaften hier passt, ist eine andere Sache. Das halten wir aus. In diesem Sinne wünsche ich weiterhin spannende, dynamische, befruchtende, und ich schaue Adi Pobaschnig an, der zeigt, dass ich schon fertig werden soll, Diskussionen.

Vizebürgermeister Albel:

Herr Gemeinderat Steinacher, alle haben sich auch jetzt wieder, wie schon seit Beginn der Debatte, ein Bild darüber machen können, welche Provokationen Sie vom Stapel lassen. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass wir hier eine sachliche Debatte führen. Diese kann emotional sein, soll aber sachlich bleiben. Aber Sie haben hoffentlich die schulmeisternde Wortmeldung Ihres Parteiobmanns Weidinger verstanden, denn damit hat er nur Sie gemeint.

Gemeinderat Dipl.-HTL-Ing. Struger, MSc, MBA:

Zur Wortmeldung von Frau Vizebürgermeisterin halte ich fest, dass wir diesen Antrag bereits im Jahr 2011 gestellt haben. Ihr Argument, warum Sie den Antrag ablehnen, war, dass der Antrag in einem Wahljahr eingebracht wurde. Damals war jedoch kein Wahljahr. Deshalb kann ich dieses Argument nicht zulassen. Das zweite Argument dagegen war, dass ohnehin die Arbeiterkammer eine solche Förderung gewährt. Ja, sie hat eine solche Förderung, aber nur für Umlagepflichtige. Markus Steinacher hat vom gelebten Parlamentarismus gesprochen. Zwischenrufe sind ebenfalls gelebter Parlamentarismus. In Österreich sind sie Usus, und das leben alle Parteien vor.

Gemeinderat Mag. Steinacher in einer tatsächlichen Berichtigung:

Bezugnehmend auf Ihren NS-Schergen-Sager, Herr Bürgermeister: Ich wurde auf Grund des Live-Tickers, denn diesen lesen Gott sei Dank oder auch nicht Gott sei Dank Leute außerhalb dieses Saales, via SMS um Folgendes gebeten: Herr Steinacher, fordere Herrn Bürgermeister zu einer Entgegnung oder Entschuldigung auf. Ich möchte das hiermit im Hohen Haus formell tun.

Gemeinderat Mag. Steinacher auf einen Zwischenruf:

Nein, Peter hat das nicht geschrieben. Das kann ich dezidiert ausschließen.

Vizebürgermeister Albel:

Wo ist die tatsächliche Berichtigung?

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Die tatsächliche Berichtigung ist, dass ich mir nicht sagen lasse, dass Herr Bürgermeister Manzenreiter mir ein Verhalten eines NS-Schergen vorwirft, und ich fordere ihn hiermit auf, diese Behauptung hier im Gemeinderat zurückzunehmen.

Vizebürgermeister Albel:

Das war keine tatsächliche Berichtigung. Das darf ich auch gleich dazu sagen. Das war die zweite Wortmeldung von Gemeinderat Steinacher.

Bürgermeister Manzenreiter:

Es ist die Kultur im Gemeinderat angesprochen worden. Wenn Sie die Geschichte der endenden Zwanziger- und der beginnenden Dreißigerjahre kennen und Protokolle sowie Berichte aus dieser Zeit lesen, werden Sie feststellen, dass damals eine Kultur begonnen hat, die bei den NS-Schergen geendet hat, wo, wie es Herr Steinacher gemacht hat, Zwischenrufe es demjenigen, der am Rednerpult stand, minutenlang überhaupt nicht ermöglicht haben zu reden. Wo das geendet hat, wissen wir. Dem Redner wurde wie bei einem Verhör gesagt: Antworten Sie mit Ja oder Nein! Es wird sich nicht spielen, dass Sie wie nach einer Verhörmethode bestimmen und sagen: Antworten Sie mit Ja oder Nein! So lange Sie es mit mir zu tun haben, mit jemanden, der ein gewisses Geschichtsbewusstsein hat und Demokratie lebt, wird es sich nicht spielen, dass Sie mir eine Antwort mit Ja oder Nein vorschreiben und versuchen, meine Argumentation und Berichterstattung an den Gemeinderat durch minutenlange Störmanöver zu unterbrechen.

Bürgermeister Manzenreiter auf einen Zwischenruf von Gemeinderat Mag. Steinacher:

Es ist das ein Verhalten, das Sie an den Tag gelegt haben, welches von mir nicht akzeptiert wird. Es erinnert daran, was in dieser Zeit und danach passiert ist.

Jetzt komme ich zu ein paar anderen Dingen. Ich halte diese Förderung in Wahrheit für keine Jugend-, sondern für eine Hausherrenförderung. Ich muss noch einmal davor warnen, dass wir als Gemeinderat Aufgaben übernehmen, für welche das Land zuständig ist und wofür es die Mittel bekommt. Ich bin bedrängt worden, dass wir als Stadt für einen Zug nach Udine viel Geld einsetzen sollten. Ich habe gesagt, dass wir dafür nicht zuständig sind. Ein Mitglied des Gemeinde-

rates, welches anwesend ist, hat gesagt, dass wir dafür zahlen müssen, obwohl ausschließlich das Land dafür zuständig ist. Was ist jetzt passiert? In Klagenfurt zahlt all das das Land, ohne dass die Stadt einschreiten muss. Ich spreche noch einmal meine intensive Warnung aus, nicht mit dem Budget der Stadt Villach in Bereiche, wofür andere zuständig sind und auch Mittel aus dem Finanzausgleich bekommen, einzutreten.

Die ÖVP hat permanent vom Verschleppen von Anträgen gesprochen. Sie hat davon gesprochen, dass es ein Skandal ist, dass Anträge erst jetzt auf die Tagesordnung kommen. Ich habe eine von der Magistratsdirektion erstellte Liste. Es sind, und dafür reichen zwei Hände nicht aus, insgesamt 14 Anträge, die Herr Stadtrat Weidinger zu behandeln hat, weil sie ihm zugewiesen worden sind. Diese sind zum Teil uralt. Bis heute gibt es dazu nicht den Auftrag von Herrn ÖVP-Stadtrat Weidinger, dass sie auf die Tagesordnung kommen. Deshalb: Sind Sie doch ein bisschen leiser, meine Damen und Herren der ÖVP! Es sind 14 Punkte, die Herrn Stadtrat Weidinger zugewiesen worden sind, die zum Teil uralt sind. Bis heute hat er nicht beantragt, dass sie auf die Tagesordnung kommen.

Bürgermeister Manzenreiter auf einen Zwischenruf:

Ich weiß schon, dass Sie das nicht gerne hören und mich wieder stören wollen. Sie wollen permanent stören. Sie versuchen, mich permanent zu unterbrechen. Ich bitte Sie, dass Sie irgendwann einmal an Ihre Kinderstube denken. Reden Sie, wenn Sie am Wort sind!

Ich sage es noch einmal: Die SPÖ und andere Parteien werden von der ÖVP beschuldigt, dass wir Anträge verschleppen, verzögern, demokratiefeindlich sind, und dabei gibt es 14 Anträge, die Herr Stadtrat Weidinger seit langem in seiner Schublade hat. Kehren Sie vor der eigenen Türe, bevor Sie andere beschuldigen! Ansonsten darf ich bitten, im Interesse der Wahrnehmung der Zuständigkeiten durch Land, Stadt und Bund diesem Antrag nicht die Zustimmung zu geben.

Gemeinderat Spitzer nimmt anstelle von Gemeinderat Warmuth an der Sitzung teil.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt, Gemeinderat Gangl, Gemeinderat Jabali-Adeh;

gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 10 Stimmen der FPÖ-Fraktion),

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, die Verantwortlichen der Stadt Villach mögen Sorge tragen, dass alle Antragsteller, welche die im Antrag genannten Kriterien erfüllen, den so genannten Wohnstartscheck ausbezahlt bekommen.

Pkt. 7.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte vom 27.7.2012 betreffend
Einführung eines Wohnstartschecks zur Belebung der Altstadt

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 27.7.2012.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Ich darf und muss hier noch einmal etwas in Erinnerung rufen: Die Diktion, die einem Mitglied des Gemeinderates unterstellt wird, ist unerhört und sucht Österreich weit sein Beispiel. Das ist ein Überziehen in einem Ausmaß, das des Gemeinderates nicht würdig ist. Sie sind seit 30 Jahren Bürgermeister. Heute sind Sie wegen einer solchen Angelegenheit dünnhäutig und überziehen maßlos. Das weise ich noch einmal ausdrücklich zurück. Es ist kein Problem, wenn Sie jetzt zurück rudern, sich entschuldigen und die Aussage zurücknehmen. Dabei fällt Ihnen keine Zacke aus der Krone, aber für die Kultur im Gemeinderat würden Sie einen wertvollen Beitrag leisten.

Ich kann mich noch gut an meine ersten Jahre hier im Gemeinderat erinnern. Damals gab es die psychologische Kriegsführung der SPÖ. Wenn der Weidinger am Rednerpult stand, mussten alle ganz fest hinausrufen und schreien. Das war leider Gottes damals sehr oft der Fall. Das war im Gemeinderat Usus. Das möchte ich in Erinnerung rufen. Im Protokoll wird man dazu sicher noch schöne Schmanckerln finden. Wenn ich meine Blicke durch die Reihen der Gemeinderäte schweifen lasse, fällt mir das eine oder andere Bonmot ein. Ich kann Ihnen aber vergewissern, dass all das psychologische Kriegsführung ist. Man hat jedoch gesehen, dass man mit dieser Art und Weise nichts erreicht. Die Österreichische Volkspartei wird immer Anträge einbringen, wenn wir davon überzeugt sind, dass sie für Villach richtig und wichtig sind.

Ich möchte auf die Anträge, die Herr Bürgermeister angesprochen hat, eingehen. Es handelt sich mit überwiegender Mehrzahl um Anträge der Grünen betreffend Öffnung von bestimmten Teilen der Innenstadt für den Radverkehr. Wenn man diese Anträge den beschlussfassenden Gremien zuführen würde, würden die Beschlüsse darüber mit einer großen negativen Mehrheit ausfallen. Ich glaube aber, dass man der grundsätzlichen Intention der Grünen und ihren Anträgen nicht Recht tut, weil es viel Positives an sich hat, wenn man liberaler darüber nachdenkt, wie man für das Radfahren in der Stadt und rund um die Stadt mehr machen kann. Deswegen ist mein Vorschlag, dass wir bei der nächsten Verkehrskommission, und dort bin ich der zuständige Referent, auf die Themen des Radfahrens und somit auf die Anträge der Grünen einen Schwerpunkt legen. Ich bin mit meinem Büro schon in Vorbereitung für diesen Termin. Ich möchte aktiv auf euch zugehen, um diese Besprechung gemeinsam zu gestalten und die Diskussion auf eine sachliche Ebene zu heben und nicht im Gemeinderat über die Anträge drüber zu rattern.

In diesem Sinne darf ich mich meiner inhaltlichen Argumentation des vorangegangenen Tagesordnungspunktes den Altstadtscheck betreffend anschließen und ersuche um Ihre Unterstützung.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich empfehle die Ablehnung.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, Frau Gemeinderätin Schautzer, 1 Stimme der FPÖ-alt, Gemeinderat Gangl, Gemeinderat Jabali-Adeh; gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 10 Stimmen der FPÖ-Fraktion, Gemeinderat Mag. Burian – Stimmenthaltung),

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, die Verantwortlichen der Stadt Villach mögen Sorge tragen, dass alle Antragsteller, welche die im Antrag genannten Kriterien erfüllen, den so genannten Wohnstartscheck ausbezahlt bekommen.

Pkt. 8.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte vom 7.12.2012 betreffend Einführung eines Wohnstartschecks zur Belebung der Altstadt

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 7.12.2012.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, Frau Gemeinderätin Schautzer, 1 Stimme der FPÖ-alt, Gemeinderat Gangl, Gemeinderat Jabali-Adeh; gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 10 Stimmen der FPÖ-Fraktion, Gemeinderat Mag. Burian – Stimmenthaltung),

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, die Verantwortlichen der Stadt Villach mögen Sorge tragen, dass alle Antragsteller, welche die im Antrag genannten Kriterien erfüllen, den so genannten Wohnstartscheck ausbezahlt bekommen (nach Maßgabe vorhandener budgetärer Mittel).

Pkt. 9.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte vom 27.7.2012 betreffend Mehr Sicherheit für Villach durch den fortgeführten Einsatz einer Sicherheitsstreife für die Villacher Innenstadt

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 27.7.2012.

Frau Gemeinderätin Mag.^a Dieringer-Granza:

Als Historikerin bin ich gerne in der Vergangenheit unterwegs, um dort zu forschen und Erfahrungen zu sammeln. Bevor jetzt aber wieder zum x-ten Mal die Argumentation dafür kommt, warum wir unbedingt eine Sicherheitsstreife in Villach brauchen, möchte ich daran erinnern, dass wir seit dem Jahr 2012 immer wieder die gleichen Argumente hören. Ich schätze alle meine Kolleginnen und Kollegen so intelligent und so frisch im Hirn ein, dass sie sich gemerkt haben, was sie damals dazu gesagt haben. Ich bitte Sie von der ÖVP jetzt wirklich, uns zu ersparen, dass Sie uns zum hundertsten Mal das Gleiche erzählen.

Ich bin der Meinung, dass man mit der Ausdrucksweise, in welcher von Kriegsführung und über Schergen gesprochen wird, aufhören sollte. Ich appelliere wirklich an alle, ab dem Tagesordnungspunkt, der die Zukunft betrifft, wobei ich nun nicht im Kopf habe, welcher Punkt das ist, denn es kommen vorher noch fünf alte Anträge der ÖVP, damit zu beginnen, sachlich zu argumentieren, damit die Vorgehensweise in der bisherigen Form ein Ende nimmt.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Ich kann mich der Wortmeldung von Frau Gemeinderätin Elisabeth Dieringer-Granza nur anschließen. Eine verbale Abrüstung ist sicher sehr wesentlich. Ich darf aber auch festhalten, dass es meistens dann zu besonders agilen und dynamischen Situationen kommt, wenn die Vorsitzführung wieder ein bisschen sui generis und der Bürgermeister sehr genervt ist. Dann kommt immer eine besondere Brisanz herein. Doch wie gesagt, es soll so sein.

Zu diesem Thema: Es wurden in der Vergangenheit, und es stimmt, dass das Thema heute nicht das erste Mal behandelt wird, schon Argumente darüber ausgetauscht. Ich möchte es aber erneut probieren. Jeder weiß, dass Villach vor Herausforderungen steht beziehungsweise wirkliche Probleme hat. Ein Stichwort lautet „Hundehalter“. Es gibt die mangelnde Bereitschaft von gewissen Hundehaltern, die Exkremamente, das heißt, das Gackerl, nicht ins Sackerl zu tun. Das Taubenfütterungsverbot ist zu beachten. Ebenso ist auf die Einhaltung der Sicherheit in der Innenstadt zu achten. Außerdem sollen Radfahrer, die dort fahren, wo das Fahren mit dem Rad verboten ist, darauf hingewiesen werden, dass das gesetzwidrig ist. Es gibt außerdem noch weitere Punkte.

Ich weiß auch, dass das Thema „Citystreife“ bei vielen Gemeinderäten mittlerweile ein Reizthema ist. Das ist mir vollkommen bewusst. Substituieren wir einmal das Wort „Citystreife“ mit „Ordnungsamt“. Dann schauen wir uns andere Städte

an. Soviel ich weiß, hat Klagenfurt bis vor kurzem ein Ordnungsamt gehabt. Zusätzlich zur guten Arbeit der Polizei werden gewisse Verordnungen des Gemeinderates von einem Ordnungsamt überwacht. Das Hundeverbot am Silbersee soll überwacht werden. Raucher sollen auf Kinderspielplätzen nicht rauchen. Herr Bürgermeister, der Villacher Gemeinderat könnte eine ganze Liste von Dingen, die überwacht werden könnten, erstellen. Die Überprüfung soll ein Ordnungsamt vornehmen. Ein Ordnungsamt ist zugleich die Citystreife, und die Citystreife ist zugleich ein Ordnungsamt. Wir stehen dazu und werden dafür kämpfen, dass das auch in Villach umgesetzt wird.

Abschließend halte ich fest, dass die Firma Leon die City durchstreift hat. Nun betreut die Firma Leon den Villacher Kirchtag. Sogar das Osterei am Ostermarkt hat die Citystreife kontrolliert, aber nicht die restlichen Plätze in der Stadt. Diese Regelung müssen Sie auch erst einmal jemanden erklären. Daher sage ich Ja zu diesem Ordnungsamt, welches zugleich die Citystreife ist. Wie wir es nennen, ist mir persönlich egal. Dieser Antrag ist gut und notwendig, und daher gehört er auch unterstützt.

Gemeinderat Schick:

Ich muss sagen, dass hinter der Wortmeldung von Herrn Steinacher Emotion steckt. Ich darf wieder einmal aufklärend wirken. Das wäre vielleicht gerade für dich sehr wichtig, nachdem du von Dingen sprichst, die wir bereits seit zwei Jahren in der Stadt Villach haben und die du als Klubobmann im Rahmen der vergangenen zwei Budgets selbst mit beschlossen hast. Die Stadt Villach hat in Form der Group 4 ein jährliches Pouvoir zur Verfügung, welches wir auf 600 Stunden, wenn ich es richtig im Kopf habe, angelegt und budgetiert haben. Die Group 4, deren Mitarbeiter ohnehin in der Stadt arbeiten und bereits Sonderausbildungen genossen haben, kann im Bedarfsfall beansprucht werden. Wenn Markus hier am Rednerpult spricht, merkt man, dass er die Politik sehr liebt. Ich glaube allerdings, dass diese Liebe sehr einseitig ist.

Ich wollte mich schon in den letzten drei Gemeinderatssitzungen nicht zu Wort melden, denn wir haben bereits eine Ordnungswache, und ich habe das schon mehrmals hier am Rednerpult gesagt. Wir haben diesbezüglich verhandelt, aber hinter verschlossenen Türen und nicht in der Öffentlichkeit, weil in Zeitungen und Fernsehen die Stadt schlecht geredet wird, sondern Lösungen geschaffen, diese auch budgetiert und umgesetzt. Es soll sogar in der nahen Zukunft ein Ordnungsbeauftragter kommen, der rund um die Uhr im Einsatz ist, solche Problemstellungen wirklich vor Ort aufnimmt und sich besonders darum kümmert. Ich will das Ganze nicht konkretisieren, weil der Plan noch nicht ausgegoren ist, aber, und ich schließe meine Wortmeldung damit ab, seit zwei Jahren besteht für jeden Referenten der Stadt Villach die Möglichkeit, die Leute der Group 4 in Anspruch zu nehmen. Budgetiert sind 600 Stunden pro Jahr. In diesem Bereich fallen Themen wie „Hunde- und Taubenkot“ sowie „Leinenzwang“. Ich möchte noch einmal den beschlossenen und von uns eingebrachten Antrag zum Bettelverbot erwähnen. Auch dieser Bereich gehört in dieses Pouvoir. Es gibt Sachen, die schon lange da sind, die wir nicht mehr beschließen brauchen. Ich hoffe, dass heute auch bei

Herrn Gemeinderat Steinacher angekommen ist, dass wir diese Sachen schon längst haben.

Gemeinderat Pirolt nimmt anstelle von Gemeinderat Gangl an der Sitzung teil.

Gemeinderat Geissler:

Beim ewigen Thema „Sicherheitsstreife“ stellt es einem schon richtig die Haare auf. Ich kann Kollegen Schick beipflichten. Es gibt ein tolles System, das in Ordnung ist und funktioniert. Dass von Seiten der ÖVP, als deren Abkürzung die Bezeichnung Öffentliche Verunsicherungspartei eher passt, immer mehr Punkte genannt werden, womit die Leute Gefahren assoziieren, bewirkt, dass die Leute nicht mehr in die Stadt gehen wollen.

Es kann auch niemand erklären, welchen Mehrwert die Streife für jemanden hat, der in einem Stadtteil außerhalb des Zentrums wohnt. Wir haben 56 Ortschaften und 694 Straßen. Das System mit der Sicherheitsstreife ist in Wirklichkeit ein Bauchfleck. Ich weiß nicht, wie oft die ÖVP diesen Antrag noch einbringen wird. Fakt ist, dass wir diesen nicht brauchen und die öffentliche Sicherheit gut von der Polizei überwacht wird. Das System, wie es jetzt mit der Group 4 in der Stadt Villach gelebt wird, ist ein tolles System. Ich glaube, dass dem nichts hinzuzufügen ist. Das alte Indianersprichwort, dass man von einem Pferd, wenn es tot ist, absteigen sollte, gehört den Kollegen der ÖVP eigentlich ins Gedächtnis gerufen, weil bestimmte Themen immer wieder aufkommen und Zeit binden.

Frau Vizebürgermeisterin Rettl:

Ich muss mich zu Wort melden, weil ich ein bisschen zur Aufklärung beitragen muss. Es ist eigentlich schade, dass das Interesse an unseren Gemeinderatssitzungen so gering ist. Es kommt ja heute noch der Antrag, dass man die Sitzung im Internet übertragen soll, doch ich glaube, dass das wahrscheinlich kaum in Anspruch genommen werden würde. Die Sicherheitsstreife beinhaltet schon Negatives in ihrem Namen, und wir haben, glaube ich, schon mehrmals gesagt, dass die Bezeichnung den Eindruck vermittelt, dass wir in Villach unter mangelnder Sicherheit leiden. Ich fühle mich in Villach sehr sicher. Ich möchte ein wenig ausholen, und nun werde auch ich einmal ein bisschen zu gleichen Themen reden.

Villach hat ein Stadtgebiet von 134,8 Quadratkilometer und ein riesiges Straßennetz. Ich bedanke mich bei der ÖVP, dass sie sich so rührend um meine Referate kümmert. Wenn man selbst keine Einfälle hat und immer wieder die gleichen verbreiten muss, dann reißt man sich andere unter den Nagel. Ich formuliere es ja lieber höflich, damit ich nicht wieder einen Anpfiff bekomme. Darf ich zur Verhaltens kreativität der ÖVP einen Satz einwerfen? Wenn man schon kritisiert, dass man sich etwas vornehmer verhalten soll, Herr Stadtrat Weidinger, dann möchte ich auch nicht mehr als Beiwagerl bezeichnet werden, denn das ist für meine Person abwertend. Immerhin könntet ihr meine Kinder sein, und von meinen Kindern

habe ich auch immer Benehmen erwartet. Deshalb bitte ich in Zukunft um etwas mehr Zurückhaltung.

Ich weiß, dass Gemeinderat Steinacher alles so lustig findet. Weniger lustig finden die Wirtschaftstreibenden der Stadt Villach, dass man immer wieder von mangelnder Sicherheit und der verdreckten Stadt spricht.

Zum Thema „Hunde“ hätte ich von euch gerne einmal anstatt immer des gleich faden Antrags eine konkrete Anleitung, was wir gegen die Tierhalter, die ihre Hunde überall hinmachen lassen, unternehmen. Gerne setze ich mich mit euch dafür auch zusammen. Sollen wir Anträge auf Mülleimer stellen, die alle drei Meter in jedem Eck dieser Stadt aufgestellt werden, denn wenn dazwischen zehn Meter liegen, schmeißen die Zottel, die sich nicht ordnungsgemäß verhalten wollen, die Sackerln daneben? Wenn einer den Dreck seines Hundes nicht aufhebt, und dazu kommen wir noch im nächsten Antrag – einen geschickten Antrag der ÖVP, der wirklich grandios und verhaltenskreativ ist –, dann hätte ich gerne Auskunft darüber, was wir mit den Hundehaltern machen, die sich nicht daran halten. Diese warten nicht darauf, bis eine Sicherheitsstreife vorbei kommt und lassen dann ihren Hund machen, sondern sie tun das Ganze heimlich, in allen Straßen, die am Stadtrand liegen – und nicht in der Innenstadt, wo zwei Hundeführer mit einem Hund gehen. Sie machen das auch bei der Firma des Herrn Haberl. Herr Haberl senior hat sich darüber beschwert, dass genau hinter dem Atrio alles, und ich sage das jetzt ganz leger, von den Hunden vollgeschissen ist.

Gemeinderat Mag. Steinacher in einem Zwischenruf:
Was ist dein Vorschlag?

Frau Vizebürgermeisterin Rettl:

Ich habe dazu keine Lösung. Ich kann nur jeden, denn ich erwische, bestrafen und an die Menschen appellieren, wobei die Leute sagen, dass es fad ist, wenn es schon wieder um die Hunde geht. Es wird auch um die Hunde am Dobratsch gehen, wo die Leute etwas Schnee über den Hundekot geben und wir somit das ganze kontaminierte Zeug in unserem Trinkwasser haben. Auch darum wird es gehen.

Ich möchte nur daran erinnern, dass sich die Wirtschaftspartei um die Wirtschaft in der Stadt und nicht um andere Probleme kümmern sollte und nicht auf ihre Plakate schreiben sollte, was sie alles in Villach erreicht haben, wie die Hundewiese. Ihr klaut einen Antrag und eine Idee nach der anderen! Ich weiß, dass ihr den Antrag gestellt habt, aber das sind meine Themen, und das wissen die Leute.

Frau Vizebürgermeisterin Rettl auf einen Zuruf von Gemeinderat Mag. Steinacher:

Herr Gemeinderat Steinacher, vielleicht würden Sie die Güte haben, mich ohne Zwischenrufe ausreden zu lassen. Herzlichen Dank!

Wir haben jetzt noch einen Antrag die Sicherheitsstreife betreffend zu behandeln. Ich würde den Gemeinderat bitten, diesen abzulehnen. Villach hat eine hervorra-

gende Polizei, die auch zu Fuß sehr viel in der Stadt unterwegs ist. Ich schätze unsere Polizisten. Wir haben auch die Ordnungswache in Form unserer Parksheriffs, die nicht nur die Parkplätze kontrollieren, sondern sich auch um die genannten Punkte kümmern. Sie sind in mehreren Ortsteilen, auch am Silbersee, unterwegs. Bei 2.500 registrierten und noch einmal so vielen illegalen Hunden sind sie jedoch überfordert. Wir können die Strafen hinaufsetzen, doch das nützt gegen jene nichts, die heimlich vorgehen. Vielleicht kümmern wir uns um wirkliche Probleme und ernsthafte Sachen in dieser Stadt, und lassen das, was unsere Stadt schlecht machen könnte oder in schlechtem Licht erscheinen lässt, aus der Öffentlichkeit heraus. Schnapsen wir das intern aus, regeln wir das und verkaufen wir unsere Stadt endlich einmal als das, was sie ist, nämlich eine wunderbare Stadt mit einem der höchsten Anteile an Lebensqualität in ganz Österreich! Da kommt so schnell niemand nach. Verkaufen wir die Stadt als einen Wirtschaftsstandort, denn wir sind Hightech-Stadt Nummer eins in Österreich! Leere Geschäfte gibt es überall. Am Hauptplatz gibt es zum Beispiel kein einziges leeres Geschäft mehr. Gehen Sie einmal durch die Stadt, und versuchen Sie, hier zu shoppen. Sie werden sehen, dass vielleicht kleinere Kämmerchen leer sind, die ein Investor nicht haben will. Großprojekte sind in Arbeit, welche man nicht dazu rechnen darf.

Denkt irgendwann einmal nach! Ihr sprecht von euch als Wirtschaftspartei, seid jedoch Wirtschaftsfeindpartei! Was, glaubt ihr, reden die Unternehmer in dieser Stadt über euch? Sie sagen, dass ihr endlich einmal Ruhe geben sollt, denn wer hat denn noch das Interesse, in eine dreckige, unsichere Stadt zu gehen, in welcher es keine Geschäfte – wobei es in der Innenstadt 350 Geschäfte gibt – und kein Angebot gibt. Ihr seid diejenigen, die zwar gegen das Atrio schreien, die Leute aber hinaus treiben. Ihr seid diejenigen, die das Neukauf-EKZ, gegen das wir auch keine Chance gehabt haben, ablehnen, aber ihr treibt die Leute hinaus, indem ihr die Innenstadt schlecht macht. Dagegen verwehre ich mich jetzt einmal ganz entschieden.

Ich glaube, wir sollten diese Gemeinderatssitzung jetzt in Vernunft und Ruhe abhandeln, ohne dass man noch tausend gescheite Wortmeldungen bringt.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, wir haben jetzt gehört, was alles nicht passiert ist und nicht gemacht wurde. Wir sollten vielleicht davon sprechen, was gemacht wurde. Der erste Schritt: Dieser Antrag stammt vom Juli 2012. Ich darf in Erinnerung rufen, und dafür stehen wir in diesem Gemeinderat und auch bei der Bevölkerung, dass wir vor Problemen nicht die Augen verschließen, sondern an Lösungen arbeiten und auch geeignete Lösungsmittel anbieten. Gernot Schick hat mir ja Recht gegeben. Er hat gesagt, dass es schon ein Ordnungsamt gibt, welches diese Tätigkeiten vollbringt.

Frau Vizebürgermeisterin Rettl in einem Zwischenruf:

Nein!

Stadtrat Mag. Weidinger:

Lassen Sie mich bitte ausreden, Frau Kollegin. Gemeinderat Schick sagt, dass diese Sache flächendeckend vorhanden ist. Der zweite Punkt ist, dass er sagt, dass alle Referenten auf die Personen des Ordnungsamtes zurückgreifen können. Diese Geschichte war mir neu. Ich mache das gerne. Es gibt viele Bürger, die dazu Anregungen und Ideen haben.

Drittens raten Sie einmal, von wem das folgende Zitat stammt: „Die Stadt Villach hat im Zuge ihrer breit angelegten und bereits voll angelaufenen Altstadtoffensive nicht nur die Realisierung einer Reihe von Projekten sowie die Erhaltung einer attraktiven und gepflegten Innenstadt im Auge, sondern trägt mit konkreten Präventivschritten im besonderen Maß auch den Sicherheitsansprüchen der Bevölkerung und einer qualitativen Stadtentwicklung Rechnung. Aus diesem Grund war als Ergänzung zur Polizei und der Kamerakontrollen im Rahmen eines Pilotversuches über zehn Wochenenden hinweg in den Nachtstunden auch ein Zwei-Mann-Team mit Hunden der Group 4 im Altstadtbereich präsent. Der ergänzende Einsatz des privaten Sicherheitsdienstes wird von den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt begrüßt und sehr geschätzt. Wir haben überaus viele und lauter positive Rückmeldungen erhalten, speziell von Betroffenen und zahlreichen Eltern.“

Jetzt raten Sie einmal, von wem dieses Zitat stammt. Wally Retzl wird jetzt gleich sagen, dass das Stadtrat Weidinger gesagt haben muss. Das stimmt aber nicht. Es stammt von Bürgermeister Helmut Manzenreiter und ist auf der Stadthomepage im Archiv aus dem Jahr 2006 nachlesbar. Es ist die Rede von einer sinnvollen Ergänzung. Die Erweiterung des Sicherheitsangebotes und zusätzliche Präsenz des Sicherheitsteams, so Manzenreiter, habe sich bewährt und stelle auf Grund der nunmehr gemachten Erfahrungen eine sinnvolle unterstützende Ergänzung zur Polizei dar. Weiters steht dort unter dem Titel „Fortsetzung an Problemtagen“: „Helmut Manzenreiter: Wir wollen die Zusammenarbeit mit privaten Sicherheitsdiensten auch in Zukunft fortsetzen, und zwar schwerpunktmäßig an jenen Tagen und Nächten, in denen es erfahrungsgemäß zu Problemen kommen kann.“ Für ihn, Manzenreiter, sei die Polizei nicht ersetzbar, aber im Sinne wachsender Sicherheitsansprüche erwarte er sich, dass ihre Präsenz in der Villacher Altstadt im Hinblick auf eine weitere positive Entwicklung künftighin ausgeweitet und verstärkt werde.

Damals lautete das Argument, dass ein Sicherheitsteam mit Hunden in der Altstadt präsent ist, einwandfrei, vollkommen richtig und das Beste, was man hat machen können. Zu einem späteren Zeitpunkt, als die Situation so war, dass das Thema den Menschen massivst unter den Fingernägeln gebrannt hat, hat man davon gesprochen, wie fürchterlich das sei. Ich kann mich noch daran erinnern, welche Kraftausdrücke gefallen sind. Wieder wurde an eine andere Zeit erinnert. Das darf ich auch sagen. Zum Geschichtsbewusstsein empfehle ich: Lernen wir alle Geschichte, aber fokussieren wir uns auf die Zukunft, und bleiben wir nicht bei unseren Gedanken und Überlegungen hängen! Daher haben wir diese Anträge auf dieses probate Mittel zu einem Zeitpunkt gestellt, als sie eine geeignete Maßnahme dargestellt haben. Die Bevölkerung und die Dienstberichte haben uns Recht gegeben. Wir haben dafür breite Unterstützung erfahren. Nun wurde die

Behandlung dieser Anträge auf einen Zeitpunkt verschoben, zu welchem bereits ein Ordnungsamt eingerichtet worden ist, welches nicht Citystreife heißen darf, obwohl es beim Kirchtag Sicherheitsgruppen gibt, die bestimmte Bereiche bewachen. Auch der Osterzug wurde in der Vergangenheit bewacht. Ich weiß nicht, ob das hinkünftig der Fall sein wird. Diese Frage richtet sich an Sie, Herr Bürgermeister.

Ich sage mir, dass man dort, wo es notwendig ist, das höchste Gut, und das ist die körperliche Unversehrtheit, besonders schützen muss. In diesem Sinne können Sie heute mit einer Unterstützung dieses Antrages als symbolischen Beitrag das nachvollziehen, was Sie über Umweg des Ordnungsamtes schon beschlossen haben.

Bürgermeister Manzenreiter:

Als großer Unterschied zum Vorgehen der ÖVP war mein seinerzeitiges Statement ein vorübergehender Versuch, ein Negativimage, das sich über die Sicherheit der Stadt Villach entwickelt hat, zu beheben. Der Unterschied war nur, dass wir damals mit einer zusätzlichen Maßnahme versucht haben, das Image zu verbessern. Die ÖVP hat zuerst ein Skandalimage geschaffen. Man hat komplett verunsichert und dann eine Forderung aufgestellt. Das ist ein großer Unterschied. Wir haben versucht, das Image zu verbessern. Es ist damals gelungen, mehr Polizei zu bekommen, und daher war dieser Versuch dann zu beenden. Das ist die Situation.

Wenn die ÖVP jetzt sozusagen das Begräbnis erster Klasse für ihren ungeeigneten Antrag darin sieht, dass sie sagt, dass das, was wir auf Antrag der FPÖ, nämlich Ordnung in verschiedenen Bereichen zu schaffen, bereits umgesetzt haben, wobei die Sicherheit aber eindeutig bei der Polizei zu belassen ist, dazu dienen sollte, dass sie ihren Rückzieher einbekennt, dann soll sie das so machen. Stadtrat Weidinger sagt, dass wir ein Ordnungsamt geschaffen haben. Tatsache ist jedoch, dass wir noch kein Ordnungsamt geschaffen haben, sondern es gibt bei Verunreinigungen und ähnlichen Punkten – aber nicht in Fragen der Sicherheit – die Möglichkeit, dass wir kurzfristig, aber auch zeitlich beschränkt einschreiten können. Das ist ein großer Unterschied zu dem, was die ÖVP wollte und heute wieder will. Ich habe den Antrag ganz genau gelesen. Sie wollten an Hot Spots eine Sicherheitsstreife, wobei sie diese zum Beispiel auf die Lederergasse und den Kaiser-Josef-Platz beschränken. Wir lassen es ihnen gerne durchgehen, wenn sie jetzt erkannt haben, dass das, was die FPÖ beantragt hat, und wir gerne mittragen, richtig ist. Ich empfehle die Ablehnung dieses Antrages.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;

gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-

Fraktion, 2 Stimmen der „Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt, Gemeinderat Jabali-Adeh),

folgenden Antrag **abzulehnen**:

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, dass die Stadt Villach so rasch wie möglich die Finanzierung der Citystreife übernimmt.

Pkt. 10.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte vom 7.12.2012 betreffend Mehr Sicherheit für Villach durch den fortgeführten Einsatz einer Sicherheitsstreife für die Villacher Innenstadt

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 7.12.2012.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Der Schmäh kommt nicht mehr an. Bei jedem Thema, zu dem wir konkrete Vorschläge bringen, um eine Situation zu verbessern, spricht man von Miesmacherei. Das ist der alte politische Trick oder die alte politische Masche, um nicht über Themen sprechen zu müssen, die einem unangenehm sind und unter den Fingernägeln brennen. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie wir 2010 zur ersten Diskussion zum gegenständlichen Thema eingeladen haben. Damals haben sich Eltern gemeldet, die gesagt haben, dass sie gerne zum Thema „Sicherheit“ diskutieren wollen. Es war für viele Eltern das erste Mal, dass sie gemeinsam mit ihren jugendlichen Kindern in einem Villacher Innenstadtlökal waren. Es waren Vertreter der Polizei, des Bezirksgerichtes und des Krankenhauses dabei. Alle waren dankbar und froh darüber, dass man sich konkret darüber Gedanken macht, wie man Jugendliche unterstützt und für noch mehr Sicherheit sorgt.

Ich werde mir niemals und von niemandem verbieten lassen, auch wenn es pauschal abgelehnt wird, dass wir für die Menschen politische Arbeit zum Wohle der Stadt leisten. Das war der erste Schritt. Der zweite Schritt ist, dass man diesbezüglich auch mit den Gründern des Vereines „Safer City“ sprechen kann. Der Verein „safer city“ ist aus unserer Initiative hervorgegangen.

Bürgermeister Manzenreiter in einem Zwischenruf:

Das muss ich massiv ablehnen.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Das ist nicht richtig, Herr Bürgermeister. Das ist hier mehrmals bestätigt und gesagt worden.

Diese Initiative, die parteipolitisch unabhängig ist, leistet bis zum heutigen Tag wertvolle Arbeit für die Stadt Villach im Bereich der Einbruchsprävention. Ich möchte darauf hinweisen, dass in Bezug auf die Sicherheitsthematik ein großes Dankeschön an die Gemeinderäte aus meinen Reihen geht, die es sich zum Usus gemacht haben, permanent gemeinsam mit der Polizei Sicherheitsveranstaltungen zum Thema „Wie sichere ich mein Eigenheim?“ in einzelnen Stadtteilen durchzuführen. Es ist gelungen, Menschen auf verschiedene Art und Weise zu sensibilisieren, die sich mit dem Thema „Sicherheit“ in den eigenen vier Wänden und darüber hinaus beschäftigt haben und sich noch heute bei uns bedanken. Der Dank gilt jedoch nicht mir, sondern der Polizei, weil von Seiten des kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes eine so tolle Arbeit geleistet wurde. Ich kann nur an alle Gemeinderätinnen und –räte appellieren: Die Polizei ist eine tolle Institution,

deren Türen jedem offen stehen und die jederzeit gerne solche Beratungsabende durchführt. Ich lasse mich sicher nicht in die Ecke drängen, dass wir nicht die Sicherheitspartei Nummer 1 sind. Die sind wir, waren wir und werden wir auch bleiben.

Gemeinderat Zellot:

Vielleicht einmal etwas Positives: Es freut uns natürlich ganz besonders, dass sich viele für die Sicherheit interessieren. Die Sicherheit der Stadt hat ja nicht nur mit der Innenstadt, sondern auch mit den Wohngebieten nahe den Autobahnen zu tun, wenn man an Einbrüche denkt. Villach ist ein großer Verkehrsknotenpunkt. Diesbezüglich haben sich viele Parteien nicht nur in der Stadt, sondern auch im Land, mit verschiedenen Sicherheitskonzepten, der Unterstützung und der Förderung von Alarmanlagen beschäftigt.

Etwas, das mich jetzt herausgebracht hat, ist Folgendes: Ich war Mitglied im Nationalrat, als es einen schwarzen Innenminister gegeben hat. Es hat immer einen schwarzen Innenminister gegeben, aber etwas ist eine Frechheit, nämlich dass man hier als ÖVP-Mitglied ans Rednerpult tritt und sagt, dass die ÖVP die Sicherheitspartei Nummer eins ist, denn man hat gerade erst die letzte Diskussion um den Abbau der Polizeidienststellen in Österreich erlebt.

Frau Stadträtin Mag.^a Sandriesser:

Ich bin schon länger auf der Welt, Herr Stadtrat Weidinger, und eines muss ich dazu, dass die Stadt Villach schlecht geredet wird, sagen: Wir haben eine hervorragende Stadt. Denken Sie an die Schlagwörter „Villach:Qualität“ oder „Villach führt“. Wir sind die Besten im Süden. Wir haben gute Initiativen, die für die Sicherheit der Bevölkerung sorgen. Wir haben die Polizei, die für uns tagtäglich 24 Stunden lang rund um die Uhr da ist und viele Initiativen setzt. Ich muss eines sagen: Ich bin ein bisschen länger auf der Welt, und erfunden hast du die Sicherheit mit Sicherheit nicht.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Bitte, liebe Kollegen der SPÖ und FPK, lassen wir die Kirche im Dorf! Ich möchte noch einmal feststellen, dass Stadtrat Weidinger in keinster Weise zu keinem Zeitpunkt die Stadt Villach schlecht geredet hat.

Gerda, ich mag dich, und ich glaube dir vieles, aber bitte folge nicht der SPÖ-Diktion, dass die ÖVP in Villach alles schlecht macht. Das stimmt nicht. Das ist eben das dialektische Spiel. Ihr sagt, es ist alles aus Gold, wir sagen, dass vieles von rot bestimmt ist. Ich muss aber trotzdem manches verbessern, um mich im dritten Jahrtausend anzupassen. Das ist der Unterschied. Ihr könnt es noch so oft wiederholen. Wir und die Wähler glauben euch den Blödsinn nicht, dass die ÖVP und der Weidinger und wer auch immer die Stadt schlecht macht. Das stimmt nicht.

Gemeinderat Berger:

Es ist schon amüsant, wenn ich der ÖVP zuhöre. Es kommt einem das Schmunzeln. Die Partei behauptet von sich, dass sie das Ohr beim Bürger hat und von

den Bürgern immer so große Unterstützung bekommt. Wenn man sich die letzten Wahlergebnisse anschaut, wundert man sich aber. Bei der Nationalratswahl hatte den größten Verlust die ÖVP zu verzeichnen, ebenso bei der Landtagswahl, und nun ist diese Partei bei 3,86 Prozent bei der Arbeiterkammerwahl gelandet. So groß kann das Verständnis der Bürger für Ihre Anliegen und Ihr Programm dann doch nicht sein, wenn man sich die Ergebnisse anschaut.

Übrigens, die große Unterstützung des Vereins, der die Citystreife finanziert hat, dürfte auch nicht so groß sein, wie der Rechnungshof geprüft und bewiesen hat. Denn dieser Verein ist rein aus Steuergeldern finanziert worden, quer subventioniert vom damaligen Landesrat und Ihrem Parteifreund Martinz. Die Subventionierung ist ja auch stark bemängelt worden. Wie man jetzt sieht, ist es für ihn in anderen Bereichen sogar noch viel schlimmer ausgegangen. Das ist die ÖVP, die Bürgerpartei.

Gemeinderat Spitzer:

Mich wundert es immer wieder, dass wir von Sicherheit reden. Schauen wir uns die Aufklärungsquote in Villach und jene in anderen Städten an! Wir brauchen uns mit der Aufklärungsquote hier in Villach sicher nicht verstecken.

Einen Wunsch habe ich: Bitte, schreiben Sie Ihrer Ministerin, wenn sie schon so groß von Sicherheit redet, dass sie die Polizeiinspektionen nicht zusperren soll. Wie kann man denn auf einem Bahnhof eine Polizeiinspektion zusperren, wo der meiste Wirbel ist? Jeder Bahnhof ist ein Tummelplatz. Dort wurde die Inspektion einfach zugesperrt. Jetzt werden wieder Inspektionen zugesperrt. Dann kommt der blöde Schmah, dass wir damit mehr Polizisten auf der Straße haben. Ja, wo denn? Wir werden erst sehen, wenn die alten Inspektoren in Pension gehen werden, ob welche nachkommen werden. „Sparmaßnahme“ wird es dann heißen. Was bringt es, wenn man jemanden fängt oder einsperrt? Er kommt zum Staatsanwalt, wird entlassen und auf freiem Fuß angezeigt. Dann reden wir von Sicherheit. Wir brauchen uns in Villach sicher nicht verstecken. Unsere Aufklärungsquote ist hoch genug. Schauen wir uns die anderen Städte an!

Nur, schreiben Sie der Ministerin, dass wir die einzelnen Inspektionen brauchen, wenn sie will, dass es sicher ist! Es kann nicht sein, dass der Bürger 30 oder 40 Kilometer weit fahren muss, damit er zu einer Inspektion kommt. Das geht nicht. Wir wissen alle, wie das mit Automaten funktioniert. Wann kommt denn jemand, wenn man auf einen Notfallknopf drückt? Derjenige, der am anderen Ende dieses Notrufes sitzt, fragt erstmal nach, was passiert ist, wie man heißt und wo man wohnt. In der Zwischenzeit befindet sich der Räuber über der Grenze und sagt auf Wiedersehen.

Gemeinderat Dipl.-HTL-Ing. Struger, MSc, MBA:

Zuerst meinem ÖVP-Parteiboss und Sicherheitsstadtrat Peter Weidinger herzlichen Dank dafür, dass er immer wieder die richtigen Themen zum richtigen Zeitpunkt gefordert hat. Ich denke, dass das ein wesentlicher Punkt ist, weshalb die Freiheitlichen das Ordnungsamt beantragt haben. Unsere Vorgehensweise war der Grund dafür, dass das Thema so hohe Wellen geschlagen hat. Bei unseren

Veranstaltungen zum Thema „Wie sichere ich mein Eigenheim speziell in den Dämmerungszeiten im Herbst?“ hätten Sie einmal dabei sein müssen. Ihr alle seid wieder herzlich eingeladen, daran teilzunehmen. Dort gibt es Aufklärung pur. Da werden genau die wesentlichen Themen, die die Bürgerinnen und Bürger, die Villacherinnen und Villacher, quer durch alle Stadtteile brennend interessieren, behandelt. Das hat nichts damit zu tun, etwas schlecht zu machen, sondern es ist Informationsarbeit, die durch unseren Sicherheitsstadtrat Peter Weidinger ins Leben gerufen wurde. Lassen wir die Bundespolitik in diesem Haus außen vor! Wir sind hier in Villach. In Villach wird kein einziger Polizeiposten mit einem anderen zusammengelegt. Ich kann auch sagen, warum: Dank unserem Stadtrat Peter Weidinger war Sicherheit immer und überall Thema.

Stadtrat Sobe:

Wie Frau Rettl muss ich sagen, dass ich mich eigentlich nicht zu Wort melden wollte. Das ist nun aber nicht spaßhalber gemeint, sondern ernst.

Ich betrachte es als einen riesengroßen Pflanz des Gemeinderates. Es ist eine irrsinnig undemokratische Vorgangsweise, die sich die ÖVP leistet, indem sie drei Anträge zum Thema „Wohnbauschek“, zwei Anträge zum Thema „Sicherheitsstreife“ und zwei Anträge zum Thema „W-LAN am Bahnhofplatz“ einbringt. Die Anträge auf die Einrichtung von W-LAN auf anderen Plätzen wurden anscheinend schon aufgegeben. Dann kommt noch als Highlight: zwei Mal ein Antrag zum Thema „Drauriviera“. All diese Themen haben wir hier im Gemeinderat schon einmal diskutiert, und es wurde schon einmal darüber abgestimmt, trotzdem werden Anträge zu gleichen Themen wieder eingebracht. Das, was hier im Gemeinderat passiert, ist irgendwie eine Schweinerei. Wenn ihr glaubt, dass ihr mit diesen Dingen der Bevölkerung helft und der Meinung seid, dass das Demokratieverständnis ist, dann versteht man, warum die jetzige Situation wirklich den Ergebnissen der letzten Wahlen entspricht. Du bist ein geschätzter Bürger der Stadt Villach, mein lieber Freund Struger, aber ich glaube, wenn man an die letzte Wahl denkt, dass dich sogar deine eigene Frau nicht gewählt haben dürfte.

Gemeinderat Jachs:

Kollege Struger, ich muss dir leider Recht geben. In Villach wird das Polizeikommissariat am Bahnhof nicht mit einem anderen zusammengelegt, sondern geschlossen. Die Frage ist, was schlimmer ist: eine Zusammenlegung oder eine Schließung.

Kollege Sobe, du hast auch Recht. Es ist sagenhaft. In einem Punkt hast du jedoch Unrecht. Wir haben nicht nur ein Mal über gewisse Sachen geredet, sondern wir reden teilweise, ohne mitgezählt zu haben, schon das zehnte Mal über gewisse Punkte. Herr Stadtrat Weidinger, es ist toll, dass du dich so für das Sicherheitsthema engagierst, obwohl das in Wahrheit in Villach kein Thema ist. Ich habe wirklich eine große Empfehlung: Arbeite bitte in deinem Referat! Drei Stichworte habe ich dazu: Meerbothstraße, Verhinderungspolitik des ÖVP-Stadtrates Weidinger und Durchzugsstraße Landesstraße in Landskron. Falls du es vergessen hast, haben wir 2010 bereits Landesmittel dafür zugesichert gehabt, die mittlerweile wieder weg sind, weil du so fähig arbeitest. Ich gratuliere dazu!

Gemeinderat Jabali-Adeh:

Ich möchte die Wortmeldung von Stadtrat Sobe aufnehmen, weil er von undemokratischer Vorgehensweise und davon geredet hat, dass jemand gepflanzt wird. Ich wollte mich eigentlich auch nicht mehr melden. Vielleicht bin ich vorhin missverstanden worden. Ich möchte für die Zuschauer und Herrn Bürgermeister noch einmal etwas erklären, weil sein Argument war, dass Herr Weidinger noch Anträge offen hat, die noch nicht auf der Tagesordnung waren. Darum geht es nicht. Das Szenario, das wir jetzt hier sehen, passiert genau dadurch, dass es den Referenten und Ihnen, Herr Bürgermeister, obliegt, die Tagesordnung zu gestalten. Dadurch kommt eine solche Tagesordnung zustande. Man kann Stadtrat Weidinger nun nicht vorwerfen, dass ein Antrag auf der Tagesordnung steht, dessen Thema bereits umgesetzt ist, wenn Sie die Tagesordnung erstellen und die Anträge nicht bearbeiten oder die Erledigung verzögern.

Grundsätzlich halte ich es für unglaublich gefährlich, dass der Gemeinderat der Stadt als höchstes Organ bei der Erstellung der Tagesordnung der Willkür der Referenten und des Bürgermeisters unterliegt. Wenn Sie nicht wollen, dass ein Antrag auf die Tagesordnung kommt, kann dieser die ganze Periode verschleppt werden und wird dann quasi hinfällig. Diesbezüglich haben wir demokratiepolitisch, wie es Stadtrat Sobe gesagt hat, einiges an Aufholbedarf, und dessen sollten wir uns schleunigst annehmen, damit genau solche Szenarien nicht mehr zustande kommen. Ich höre mir jetzt schon eine Stunde lang parteipolitisches Hickhack an, das genau durch eine solche Gestaltung der Tagesordnung zustande kommt.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Die sympathische Einladung von Gemeinderat Jachs war eine, die man natürlich nicht ausschlägt. Daher melde ich mich ganz bewusst zu Wort. Zum Thema „Meerbothstraße“ halte ich fest, dass wir einen einstimmigen Beschluss herbeigeführt haben. Der Bereich der Verkehrsplanung ist somit erledigt. Dieses Projekt ist in die entsprechende Abteilung weitergewandert. Das ist das Tiefbauamt. Gemäß dem mittelfristigen Straßenausbauprogramm erfolgt 2015 die Sanierung. Soviel zu diesem Thema als Hintergrundinformation. Der Gemeinderat dient ja auch dazu, dass man diese Themen bespricht.

Beim Thema „L49“ ist zu sagen, dass es ein laufendes Verfahren gibt. Ich werde mich jetzt an dieser Stelle hüten, etwas dazu zu sagen, weil ich mir wirklich wünsche, dass wir diesbezüglich ein gutes Einvernehmen finden. Das liegt nicht alleine an unserer Stadt, lieber Arnulf. Wir sind wirklich sehr kundenfreundlich und sehr darum bemüht, gewisse Einzelinteressen im Rahmen des Gesamtverträglichen zu berücksichtigen.

Wenn wir beim Thema „Sicherheit“ sind, möchte ich noch ein wesentliches Thema vorbringen. Das ist das Thema des Bordellverbotes. Ich habe diese Thematik im Herbst aufgebracht, weil wir in Villach ein Ausmaß an Bordellen erreicht haben, welchem wir jetzt einen Riegel verschieben müssen. Ich darf dem Gemeinderat zur Kenntnis bringen, dass es auch eine Stellungnahme von Seiten des Landes zum Bordellverbot gibt. Es gab zwei Entwürfe, welche wir an das Amt der Landes-

regierung übermittelt haben. Es kam dazu ein Feedback von der Landesregierung. Es gibt ein Modell, das sehr streng ist. Dazu gibt es ein juristisches Restrisiko, wonach ein diesbezüglicher Beschluss aufgehoben werden könnte. Weiters gibt es noch ein strenges Modell, bei welchem dieses Risiko weniger gegeben wäre. Mein Vorschlag wäre, dass wir das Thema intensiv diskutieren. Ich befürworte grundsätzlich ein sehr strenges Bordellverbot. Es spricht nämlich auch für eine starke politische Willensbildung, wenn wir in Villach weniger Bordelle haben.

Vizebürgermeister Albel:

Herr Stadtrat Weidinger, die Geschichte, wie Sie sie vorgebracht haben, ist natürlich nicht ganz so gewesen. Eines möchte ich klar stellen: 2012 hätten die Planungen im Bereich der Meerbothstraße abgeschlossen werden sollen. 2013 hätte der Bau beginnen sollen. Jetzt haben wir 2014. Sie sind dafür verantwortlich, dass die Meerbothstraße bis heute noch so aussieht wie 2012 und das zur Klarstellung Nummer eins.

Klarstellung Nummer zwei, Herr Kollege Weidinger: Sie sind in Ihrer Hängematte erlappt worden. Sie haben im Bereich Landskron in den letzten zwei Jahren überhaupt nichts getan. Erst als sich Bürgerinnen und Bürger zusammengeschlossen und gesagt haben, dass sie sich das nicht mehr gefallen lassen, haben Sie etwas getan, Herr Kollege Weidinger. Was haben Sie getan? Das haben Sie sogar noch gepostet. Sie sind einen Tag, bevor sich die Bürger auf die Straße gestellt haben, zu Herrn Köfer gefahren und haben schnell ein Bild machen lassen, damit es wenigstens so aussieht, als ob Sie etwas tun würden.

Ich darf auch noch eine dritte Klarstellung vorbringen: Vereinbart war, dass es im dritten Abschnitt in Landskron heuer zu einer Erneuerungsmaßnahme kommt. Gar nichts wird kommen. Der dritte Abschnitt wird, und dieses Schreiben liegt mir vor, erst im Jahr 2016 angesetzt. Danke, Herr Weidinger! Der zweite Abschnitt, auf welchem auch noch nichts passiert ist, ist jedenfalls 2014 nicht im Programm. Auch dort wird wieder ein weiteres Jahr verstreichen, bevor die Bürgerinnen und Bürger ihr Recht bekommen, nämlich eine Straße, auf der man auch fahren kann.

Stadtrat Mag. Weidinger in einer tatsächlichen Berichtigung und zur Geschäftsordnung:

Das war eine rein politische Rede, die vielleicht bei irgendwelchen Sonntagsveranstaltungen funktioniert, aber die reine Unwahrheit darstellt. Wir haben beim Thema „L49“, weil es parteipolitisch eine sensible Sache war, ganz bewusst Dampf herausgenommen und die Experten arbeiten lassen. Ich sage nur und habe das auch vorhin schon formuliert, dass es dort massivste Einzelinteressen und Gemeinwohlinteressen gibt. Mein Ziel ist es, Gemeinwohlinteressen im besten Einklang mit Einzelinteressen zusammen zu bringen. Sanieren hätten wir schon lange können, nur den Altbestand hätte die Behörde in dieser Form nicht mehr zugelassen. Was ist das für ein Umgang? Wenn die SPÖ es so machen würde, wäre das Verschwendung von Volksvermögen. Wir würden etwas beschließen und bauen, und die Behörde würde dann sagen, dass niemand über die Straße fahren darf. Das mache ich nicht, das machen wir nicht. Wir werden mit der Bevölkerung eine gute vernünftige Lösung finden.

Vizebürgermeister Albel:

Soweit ich Ihre Berichtigung verstanden habe, dann haben Sie Dampf herausgenommen. Sie waren es jedoch, der diese Verzögerungen herbeigeführt hat.

Frau Gemeinderätin Franc-Niederdorfer:

Ich möchte nur zwei Sätze dazu sagen: Es handelt sich nicht um Einzelinteressen. Es sind Bürgerinnen und Bürger aus Landskron und Anrainer der L49 und nicht nur drei, wie das letzte Mal in der Zeitung gestanden ist, sondern es sind 13 Unternehmen und sämtliche, nämlich über hundert Mitarbeiter, in diesem mittleren Abschnitt. Das, was in der Zeitung gestanden ist, ist eine Lüge – und ich sage es so –, nämlich, dass wir mit Hochdruck arbeiten anfangen. Wir haben schriftlich, dass es kein Geld gibt und dass nicht gebaut wird. Wir haben ein schriftliches E-Mail. Es gibt 2014 keinen Bau auf Hochdruck.

Gemeinderat Mag. Olexinski nimmt anstelle von Gemeinderat Ing. Frei an der Sitzung teil.

Frau Vizebürgermeisterin Rettl:

Nachdem die Debatte langsam ein bisschen abgeleitet, muss man natürlich schon noch was dazu sagen, wenn wir schon bei Themen sind, die nicht der Tagesordnung entsprechen. Es wird hier mit der Wahrheit sehr locker umgegangen. Bei der Meerbothstraße hat es keine Verhandlungen mit allen Anrainerinnen und Anrainern gegeben. Die Meerbothstraße ist seit Jahren fast unbefahrbar. Der Gehsteig ist unbegebar, und da wird mit einer Einzelinteressentin verhandelt. Diese Bürgerin aus der Meerbothstraße hätte sich am liebsten an jeden Baum einzeln gekettet, und Herr Weidinger macht schön einen Rückzieher. Er hat dieses Projekt x-Mal umplanen lassen. Wir im Stadtsenat sind dafür da, um Entscheidungen zu treffen. Ich bin Umweltreferentin und die Grünen werden mich dafür prügeln, aber das halte ich aus. Ich hätte in der Meerbothstraße keinen einzigen dieser alten Bäume stehen lassen. Wie schaut denn das aus, wenn von einer Allee mit zehn oder 15 Bäumen zwei Bäume stehen bleiben, vier wegkommen, und dann ketten wir uns wieder an den nächsten Baum, der stehen bleiben soll? Diese Bäume sind Flachwurzler, das nur noch einmal zum besseren Verständnis auch für die Grünen. Sie sind Flachwurzler, die die Gehsteige immer wieder in die Höhe heben. Das ist ein ganz großes Problem.

Es handelt sich bei dem für den Umbau nötigen Geld um Volksvermögen, das heißt Vermögen der Villacher Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, zumal der Bau der Meerbothstraße um ein Jahr oder zwei Jahre verzögert wurde. Jetzt bleiben ein paar Bäume stehen, und wenn die Situation Ihnen, Herr Generalsekretär Steinacher, auch noch so witzig vorkommt, werden diese in den nächsten fünf Jahren ihr biologisches Alter erreicht haben. Dann muss die Straße wieder aufgerissen werden und neu gebaut werden.

Jetzt muss ich noch eines sagen: Bevor Frau Dipl.-Ing.ⁱⁿ Hudezeck und Herr Dipl.-Ing. Faller vom Stadtgarten einen gesunden Baum umschneiden lassen oder einen Baum, bei welchem es nicht sicher ist, dass Äste herabfallen können, muss, ich weiß nicht was, passieren. Das ist auch an die Grünen gerichtet: Wenn jemand von euch vom Rad fällt, weil ihn ein Ast trifft, regen Sie sich darüber auch sehr auf. Ich muss jetzt einmal eine Lanze für diese beiden Herrschaften brechen und das zum Mitschreiben: Bevor die beiden einen Baum umschneiden, Herr Generalsekretär, lassen sie sich lieber den Hals durchschneiden oder ketten sich an einen Baum. Darauf können wir uns zu hundert Prozent verlassen. Wir brauchen nicht immer ein Theater daraus machen, wenn in der Stadt ein Baum fällt. Wir haben 8.000 Bäume, die in der Pflege der Stadt sind. Wir haben 65 bis 70 Prozent Grünland und Wald in der Stadt. Machen wir deswegen kein Theater. Ich erwarte mir von einem Verkehrsplanungsreferenten, dass er klare Entscheidungen trifft und nicht so, wie er ein Fahrplanheft erstellt hat.

Frau Vizebürgermeisterin Rettl auf einen Zuruf:

Dieses Thema ist jetzt doch angeschnitten worden. Dabei geht es auch um die Sicherheit.

Es herrscht Unruhe im Plenum.

Vizebürgermeister Albel in einem Ordnungsruf:

Frau Vizebürgermeisterin Rettl ist am Wort, und das ist zu akzeptieren.

Frau Vizebürgermeisterin Rettl:

Ich breche jetzt ab. Ich habe das deshalb gesagt, weil in dieser Causa umgeschwenkt und von anderen Themen gesprochen worden ist. Man muss die Rolle von Herrn Stadtrat Weidinger ein bisschen näher beleuchten. Wir können das aber ein anderes Mal auch über die Medien machen. Dann haben sie etwas zu schreiben.

Stadtrat Sobe:

Frau Gemeinderätin Schautzer, es ist so, dass wir teilweise auch von Dingen reden, die nicht auf der Tagesordnung stehen, initiiert ist das aber nicht von uns, sondern von anderen worden. Ich muss als Stadtteilvertreter von Landskron, was ich schon sehr lange bin, etwas sagen, weil Herr Weidinger hier ans Rednerpult tritt und Geschichten und Märchen erzählt. Der Siedlerverein Landskron, dem ich schon 20 Jahre vorstehen darf, hat 800 Mitglieder, die unpolitisch und nicht von Parteien gefärbt sind. Mitglieder dieses Vereins kommen in einer Ausschusssitzung zu mir und fragen mich, was los ist. Sie haben gehört, dass die L49 von Landesseite überhaupt nicht saniert wird, und, wie Vizebürgermeister Albel bereits gesagt hat, auch nicht der dritte Teil, der schon außer Frage gestanden ist. Daraufhin haben wir uns gefragt, was wir diesbezüglich machen können. Wir haben gesagt, dass wir uns bemerkbar machen müssen und haben beschlossen, eine

Blockade zu bilden. Wir haben diese Blockade angemeldet, und sofort war Herr Weidinger bei Herrn Köfer und hat ein wunderschönes Bild gemacht und auf facebook alles Mögliche darüber, was er schon erreicht hat, erzählt, was de facto nicht stimmt und auch nicht umgesetzt werden kann. Das weiß man auf Grund anderer Meldungen, die die Abteilung Tiefbau der Stadt bekommen hat. Das zum einen.

Zum anderen muss ich sagen, dass ich in meiner Eigenschaft als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger in Landskron überlege, ob ich Herrn Bürgermeister bitten soll, Herrn Weidinger das Referat zu entziehen, weil diese Untätigkeit grenzenlos ist. Wir haben einen solchen Fall im Gemeinderat schon einmal gehabt. Es gehört natürlich darüber nachgedacht, nachdem Herr Weidinger im Tourismus schon so erfolgreich war, wo man ihn überhaupt noch einsetzen kann, denn sonst kassiert er überhaupt nur mehr das Geld, und alles andere ist ihm eigentlich egal.

Gemeinderat Waldner:

Die Sanierung der Meerbothstraße wäre schon längst auf Schiene gewesen, wenn Herr Stadtrat Weidinger etwas agiler gewesen wäre und nicht alles verschlafen hätte. Ich selbst bin Mitglied im Planungsausschuss. Er hat einige Sitzungen überhaupt nicht besucht, worauf wir einige Themen von der Tagesordnung nehmen mussten. Herr Vizebürgermeister wird das bestätigen. Es ist nichts weitergegangen, und deswegen sind die Bürger in Lind, und ich bin auch ein Lindner, auf die ÖVP und Stadtrat Weidinger nicht gut zu sprechen.

Vizebürgermeister Albel:

Nur zur Information für alle, die jetzt den Hintergrund nicht erkennen, von welchem Kollege Waldner gesprochen hat: Wir haben schon eine Sitzung des Planungsausschuss absagen müssen, in einer zweiten Sitzung haben wir die Tagesordnungspunkte des Herrn Weidinger nicht auf der Tagesordnung lassen können, weil er nicht anwesend war. Wir haben festgestellt, dass bis Ende 2013 die Hälfte aller Planungsausschusssitzungen vom Stadtrat Weidinger überhaupt nicht besucht worden sind, obwohl, und das ist das ja die Crux an der Sache, Punkte auf der Tagesordnung stehen, bei welchen der Stadtrat für Fragestellungen zur Verfügung zu stehen hat. Es geht nicht um den Beamten, sondern um den Stadtrat. Er hat sich zumindest bis Ende 2013 bei der Hälfte der Sitzungen überhaupt nicht blicken lassen. Auch in diesem Jahr war er bereits bei einer Sitzung nicht da – das nur zur Erklärung.

Gemeinderat Jabali-Adeh:

Ich melde mich zum zweiten Mal bei diesem Punkt zu Wort, und zwar zur Geschäftsordnung. Ich möchte bitten, dass wir zur Geschäftsordnung zurückkehren, und ich möchte die Vorsitzführung zu einer objektiven Vorsitzführung auffordern. Was Sie am Anfang gemacht haben, war, dass Sie die Redner aufgefordert haben, zum Thema zu reden. Nun haben wir sechs oder sieben Redner zu komplett anderen Themen gehört. Da wünsche ich mir schon, dass mit gleichem Maß gemessen wird.

Vizebürgermeister Albel:

Gemeinderat Jabali-Adeh, Danke für die Wortmeldung. Falls Sie es noch nicht wissen sollten, kann hier jeder Gemeinderat den Schluss der Debatte verlangen. Ich bin gerne bereit, Ihnen im späteren Verlauf des Tages das noch einmal mitzuteilen. Das ist die Möglichkeit, die die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte haben. Es liegt jedoch kein Antrag darauf vor.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Dank Google habe ich hier einen Artikel aus der Kleinen Zeitung vom August 2011 mit dem Titel „Bemühen um die beste Lösung“. Nachdem die SPÖ Villach bei der L49 folgenden grandiosen Vorschlag gebracht hat, und auf dem zum Artikel passenden Foto sind Harald Sobe und Bürgermeister Manzenreiter zu sehen, in diesem gegenständlichen Bereich Shared Space-Lösungen anzubieten und durchzuführen, hat, und ich zitiere nun aus diesem Artikel, Bürgermeister Helmut Manzenreiter die Thematik jetzt zur Chefsache gemacht. Er will der besten Lösung auf die Beine helfen. „Wir beauftragen Planer aus Graz, um eine Shared Space-Lösung durchzuführen.“

Jetzt muss man wirklich die Kirche im Dorf lassen. Heute erst hat die SPÖ, die aus meiner Sicht beim Thema „L49“ ein rein politisches Schauspiel geboten hat, diesen Antrag, im Bereich L49 einen Shared Space-Zone zu errichten, zurückgezogen. Es ist für mich Beweis, Indiz oder wie auch immer, dass die Roten dieses Projekt in die Politik getrieben haben, jedoch gar keine sachliche Lösung haben wollten. Jetzt ist es wichtig, dass wir natürlich im Rahmen der budgetären Landesmittel schnellstens eine Lösung erreichen. Stadtrat Weidinger hat sich diesbezüglich immer bemüht und sein Bestes getan. Das ist Faktum, und deshalb sage ich: Schluss mit der SPÖ-Verhinderungspolitik bei der L49!

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich verstehe den jungen Gemeinderat, der sagt, dass hier zu Themen gesprochen wird, die eigentlich mit der Sache, die den jeweiligen Tagesordnungspunkt betrifft, nichts zu tun haben. Ich darf Ihnen aber als langjähriger Vorsitzführender schon sagen, dass wir ganz kurze Gemeinderatssitzungen hätten, wenn immer nur zum dem jeweiligen Tagesordnungspunkt gesprochen werden würde. Ich habe von den verschiedensten Fraktionen zahlreiche Vorwürfe bekommen, wenn wir einmal gesagt haben, dass etwas nicht Thema ist.

Gemeinderat Jabali-Adeh in einem Zwischenruf:

Aber bei allen mit gleichem Maß!

Bürgermeister Manzenreiter:

Vom Vorsitz her ist niemand in seiner Wortmeldung eingeschränkt worden, und damit ist für alle das gleiche Maß gegeben. Es ist für den Vorsitzführenden immer eine Gratwanderung, wenn er jemanden das Wort wegnimmt. Ich kann das nicht empfehlen, auch wenn nicht zur Tagesordnung gesprochen wird. Das ist an und für sich eine schwierige Sache, die vom Vorsitzführenden zu entscheiden ist, auch wenn man es oft gerne hätte. Es ist aber eine schwierige Vorgehensweise im Um-

gang mit der Demokratie, jemandem das Wort zu entziehen. Ich darf vielleicht aus diesem Grund um Verständnis dafür bitten, dass es so gehandhabt wird.

Herr Kollege, auch ich muss jetzt hier zu Punkten Stellung nehmen, die mit dem Tagesordnungspunkt nichts zu tun haben.

Ja, ich habe versucht, dieses Projekt als Bürgermeistersache zu behandeln, nachdem ewig und drei Tage nichts weitergegangen ist. Mein Versuch war vor allem davon geprägt, mit einem Fachmann, welchen jetzt auch jemand anderer mit einbezogen hat und mit welchem wir in der Bahnhofstraße gute Erfahrungen gemacht haben, und andere halten ihn auch für gut, in Landskron einen Versuch zu starten, dort nicht nur die Interessen einer Durchzugsstraße, wie es die Meinung der Landesplanung ist, sondern jene von 13 Geschäften mit 80 oder 90 Angestellten, die von Stadtrat Weidinger als Einzelinteressen bezeichnet worden sind, zu berücksichtigen. Als Stadtplaner müssen wir das Rieseninteresse daran haben, dass dieses Zentrum, wo es von der Apotheke bis zu weiß Gott welchen Geschäften mit entsprechenden Park- und Zufahrtmöglichkeiten, bestehen bleibt.

Das war ein Versuch. Dieser Versuch hat zu einem Ergebnis geführt. Die 13 Geschäftsbetreiber waren mit unserem Vorschlag einverstanden, es hat eigentlich niemanden gegeben, der dagegen war. Dieser Versuch ist aber von der Landesplanung unter der Federführung von Herrn Landeshauptmann Dörfler abgelehnt worden. Es wurde gesagt, dass die Umsetzung dieses Projektes nicht geht, weil in einer Landesstraße, die eine Durchzugsstraße ist, die Flüssigkeit des Verkehrs gewährleistet sein muss. Ich war hingegen der Meinung, dass man auf eine Länge von 250 bis 300 Meter, denn länger ist dieser Abschnitt nicht, die Geschwindigkeit, wenn man nach Ossiach fährt, so reduzieren kann, dass man Rücksicht nehmen kann, wie es zum Beispiel in Neumarkt am Perchauer Sattel der Fall ist. Dort gibt es auf der Bundesstraße durch die ganze Stadt eine 30-km/h-Beschränkung. Die Chefsache, oder wie immer Sie oder die Journalisten das bezeichnen wollen, ist aber mit dem klaren Nein des Landes Kärnten beendet worden. Es muss die Flüssigkeit des Verkehrs bevorzugt werden. Das ist auch der Grund, warum wir unseren Antrag jetzt zurückgezogen haben, weil unser Vorschlag vom Land, das dafür zuständig ist, nicht goutiert worden ist. Tatsache ist, dass ich mich erst eingeschaltet habe, weil in Villach lange Zeit keine Entscheidung dazu gefallen ist.

Ich habe mich irrsinnig darüber gefreut, als ich in der Zeitung gelesen habe, dass Herr Landesrat Köfer und Herr Stadtrat Weidinger erklärt haben, dass man nun soweit ist und dass etwas geschehen wird. Ich habe mir damals gedacht, dass nun endlich etwas passiert, bis ich gehört habe, dass Herr Landesrat Köfer gesagt hat, dass er nach Villach kommt, um mit den Bürgern über eine Lösung zu sprechen, weil er auch die Interessen des Geschäftsviertels dort berücksichtigen muss. Meine Freude war also umsonst! Der Bericht in der Zeitung war Lug und Trug, denn jetzt spricht man erst mit den Anrainern. Das ist die Situation.

Was die Sicherheit betrifft, gebe ich der Sicherheitspartei Folgendes zu bedenken: Unter der ÖVP-Innenministerin ist die Wachstube in Drobollach zugesperrt wor-

den. Ebenso ist die Wachstube am Hauptbahnhof zugesperrt worden. Interessanterweise ist die Wachstube mitten aus dem Wohngebiet in den Auen, wo die Leute wohnen, unter Herrn Bundesminister Strasser, und jeder soll sich nun denken, was er will, ins Atrio verlegt worden, wo sich in der Nacht niemand aufhält. Das ist die Situation, wonach ein fußläufiger Streifendienst nicht mehr möglich ist.

Gemeinderat Fritz in einem Zwischenruf:

Federaun auch!

Bürgermeister Manzenreiter:

In Federaun ist es vor meiner Zeit passiert, glaube ich. Auch auf der Fellach ist die Wachstube mitten aus dem Wohngebiet heraus zum Fernheizwerk verlegt worden. Das gebe ich zu bedenken. Darüber habe ich mir meine Gedanken gemacht und überlegt, wessen Interessen dort vertreten worden sind. Ich empfehle die Ablehnung des Antrages wie beim vorherigen Tagesordnungspunkt.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;

gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 2 Stimmen der „Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt, Gemeinderat Jabali-Adeh),

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, dass die Stadt Villach so rasch wie möglich die Citystreife (wie im Antrag beschrieben) einrichtet und finanziert.

Pkt. 11.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte vom 27.7.2012 betreffend
Kostenloser, kabelloser Internetzugang in der Bahnhofstraße und am
Bahnhofplatz – W-LAN

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom
27.7.2012.

Gemeinderat Pobaschnig:

In den Anträgen der ÖVP-Gemeinderäte vom 27.7.2012 und vom 7.12.2012 geht es um das Wireless-LAN in der Bahnhofstraße und am Bahnhofplatz. Hinter allem steht die grundsätzliche Frage, ob ein Internetzugang zu einer Daseinsvorsorge gehört. Es ist auch eine soziale Frage, denn es kann sich nicht jeder einen Internetzugang leisten. Wer von Ihnen in der letzten Zeit auf Urlaub oder auch geschäftlich unterwegs war, weiß eines ganz bestimmt: Technik ist aus unserer Welt nicht mehr wegzudenken. Sie ist ein Bestandteil unserer Gesellschaft geworden. Laut Umfragen ist es heute für junge Menschen wichtig, ein Smartphone und andere computerähnliche Dinge zu besitzen. Das eigene Auto steht nicht mehr an erster Stelle. Man kann sich eines leihen oder mieten. Das Smartphone ist heute das Tor zur Welt. Das Internet zeigt mir in einer Stadt, wenn ich das erste Mal dort bin, die Sehenswürdigkeiten, wo das Krankenhaus ist, wo sich das nächste Hotel und das nächste öffentliche WC befinden, wo ein Restaurant ist und viele andere Dinge, die mich interessieren. Man findet sich in einer Stadt schneller und besser zurecht, und man fühlt sich schneller wohl.

Ich denke, dass es in einer Stadt wie Villach, die international und touristisch auch durch die ansässigen Firmen und die Vielfalt der Menschen immer bedeutender wird, positiv aufgenommen wird, wenn wir an gewissen neuralgischen Punkten einen freien öffentlichen Zugang zum Internet durch W-LAN hätten.

Frau Gemeinderätin Mag.^a Dieringer-Granza:

Du hast damit schon Recht. Wenn man auf dieser Welt herumfährt, entdeckt man vieles, aber zum Herumfahren auf dieser Welt gehört auch, dass man, wenn man ins Internet oder ins W-LAN einsteigen möchte, sich manchmal auch in ein Kaffeehaus setzt oder in einem Hotel übernachtet und bezahlt und dort das W-LAN benutzt. W-LAN gibt es meistens dort, wo man etwas konsumiert. Du brauchst auf Plätzen diesbezüglich nichts anbieten. Wenn man gerade in der Bahnhofstraße, und ich weiß nicht, ob du dort schon etwas trinken warst, öfter die Lokale besucht, hat man dort eine wunderbare W-LAN-Verbindung. Du musst jedoch etwas trinken. Das ist das Einzige.

Genau das ist der Punkt, wie wir es euch schon so oft erklärt haben, warum wir diesen Antrag auch ablehnen. Wir haben so engagierte Wirte und Geschäftsleute in unserer Innenstadt, die das bereits anbieten. Da brauchen wir als Stadt nicht eingreifen.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Ich habe den Ruf des Mister Altstadtunternehmer sehr wohl gehört. Adi Po-baschnig ist auch Wirtschaftskammer-Ausschussmitglied in der Bezirksstelle Villach. Innenstadtunternehmer unterstützen diese Forderung, die sehr wichtig für die Altstadtbelebung ist, daher ein klares Ja von Seiten der ÖVP zu diesem Antrag.

Bürgermeister Manzenreiter:

Mir hat mein zehnjähriges Enkelkind erklärt, dass beim Smartphone jeder Österreicher W-LAN hat, und zwar überall. Wenn ein Ausländer kommt, muss er Daten-Roaming aktivieren, was auch bald vorbei sein wird, denn gestern hat die EU beschlossen, Daten-Roaming abzuschaffen. Somit hat dann jeder EU-Bürger in der ganzen Stadt seinen Internetzugang.

Bürgermeister Manzenreiter auf einen Zuruf:

Gratis! Ja, natürlich! Obwohl, ganz gratis ist es nicht, weil es in einem Umlageverfahren abgerechnet wird.

Wenn ein Gast bei uns in der Stadt Gratis-Internet auf der Straße haben will, dann soll ihm das der private Tourismus ermöglichen, denn der bekommt das Geld dafür. Jetzt verrate ich Ihnen etwas ganz Interessantes: Die Tourismusverantwortlichen haben sich damit beschäftigt und gesagt, dass sie dafür nicht zuständig sind und es besser ist, wenn sich die Leute des W-LAN irgendwo anders bedienen. Meine Damen und Herren der ÖVP, Sie haben wieder einmal nicht auf das Volk gehört und liegen mit Ihrem Antrag daneben!

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, Gemeinderat Jabali-Adeh; gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 2 Stimmen der „Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt),

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat der Stadt Villach möge die zuständigen Magistratsabteilungen mit der Umsetzung von W-LAN (Wireless Local Area Network) in der Bahnhofstraße und am Bahnhofplatz beauftragen.

Pkt. 12.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte vom 7.12.2012 betreffend
Kostenloser, kabelloser Internetzugang in der Bahnhofstraße und am
Bahnhofplatz – W-LAN

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom
7.12.2012.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Wir sollten schon erkannt haben, dass wir in Kärnten drei massive Megathemen haben, die sicher viele von uns miteinander teilen werden. Ein Thema aus dem Bereich der Arbeitsplätze ist die Abwanderung. Viele junge Menschen, die gut ausgebildet sind, verlieren wir an andere Bundesländer. Es ist für manchen oft nicht sehr einfach, hier vor Ort einen Job zu finden oder ein Unternehmen zu gründen, für andere klappt das Gott sei Dank. Es ist aber auch der Bereich der Ausbildung als solches, der für Abwanderung sorgt. Wenn man ein Umfeld hat, wie wir es an dem modernen Standort in der Stadt Villach haben und wir in einer Hightech-Stadt leben (Copyright: Frau Vizebürgermeisterin Wally Rettl), dann ist W-LAN eine notwendige Maßnahme, um heute in einer Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts einen sozialen durchlässigen Internet-Zugang zu verschaffen. Das ist Information, Ausbildung und eine wichtige Maßnahme, um unseren Hochtechnologiestandort einen weiteren Schritt weiter zu entwickeln.

Zum Thema „L49“ halte ich fest, dass ich nicht davon ablasse. Erstens an die Adresse der lieben Gemeinderätin Brigitte Franc-Niederdorfer: Liebe Brigitte, ich behalte mir, das sage ich jetzt schon, rechtliche Schritte vor für das Zitat, das du früher gesagt hast. Ich würde dir wirklich empfehlen, zu deiner Aussage, die du in meine Richtung getätigt hast, juristische Personen zu fragen, die vielleicht mehr Erfahrung haben. Ich empfehle dir das, aber ich strecke trotzdem beide Hände aus. Es geht um eine größere Sache. Ich bitte wirklich darum, dieses Thema noch einmal zu behirnen.

Zu der L49 möchte ich auch Folgendes ausführen: Glauben Sie, dass es sich Herr Bürgermeister Manzenreiter, der sich ein Macher-Image kreiert hat, welches mit viel Geld auch teuer eingekauft ist, nehmen lassen würde, dieses Projekt selbst umzusetzen, wenn er die Lösung für die L49 hätte? Man hat ja gemerkt, wie die Argumente wechseln. Einmal ist das Land zuständig, dann war es wieder der ehemalige Landeshauptmann, der das Projekt verhindert hat. Wenn wir ganz exakt sein wollen, dann sollte man auch unterscheiden, was politische Materie ist, über welche man einen Beschluss fassen kann, und was eine Behörde ist. Die Behörde arbeitet verwaltungsmäßig, das heißt, es gilt, Gesetze zu vollziehen. Wo ist hier in dieser Thematik der Trennstrich? Daher lautet der Aufruf von mir in meiner Funktion als Verkehrsplanungsreferent: Ich bitte um Rückkehr zur Sachlichkeit! Man merkt ja schon seit Beginn der Sitzung vor allem an der Sitzungsführung, dass es eine große Grundnervosität von einer bestimmten Seite her gibt. Ich ersuche bitte, die Grundnervosität der Vorsitzenden, die beide aus der SPÖ kommen, nicht auf die sachlich wichtigen Thematiken überschwappen zu lassen, denn

sonst wird es sehr schwierig, vernünftige Entscheidungen zu treffen. Ich kann Ihnen nur garantieren, dass die ÖVP auch bei aller Polemik von anderer Seite her hinkünftig sachliche und vernünftige Anträge unterstützen wird, die für Villach gut sind.

Frau Gemeinderätin Esterl nimmt anstelle von Gemeinderat Berger an der Sitzung teil.

Gemeinderat Fritz:

Ich stelle den Antrag auf Ende der Debatte. Wir kommen immer mehr vom Thema ab. Wir sind vom Tagesordnungspunkt, den wir jetzt zu behandeln haben, weit weg. Ich stelle den Antrag auf Ende der Debatte.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt, Gemeinderat Jabali-Adeh;
gegen den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion),**

dem Antrag auf Schluss der Debatte **zuzustimmen.**

Bürgermeister Manzenreiter:

Es wurde jetzt von einem Redner beklagt, dass wir den Ruf als Hightech-Stadt verlieren, wenn wir diesem Antrag nicht zustimmen. Ich glaube, ich habe erklärt, dass sich jeder Österreicher und in Zukunft auch jeder EU-Bürger zum Normaltarif mit seinem Handy am W-LAN bedienen kann. Demnächst wird das so sein. Wenn man will, dass darüber hinaus Touristen dieses Angebot nutzen können, so muss ich dazu sagen, dass wir für solche Dinge früher Mittel im Budget gehabt haben. Jetzt aber liegt das im Bereich des Tourismus. Der private Tourismusverein, und ich sage das ganz wertfrei, hat sich mit diesem Thema beschäftigt und gesagt, dass das nicht seine Aufgabe ist. Das ist die Situation. Daher empfehle ich die Ablehnung.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, Gemeinderat Jabali-Adeh;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-
Fraktion, 2 Stimmen der „Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt),**

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat der Stadt Villach möge die zuständigen Magistratsabteilungen mit der Umsetzung von W-LAN (Wireless Local Area Network) in der Bahnhofstraße und am Bahnhofplatz beauftragen.

Pkt. 13.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Live-Übertragung der Gemeinderatssitzungen

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 27.7.2012 wie folgt:

Mir liegt eine Information über eine Stellungnahme oder Aussage vor, die ich auch gerne vortragen kann, damit Sie wissen, dass wir derzeit rechtlich gesehen keine Live-Übertragung vornehmen dürfen.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Herr Bürgermeister, ich bitte um Übersendung dieser Stellungnahme. So viel ich mich erinnern kann, wird aus dem Landtag live berichtet. Wir müssten eben eine Anlehnung daran vornehmen, wie es dort geregelt ist, damit eine Übertragung selbstverständlich rechtskonform erfolgt. Gerade in gewissen rechtlichen Grauzonen sind die Sanktionen oft nicht sehr groß. Für uns ist es schon wesentlich, für mehr Transparenz zu sorgen.

Ich habe heute Folgendes bemerkt: Ich bekomme laufend, und das wird Ihnen auch so gehen, Rückmeldungen von Personen, die im Internet sind und sich den Live-Ticker der Kleinen Zeitung anschauen. Die Nachfrage ist somit gegeben, und das ist wesentlich. Daher unterstützen Sie bitte diesen Antrag, und schauen wir, dass wir eine Live-Übertragung sehr wohl rechtskonform umsetzen können.

Gemeinderat Dipl.-HTL-Ing. Struger, MSc, MBA:

Was ich mir aus der Wortmeldung des Herrn Bürgermeisters zusammenreime und daraus schließe, ist Folgendes: Haben wir uns in der Zeit, als hier gm1.tv die ganze Zeit gefilmt hat, am Rande des gesetzlich Möglichen befunden. Jetzt kenne ich mich nicht mehr aus. Trotzdem bin ich dankbar dafür, dass wir als Transparenzpartei durchgesetzt haben, dass zumindest die Gemeinderatsprotokolle seit einiger Zeit im Internet verfügbar sind. Das ist nur der ÖVP und unserem Sicherheits- und Transparenzstadtrat Peter Weidinger zu verdanken.

Vizebürgermeister Albel:

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich eben dieser angesprochene Stadtrat.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Ich bin so dankbar für die unparteiische Vorsitzführung.

Als ersten Punkt möchte ich darauf zu sprechen kommen, was die Anwesenheit bei den Ausschüssen betrifft. Wenn die Vorgehensweise im Planungsausschuss Usus wird, graut mir vor den Sitzungen des Stadtsenates und des Haupt- und Finanzausschusses. Wenn wir jedes Mal, wenn Herr Bürgermeister nicht anwesend ist, all seine Punkte von der Tagesordnung nehmen müssen, wobei ich davon ausgehe und überzeugt davon bin, dass er immer dienstlich unterwegs ist, würden wir einige Entscheidungen wahrscheinlich lange verschleppen.

Deswegen möchte ich rechtlich aufklären. Es gibt keine Verpflichtung der Teilnahme am Planungsausschuss. Ich war beim Planungsausschuss nicht dabei, weil ich einmal oder zwei Mal auf Urlaub war und die restliche Zeit dienstlich bei Bürgerbesprechungen, wie zum Beispiel in der Angelegenheit Meerbothstraße. Es ist richtig und wichtig, dass man auf die Bürger eingeht. Was ich nicht nachvollziehen kann, sind Nacht- und Nebelaktionen, nämlich, wenn man aus der Zeitung erfährt, dass am nächsten Tag die entsprechenden Gerätschaften ausfahren, um Baumalleen zu entfernen. Das bereitet manchen anscheinend doch Sorgen, weil man sich mit dem Bürger nicht auseinandersetzen möchte. Es ist mir schon wichtig, das zu sagen. So gut untersucht worden, wie jeder Baum in der Meerbothstraße, ist wohl kaum ein anderer Straßenzug in Villach.

Ich würde mir wünschen, dass wir hier im Gemeinderat noch transparenter sind. Ich glaube, dass gerade die Übertragung von solchen Sitzungen einen wertvollen Beitrag dazu leisten würde, dass sich die Leute selbst ein Bild davon machen könnten, wie hier argumentiert wird.

Stadtrat Sobe:

Man kann das nicht so einfach stehen lassen, dass ein Stadtrat, der hier einen Eid geschworen hat, die eigenen Leute angreift. Was hast du damit gemeint, dass irgendetwas in einer Nacht- und Nebelaktion passiert ist und unsere gemeinsamen Mitarbeiter etwas gemacht haben, was nicht richtig ist? So ist das für mich herausgekommen. Man sieht schon, dass du, wie auch Herr Steinacher Jus, studiert hast. Es steckt schon etwas dahinter, wenn man geflügelte Worte verwendet und keinen Streit vermeiden will.

Gemeinderat Geissler:

Ich möchte als Vorsitzender des Planungsausschusses nur kurz, weil es von Herrn Stadtrat angesprochen worden ist, zur Ausschussarbeit etwas sagen. Ich brauche schon auch den jeweiligen Referenten bei den Sitzungen, um ihn etwas fragen zu können, wenn es notwendig ist. Wenn dieser bei der Sitzung nicht anwesend ist, und Stadtrat Weidinger hat selbst schon gesagt, dass ihm anscheinend der Dampf ausgegangen ist und er in der letzten Zeit öfters nicht bei der Ausschusssitzung war, halte ich fest, dass das schon eine schwierige Situation ist, weil die Sitzungen doch eine wesentliche Arbeit bedeuten. Diese Arbeitsauffassung lässt ordentlich zu wünschen übrig. Dass bei der Österreichischen Versicherungsparterie die Stadt und der Steuerzahler für alles zahlen sollen, ist bekannt.

Es wurde auch angesprochen, wie es ist, wenn man sich auf Urlaub befindet und da und dort hinget. Es ist ganz normal, dass Wirte W-LAN anbieten. Man setzt sich in das Lokal und hat somit eine W-LAN-Verbindung. Die Forderung der ÖVP kann ich einfach nicht nachvollziehen. Ich möchte Herrn Stadtrat auch in meiner Funktion als Ausschussvorsitzender ersuchen, dass er zukünftig mehr in die Hände spuckt und Sachen vorlegt, die in seinen Referatsbereich fallen. Es ist heute schon angesprochen worden, dass er sich um alles andere kümmert. Zu jenen Punkten, bei welchen zu arbeiten ist, ist meistens eine Suchaktion nach ihm einzuleiten. Das kann zukünftig nicht mehr sein.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Die Aussage von Herrn Harald Geissler ist richtig, wonach er meint, dass der Referent so oft wie möglich anwesend sein soll. Es ist natürlich so, dass es wesentliche Termine gibt, wo man berufsbedingt eben anderwärtig beschäftigt ist. Herr Stadtrat Weidinger hat auch gesagt, dass er ein Mal auf Urlaub war. Ich nehme das als Anregung auf. Im Endeffekt, wenn ich es ein bisschen pointiert formulieren möchte, hat Gemeinderat Geissler, indem er gesagt hat, dass der Referent in dem jeweiligen Gremium möglichst anwesend sein soll, Kritik an Helmut Manzenreiter geübt. Ich mache mir jetzt die Mühe, und übrigens Danke für die Anregung, zu recherchieren, wie oft Helmut Manzenreiter bei den Sitzungen des Stadtsenates beziehungsweise des Haupt- und Finanzausschusses persönlich anwesend ist. Wenn ich jetzt die Aussage, die Gemeinderat Geissler getroffen hat, heranziehe, könnte ich sagen, dass der Referent beziehungsweise der Bürgermeister immer da zu sein hat. Helmut Manzenreiter macht das nicht. Er ist nämlich aus meiner Sicht nicht immer nur dienstlich verhindert, sondern, nachdem was man hört, sehr oft auf Urlaub – wobei ich das nicht bestätigen kann, da ich nicht mit ihm gemeinsam auf Urlaub fahre. Faktum ist, dass er persönlich sehr oft nicht anwesend ist.

Lassen wir, und das habe ich schon ein paar Mal gesagt, die Kirche im Dorf. Reagieren wir nicht nur beim Weidinger böseartigerweise so, wenn man ein bestimmtes Thema aufwirft, sondern bleiben wir objektiv, und schauen wir uns auch an, was die lieben Kollegen der SPÖ machen. Jedenfalls ist es so, dass Stadtrat Weidinger ein fleißiger Referent ist. Mit den Möglichkeiten, die er hat, und unter dem Umstand, dass er immer eine SPÖ-FPÖ-Mehrheit gegen sich hat, leistet er Unglaubliches.

Frau Gemeinderätin Mag.^a Dieringer-Granza:

Zur objektiven Betrachtung und auch für den Live-Ticker gehört für die Interessenten, die scheinbar immer wieder bei Herrn Steinacher anfragen, an dieser Stelle auch – und Sie müssen ja nicht dazu schreiben, dass es von mir ist – Folgendes gesagt: Soweit ich weiß, reden wir jetzt vom Planungsausschuss und vom Bauausschuss. Dazu gibt es immer einen Halbjahresplan mit den Sitzungsterminen. Zufälligerweise finden diese immer am gleichen Tag, sprich: Montag oder Dienstag, im Zwei-Wochen-Rhythmus statt. Ich weiß nicht, warum man genau zu dieser Zeit Bürgergespräche fixieren muss. Wenn es darum geht, etwas objektiv zu sehen, dann lass dir wenigstens eine bessere Ausrede einfallen, denn diese ist echt sehr schwach gewesen.

Frau Gemeinderätin Mag.^a Dieringer-Granza auf einen Zuruf:

Herr Bürgermeister hat noch gar nichts gesagt. Vielleicht melde ich mich später noch einmal zu Wort, nachdem er gesagt hat, wo er war. Ich habe mich jetzt zu der Ausrede, die Stadtrat Weidinger benutzt hat, zu Wort gemeldet, nämlich dass er genau zu der Zeit so wichtige Bürgergespräche gehabt hat. Das ist das eine und das zweite, was ich jetzt auch noch ansprechen möchte, ist der Antrag auf Beendigung dieses Tagesordnungspunktes, sprich: Schluss der Debatte.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt, Gemeinderat Jabali-Adeh;
gegen den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion),**

dem Antrag auf Schluss der Debatte **zuzustimmen.**

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich kann bestätigen, dass auch ich den mir zustehenden Erholungsurlaub nutze. Der Unterschied ist vielleicht, dass im Haupt- und Finanzausschuss sowie im Stadtsenat eine Vertretung anwesend sein kann, das heißt, es ist ein sachkundiger, auskunftsfähiger Vertreter von mir anwesend. Was die Vorsitzführung betrifft, habe ich überhaupt keine Sorgen, denn mir wird berichtet, dass mein Vizebürgermeister Günther Albel das in hervorragender Weise macht, wahrscheinlich auch, weil er das eine oder andere Mal auch hat trainieren können. Ich bestätige, dass ich Urlaub gehabt habe, muss aber auch bestätigen, dass es die ÖVP eigentlich einen Schmarren angeht, wo ich meinen Urlaub verbringe.

Es ist von Herrn Stadtrat Weidinger in den Raum gestellt worden, und da geht es mir nur um eine Klarstellung, dass in einer Nacht- und Nebelaktion Bäume umgeschnitten worden sind. Herr Stadtrat Sobe hat sich etwas verklausuliert geäußert. Ich darf nur feststellen, dass diese Aktion, die zur Herstellung der Sicherheit unbedingt notwendig war, in einem Ausschuss einstimmig beschlossen worden ist. Denken Sie alle, die für die Fraktionen verantwortlich sind, darüber nach, welche Fraktion bei dieser Ausschusssitzung vertreten war. So würde man sich hier die eine oder andere Beschuldigung gegenüber Mitarbeitern ersparen. Die Arbeiten in der Italiener Straße wurden einstimmig in einem Ausschuss nicht nur als Bericht behandelt, sondern es wurde ein Beschluss darüber gefasst. Herr Stadtrat Sobe, ich werde auch den Betriebsrat davon informieren, dass hier völlig unqualifizierte Vorwürfe gekommen sind. Ich bitte um Ablehnung dieses Antrages.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, Gemeinderat Jabali-Adeh;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-**

Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt),

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, die Verantwortlichen der Stadt Villach mögen Sorge tragen, dass die Villacher Bevölkerung an der Arbeit der gewählten Mandatäre noch besser teilhaben kann. Daher sollen die Gemeinderatssitzungen so schnell wie möglich via Internet „live“ übertragen werden und jederzeit wieder auf der Homepage der Stadt Villach (www.villach.at) abrufbar sein.

Pkt. 14.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Sonderförderungen zur Belebung leer stehender Geschäfte in der Villacher Innenstadt

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 7.12.2012.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Erstens einmal war meine Aussage in keiner Weise ein Angriff auf Mitarbeiter dieses Hauses oder auf die Verwaltung. Das verbitte ich mir ausdrücklich, auch für das Protokoll. Zweitens, an wen sollen wir den SS-Schergen-Sager denn melden? Es ist ein schweres Kavaliersdelikt, denn, wenn der große Vorsitzende hier solche Kraftausdrücke verwendet, wird es in einem historischen Zusammenhang gesehen. Eine solch erlauchte Persönlichkeit kann solche Dinge ungestraft sagen und sie auch noch bis zum Schluss verteidigen. Diese Sache werden wir aber nachprüfen, denn das haben sich dieses Haus und Villach nicht verdient. Es ist image-schädigend, wenn ein Stadtoberhaupt über Gemeinderatsmitglieder so etwas sagt.

Das Thema der leer stehenden Innenstadtgeschäfte eint uns mit vielen Städten, nicht nur in Mitteleuropa. Wir haben mit Villach eine tolle Stadt. Wir sind eine großartige Stadt, und wir pulsieren. Aktuell dazu gilt ein besonderes Dankeschön der Familie Strein dafür, dass sie die Zeichen der Zeit mutig erkannt hat, auf den soziodemografischen Wandel eingeht und gemeinsam mit dem Hilfswerk Kärnten ein tolles Projekt mitten in der Innenstadt, in der Italiener Straße, realisiert. Man muss festhalten, dass es wie ein Rückgrat ist, wenn man Menschen hat, die sich aktiv und positiv einbringen. Das müssen wir weiter stärken und ausbauen, denn darum geht es. Viele Menschen, mit denen ich spreche, sagen, dass sie sich eine Kultur des Zulassens in Villach wünschen, nämlich, dass nicht alles am Ende des Tages entschieden wird und somit so endgültig ist, wie das Ende eines Flaschenhalses. Es sollen Projekte demokratischer und transparenter miteinander entwickelt werden, und man soll dann darüber nachdenken, wie man diese gemeinsam umsetzt, anstatt sie im Keim zu ersticken.

Daher haben wir diesen Antrag gestellt. Wir waren mit unserer Gemeinderatsfraktion in Graz und haben uns dort entsprechende Modelle angesehen. Man sieht Modelle, die funktionieren und geeignet sind. Es sind Modelle, die wir auch in adaptierter Form für Villach vorschlagen können. So haben wir diesen Antrag eingebracht. Ich darf daran erinnern, dass in der Sitzung, in welcher unser Antrag zu diesem Thema zum ersten Mal behandelt wurde, eine neue Verordnung als so genannte Mietbeihilfe in Villach erlassen wurde. Diese ist jetzt in Villach gültig. Natürlich haben wir auch zu diesem Thema schon mehrmals Anträge eingebracht. Uns geht es darum, dass wir mit unserem Antrag originalen Villacherinnen und Villachern, die in der Innenstadt tolle Geschäfte haben, die Möglichkeit geben, sie individuell fördern zu lassen. Das schaffen wir mit diesem Antrag. Ich möchte es noch einmal in einen Kontext setzen. Als wir den Antrag das erste Mal einge-

bracht haben, hat es zum damaligen Zeitpunkt nichts Vergleichbares gegeben. Ich ersuche Sie im Sinne der Villacher Innenstadt, diesen wichtigen Antrag zu unterstützen.

Gemeinderat Dipl.-HTL-Ing. Struger, MSc, MBA:

Es ist ein wichtiger Punkt, und mein großer Dank geht an unseren Gemeinderat Adi Pobaschnig dafür, dass er es geschafft hat, dass ehemalige Samonig-Haus mit seinen Schaufenstern so attraktiv aussehen zu lassen. Ein hohes Lob und ein großer Dank dafür der Innenstadtwirtschaft unter deiner Federführung! Mein Dank geht auch an Frau Gemeinderätin Sigrid Bister, die es innerbetrieblich geschafft hat, dass das Hilfswerk sein Dasein in der Innenstadt hat. Der neue Standort wurde gerade unlängst eröffnet. Dafür geht an sie als Vertreterin in diesem Haus von meiner Seite ein herzliches Dankeschön.

Es ist, glaube ich, wichtig und richtig, dass die Innenstadt eine pulsierende Altstadt ist, was beispielsweise die Installierung von W-LAN und die Förderung der Innenstadtfächen unterstützen würde. Ich appelliere an unseren Herrn Bürgermeister. Seine Kollegin in Lienz, Frau Bürgermeisterin Blank, hat das City-W-LAN in Lienz eingeführt, welches zum Nulltarif einen Online-Zugang bietet. Damit kann beispielsweise am Südtiroler Platz und am Markt eine Stunde gratis gesurft werden. Das sind Zeichen, die aus anderen Fraktionen kommen und funktionieren. Herr Bürgermeister, schauen Sie sich das bei Ihrer Parteikollegin ab, und fördern Sie die Innenstadt, wie es auch viele andere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Sinne der Innenstadtbelebung tun.

Frau Gemeinderätin Mag.^a Dieringer-Granza:

Herr Struger, du hast dir die Antwort eigentlich schon selbst gegeben. Deswegen frage ich mich, warum wir darüber noch diskutieren. Du hast es ja gesagt. Du hast dich bei einem Wirtschaftstreibenden bedankt, der eine Idee gehabt und diese selbst umgesetzt hat. Keiner von uns wird nicht zu ihm hingehen und ihm für die gute Idee Danke sagen. Warum diskutieren wir hier zum hundertsten Mal über das Gleiche, nämlich dass wir die Installierung von W-LAN übernehmen sollen? Das frage ich mich jetzt wirklich. Du stellst das ja selbst als Best-Practice-Beispiel dar. Es gibt noch genügend andere Unternehmer, die eigene Ideen haben, die die Innenstadt beleben.

Den Vergleich mit der Flasche und dem Hals, welchen du, Herr Stadtrat Weidinger, vorhin versucht hast, uns bildlich darzustellen, habe ich mir nicht gemerkt. Ich werde es jetzt ganz langsam noch einmal wiederholen. Wer gute Ideen einbringt, die für unsere Stadt auch realisierbar sind, wird hier auch eine Mehrheit finden. Offensichtlich sind die Ideen der ÖVP nicht so, deshalb finden sie auch keine Mehrheit.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Zur These der Frau Vorrednerin sage ich es einfach einmal so: Die FPK-Strategie ist, brav den Steigbügelhalter der SPÖ zu machen und so einfach jegliche ÖVP-Anträge abzulehnen. Man wird ja in elf Monaten sehen, wie diese geniale FPK-Strategie aufgehen wird, wenn sie 14, 15, 16 oder 17 Prozent haben wird.

Warum ist dieser Antrag so wichtig? Adi Pobaschnig ist heute schon angesprochen worden, Christian Struger und Peter Weidinger haben es gesagt: Tatsache ist, unabhängig von der viel angesprochenen Studie, dass Villach einen hohen Leerflächenstand hat. Wo die Lage 1a ist und wie hoch die Prozentzahl ist, ob es 8,8, 8,7 oder 7,8 Prozent sind, Tatsache ist, dass wir aus meiner Sicht viele leer stehende Geschäftslokale in Villach haben. Ich getraue mich zu sagen, dass wir mehr leer stehende Geschäftslokale als andere vergleichbare Städte haben. Als Villacher Gemeinderäte sollten wir alles unterstützen, was dazu beitragen kann beziehungsweise könnte, dieses Malheur zu beseitigen beziehungsweise zu mindern. Dieser Antrag wurde von uns ja schon ein paar Mal gestellt. Peter Weidinger hat damit vollkommen Recht. Beim ersten Mal sind wir noch ausgelacht worden. Beim zweiten Mal hat die Stadt Villach, das heißt SPÖ-Bürgermeister Manzenreiter, eine Light-Variante entwickelt, eine ganz abgespeckte Light-Variante. Wir haben schon gesagt, dass diese zwar grundsätzlich in die richtige Richtung geht, aber nicht ausreichend ist. Da wir 70 leer stehende Geschäfte in der gesamten, wie ich sie definiere, Innenstadt von der Ringmauergasse bis zirka zum Bahnhof haben, oder sind es sogar 75, werden wir etwas ändern müssen.

Gemeinderat Mag. Steinacher auf einen Zwischenruf:

Frau Rettl, aufpassen und nicht lügen! Das musst du mir erst beweisen.

Jedenfalls werden wir dieses Problem erst in den Griff bekommen, wenn wir für Unternehmer stärkere Anreize, und ich sage gleich: Anschubfinanzierungen leisten, die praktikabel sind und in anderen Städten funktionieren. Adaptieren wir die Hausherrenförderung, wie es Herr Bürgermeister nennt. Adaptieren wir unsere existierende Mietförderung mit jenem Modell der ÖVP, welches es unter anderem in Graz gibt. Es soll auf drei Jahre verlängert werden. Der neue Unternehmer bekommt, wenn er sich hier erstmals ansiedelt, eine Mietunterstützung, nicht nur auf ein halbes Jahr, sondern auf drei Jahre. Das ist meines Erachtens ein Mietbeitrag, auch wenn es keine Garantie dafür gibt, dass wir hinkünftig Österreich weit nicht mehr das Schlusslicht bei der Anzahl der leer stehenden Geschäfte sind.

Gemeinderat Mag. Steinacher auf einen Zuruf von Frau Gemeinderätin Esterl:

Nein, das sagt ja keiner, man soll nicht schlecht machen, sondern zustimmen, damit es noch besser wird, Frau Ecaterina.

Gemeinderat de Roja nimmt anstelle von Gemeinderat Lackner an der Sitzung teil.

Frau Gemeinderätin Mag.^a Wutti:

Sehr geehrter Herr Innenstadt-, Sicherheits- und Transparenzstadtrat, man hat jetzt von Herrn Kollegen Steinacher schon wieder gehört, wie die Innenstadt schlecht geredet wird und dass wir das Schlusslicht sind. Das sollte jetzt endlich ein Ende haben. Wir alle sollten gute Vorbilder sein, indem wir in die Innenstadt

gehen, dort einkaufen, einen Kaffee trinken und vielleicht auch das W-LAN in den diversen Cafés nutzen. Ich glaube, dass das die beste Sonderförderung zur Belebung der leer stehenden Geschäfte in der Innenstadt ist. Wir sollten vor Ort Multiplikatoren sein. Ich möchte nicht wissen, wer von Ihnen alles im Internet einkauft und darüber schimpft, dass die Innenstadt untergeht.

Ich möchte sagen, dass es von Seiten des Magistrates der Stadt Villach einen Haufen an Förderungen gibt. Wenn man als Unternehmer eine gute Idee hat, gibt es zum Beispiel eine Strukturveränderungsförderung, einen Ansiedlungsbonus oder eine Investitionsförderung. Die Bearbeitung der Anträge haben die Kolleginnen der Geschäftsgruppe 3 über. Dort werden Unternehmer auch sehr gut beraten. Ich glaube, dass wir Multiplikatoren sein und mit dieser Message zu den Leuten hinausgehen sollten. Wenn sich jemand ansiedeln möchte, sollten wir auf die Stadt Villach und deren Fördermöglichkeiten verweisen. Sind wir Meinungsbildner, gehen wir raus, und machen wir etwas für unsere Innenstadt. Wir alle sind die Stadt. Wenn wir nur schimpfen, kann es nicht besser werden.

Gemeinderat Jachs:

Nachdem auch das ein Thema ist, welches wir nicht zum ersten Mal besprechen, stelle ich fest, dass es sinnlos ist, weiter darüber zu reden, weil die ÖVP nicht lernfähig ist. Ich stelle den Antrag auf Ende der Debatte.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt, Gemeinderat Jabali-Adeh;
gegen den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion),**

dem Antrag auf Schluss der Debatte **zuzustimmen.**

Bürgermeister Manzenreiter:

Es geht nicht um das Fördern oder Nichtfördern. Die Stadt Villach fördert ohnehin umfangreich. Es geht um die Frage, wie zweckmäßig oder intelligent gefördert wird. Wir haben eine Mietförderung, weil Fachleute der Meinung sind, dass diese Art der Förderung notwendig ist. Der Versandhandel wird zunehmen, denn in ganz Europa bauen Paketversender riesige Verteilungszentren. Es geht in Richtung Ebay-Handel. Sie müssen das nur nachlesen. Die Situation wird nicht leichter. Deshalb haben wir in der Stadt eine Mietförderung, die sich darauf bezieht, einen

Strukturwandel zu fördern, das heißt, danach zu trachten, nicht Handel und Gastronomie mit dieser Mietenförderung auszustatten und anzulocken, sondern damit eine Strukturänderung herbeizuführen. Sechs Monate lang werden Handwerker, Dienstleister und ähnliche Unternehmer gefördert. Das wird die Zukunft sein. Städte werden die großen Handelsbetriebe wahrscheinlich nicht mehr bekommen. Wenn sie sich ansiedeln, freuen wir uns auch darüber. Es geht jedoch darum, ganz gezielt Strukturen zu verändern. Das ist nämlich die einzige wirklich vernünftige Form einer Wirtschaftsförderung, außer man will Geld verschenken. Diese Wirtschaftsförderung erfolgt eben über eine Mietenförderung. Sechs Monate zahlen wir, sechs Monate muss der Hausbesitzer zahlen. Das ist die eine Förderung.

Die zweite Förderung, und da unterscheide ich mich ganz massiv vom ÖVP-Vorschlag, ist keine Gießkannenförderung, sondern eine gezielte Einzelförderung, die wir hier im Gemeinderat beschließen. Eine Mietförderung über einen generellen Beschluss würde für jeden gelten. Dann kann morgen kommen, wer will, auch der 1-Euro-Shop. Wir würden uns damit in einer Situation befinden, die von uns nicht gesteuert werden kann. Was wir aber haben, und Sie alle haben bei diesen Beschlüssen immer mitgewirkt, ist, dass wir Einzelförderungen, wie jetzt zum Beispiel in der Gerbergasse und in vielen anderen Bereichen, gewährt haben. Es ist vieles an Neuansiedlungen gelungen, die leider von der Miesmacherei, die nur aus einer Richtung kommt, überdeckt werden. Es kommt zwar die Aussage, dass alle ihre Stadt lieben, aber sie machen sie permanent mies.

Um einen Branchenmix steuern zu können, ist die Einzelförderung die einzige Möglichkeit. Dazu bekenne ich mich. Diese gewähren wir in großzügigstem Ausmaß. Sie können das mittragen, indem Sie hier sagen, dass es Ihnen das wert ist. Dafür haben wir bereits hohe Summen beschlossen. Ich glaube, dass das der richtige Weg ist.

Da es so dargestellt wird, als ob wir nicht fördern würden, muss ich doch festhalten, dass wir einer der großen Förderer der Wirtschaft dieser Stadt sind. Es muss nur eine gezielte Förderung sein. Ich glaube, dass das der richtige Weg, und er hat in der letzten Zeit auch zu vielen Erfolgen geführt.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, Gemeinderat Jabali-Adeh; gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt),

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, die Verantwortlichen der Stadt Villach mögen Sorge tragen, dass die wie im Antrag angeführte „Mietbeihilfe“ ehest baldig eingeführt wird.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich freue mich, den Präsidenten des Österreichischen Feuerwehrverbandes, Albert Kern, und den Landesfeuerwehrkommandanten zu begrüßen.

Stadtrat Mag. Weidinger in einem Zwischenruf:

Wir sind jetzt beim Tagesordnungspunkt 15!

Bürgermeister Manzenreiter:

Bis jetzt hat noch niemand versucht, mir hier eine Freundlichkeit zu verbieten. Herr Stadtrat, ich bitte auch Sie, das nicht zu tun.

Ich möchte den Präsidenten des Bundesfeuerwehrverbandes und den Landesfeuerwehrkommandanten herzlich begrüßen. Der Feuerwehrverband veranstaltet eine zweieinhalbtägige Konferenz in unseren Seminarräumen im Holiday Inn. Danke dafür, dass ihr da seid. Ihr zahlt dafür die entsprechende Miete. Ich sage das jetzt deshalb, weil das Thema vorher, nicht in eurem Fall, sondern insgesamt, Grundlage für eine Diskussion war. Danke für das Vertrauen in die Stadt Villach. Wir werden heute noch einen Tagesordnungspunkt beraten dürfen, bei welchem wir großer Hoffnung sind, dass er beschlossen wird. Ich habe bereits bei einem kurzen Besuch meinerseits bei der vorhin angesprochenen Tagung vom Präsidenten und vom Landesfeuerwehrkommandanten die Zusage für den Standort Villach bekommen. Herzlich willkommen! Wir werden schauen, dass wir so rasch wie möglich zu diesem Tagesordnungspunkt kommen, damit ihr in Villach nicht nur die Arbeit, sondern auch die Stadt Villach selbst und all ihre Angebote in eurer Freizeit genießen könnt.

Pkt. 15.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Willkommenspaket für StudentInnen

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 26.4.2013.

Stadtrat Mag. Dr. Zauchner:

Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein ist die eine Sache, Anmaßung ist die andere Sache. Das möchte ich dir, lieber Peter Weidinger, zum Nachdenken sagen. So viele Personen mit der Nummer eins gibt es in der ÖVP! Ich mache mir als Sportreferent schon Vorwürfe, dass ich nicht so viele Goldmedaillen zu vergeben habe. Ich kann die Verleihung hier also nicht vornehmen. Ich für mich würde es nicht wagen, mich Ihnen als Nummer eins im Fachhochschulwesen vorzustellen. Ich bin aber der zuständige Referent für die Fachhochschule und auch für die Studenten dieser Stadt.

Ich möchte ganz kurz drei Gründe nennen, warum ich diesem ÖVP-Antrag ablehnend gegenüberstehe: Der erste Grund ist, dass eine gute Idee geklaut worden ist. Der zweite Grund ist, dass dieser Antrag eine Kopie unseres Antrages vom 30.5.2011 ist. Der dritte Grund ist, dass mir der viel zitierte Masterplan fehlt, welcher von Seiten der ÖVP immer wieder erwähnt wird. Diesem Antrag wären demnach auch konkrete Vorschläge beziehungsweise ein Finanzierungsplan beizulegen. Das sind die Gründe, warum ich und unsere Partei diesem Antrag ablehnend gegenüber stehen. Die Idee ist gut. Ich kann Ihnen als zuständiger Referent versichern, dass ich sehr hart daran arbeite, um Ihnen ein komplettes Konzept zu diesem Thema noch in dieser Legislaturperiode vorzulegen. Ich bin überzeugt davon, dass ich dann, wenn die Arbeit getan ist, die nötige Zustimmung zu meinem Antrag erhalten werde.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Hohe Vertreter der Feuerwehr, ich darf Sie auch in meinem Namen ganz herzlich willkommen heißen. Es ist eine große Freude, wenn man Gäste von nah und fern hier in einer Gemeinderatssitzung in Villach begrüßen darf.

Ich komme nun zum Antrag. Ich glaube, dass uns das Problembewusstsein eint, dass wir in Kärnten leider die Situation vorfinden, es mit einer besonderen Abwanderung zu tun zu haben. Die Stadt Villach ist dabei Gott sei Dank eine Ausnahme. Wir sind weit über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus als pulsierende Metropole bekannt. Gott sei Dank finden sowohl viele internationale als auch nationale Studierende ihren Weg nach Villach, um hier einen Teil ihrer Ausbildung oder auch ein ganzes Studium zu absolvieren.

Ich darf auf den Hintergrund eingehen. Dieser Antrag wurde inhaltlich auf Anregung des Kontrollamtes vorgeschlagen. Man sollte in diese Richtung nachdenken. Es gab dazu auch einen Antrag der FPK beziehungsweise der FPÖ, welcher leider keine Mehrheit gefunden hat. Wir starten um einen neuen Anlauf. Uns geht es

nicht darum, welcher Titel auf dem Antrag steht. Wir alle, Gemeinderäte und Fraktionen, können diesen unterschreiben. Diese Einladung darf ich auch aussprechen. Ich glaube, dass es einfach ein gutes und notwendiges Signal wäre, wenn wir Neo-Villacherinnen und –Villacher hier in Villach mit einem so genannten Willkommenspaket willkommen heißen würden.

Ich habe mir ein Modell aus der Stadt Graz angesehen, lieber Kollege Stadtrat Zauchner. Dieses ist sehr toll in Form einer Pizzaschachtel gestaltet. Warum diese Form gewählt worden ist, ist gerade für studentisches Publikum nachvollziehbar. Darin findet man mehrsprachig wesentliche Informationen über den Standort. Natürlich sollte auch ein lokaler Hinweis nicht nur auf den Kirchtag, sondern auch auf die vielen Feuerwehrfeste, die wir in Villach haben, zu finden sein, damit die Studierenden bei lokalen Festivitäten auch Anschluss finden können. In diesem Sinne ersuche ich Sie, diesen Antrag am besten gemeinschaftlich, indem wir alle Namen auf den Antrag schreiben, zu beschließen.

Frau Gemeinderätin Mag.^a Dieringer-Granza:

Das, was wir jetzt gesehen haben, ist ein gutes Beispiel dafür, wie man Schachteln präsentieren kann. Den Inhalt kennen wir bis jetzt nicht. Im Gegensatz dazu haben wir uns wirklich mit dem Stadtmarketing zusammengesetzt, welches wir alle als einen sehr verlässlichen Partner schätzen, und wir haben uns auch mit den Studenten zusammengesetzt. Was bei diesen Gesprächen alles für das Willkommenspaket herauskommen wird, werden wir hier im Gemeinderat noch präsentieren. Etwas kann ich sagen: Wir werden heute einen weiteren Antrag die Kärnten Therme betreffend einbringen. Die Studenten haben uns darauf aufmerksam gemacht, dass dort ein Studententarif fehlt. Diesen Antrag werden wir heute einbringen, und wir bringen auch den Antrag ein, dass ein Tarif für Lehrlinge in der Kärnten Therme unbedingt notwendig ist. Das ist der Unterschied zu euch. Wir präsentieren keine leeren Schachteln, sondern wir präsentieren klare Konzepte.

Gemeinderat Dipl.-HTL-Ing. Struger, MSc, MBA:

Ich möchte nur auf eine Kuriosität hinweisen: Auf der einen Seite ist FPÖ-Stadtrat Pepo Zauchner für diesen Bereich zuständig, auf der anderen Seite hat er aber selbst diesen Antrag eingebracht. Sein Referat hätte die Mittel dafür bereit stellen können. Warum hat er das nicht gemacht? Das wäre einfach gewesen. Es ist im Endeffekt gar kein Beschluss mehr notwendig, weil dieses Paket aus deinem Referat finanziert werden kann. Du bist als Referent für die Studenten zuständig. Das finde ich kurios. Du selbst hast diesen Vorschlag doch auch als gut bezeichnet.

Zum Inhalt halte ich fest, dass es sich natürlich nicht um eine leere, sondern eine gefüllte Schachtel handelt. Wir haben ja die Möglichkeit, hier alles auflegen zu lassen, oder wir laden euch nach Graz ein, wo die Studenten wirklich so versorgt werden, wie wir es uns in Villach wünschen.

Gemeinderat Jabali-Adeh:

Ich möchte Herrn Stadtrat Zauchner auf diesem Wege einen Vorschlag mitgeben, wenn er gerade beim Erarbeiten eines Konzeptes ist. Nicht nur ein Willkommenspaket für Studenten wäre interessant, sondern auch, dass wir Studenten, die aus Villach weggehen und von anderen Städten ein Willkommenspaket in der Form offeriert bekommen, dass sie zum Beispiel Vergünstigungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln haben. Dafür behalten sie ihren Hauptwohnsitz in Villach.

Gemeinderat Jabali-Adeh auf einen Zuruf:

In Ordnung, das ist euer Antrag. Diesen habe ich noch nicht gesehen. Das war mein Vorschlag an Herrn Stadtrat Zauchner, nämlich dass wir Studenten, die aus Villach weggehen, diese Vergünstigung, die wir in anderen Städten bekommen, hier auch vergütet bekommen, damit unser Hauptwohnsitz in Villach bleibt.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Liebe Gemeinderätin Elisabeth Dieringer, ich will Ihre Wortmeldung nur kurz kommentieren: Diese Schachtel ist exemplarisch zu sehen. Es sollte natürlich ein spezielles Villach-Paket sein. Es umfasst Informationen über das Kulturprogramm, einen Hinweis auf die Veranstaltungen, den Tourismusführer der Stadt, verschiedene Anknüpfungspunkte im Bereich der Integration und Informationen und weitere tolle Angebote, die man in der Innenstadt nutzen kann. Ich glaube, dass das ein guter Anknüpfungspunkt wäre, um mit tollen Kooperationsangeboten einen Anker im Bewusstsein der Studierenden zu setzen. Damit könnte man die Innenstadt als attraktiven Ort zum Ausgehen, Verweilen und auch zum Einkaufen positionieren. Diese Schachtel ist nicht leer, sondern voll.

Vizebürgermeister Albel:

Ich hoffe, dass darin keine Informationen über die leeren Schaufenster zu finden sein werden, denn das wäre sehr kontraproduktiv, Herr Kollege Weidinger.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich möchte auf die Wortmeldung von Gemeinderat Jabali-Adeh eingehen. Ich sehe, wenn ich ihn ansehe, in ihm Herrn Franz Thaler, den Großpapa.

Wissen Sie, worin das Elend dieser Anträge liegt, warum wir darüber so heftig diskutieren und man sich darin festbeißt? Es geht darin eigentlich nur um das Anreißen eines Themas, und das ist der Grund dafür, warum ich diesem Antrag keine Zustimmung gebe. Darin heißt es, dass sich irgendjemand um das Geld kümmern, einen Vorschlag machen und inhaltlich etwas tun soll. Auch wenn wir uns gemäß Ihrer Anregung weiterentwickeln wollen, muss jemand, wenn man etwas haben will, sagen, was dafür eingespart werden soll. Deshalb hat der Gemeinderat eine solche Vorgehensweise nicht goutiert. Das ist ja das Schwierige, nämlich zu sagen, was ich streichen muss, wenn ich etwas Neues finanzieren möchte. Ich glaube, dass das die Schwäche ist. Wenn man den Antrag liest, bemerkt man vorerst nicht, dass hier zwar ein Thema angerissen wird, die Arbeit aber andere machen sollen. Dass dann so mancher Stadtrat, wie auch Stadtrat Zauchner, sagt, dass er zwar die Arbeit macht, andere hingegen aber nur einen Antrag ein-

bringen, welcher zwei Schlagwörter enthält, ist nicht verwunderlich und kann im Grunde genommen nicht das Ziel unserer zukünftigen Arbeit sein.

Zur Frage, ob es eine Frist gibt, in welcher der Antrag behandelt werden muss, halte ich zum ersten Folgendes fest: Eine Regelung diese Frist betreffend müsste im Stadtrecht stehen. Das ist aber nicht der Fall, sondern es handelt sich dabei um eine lose Vereinbarung zwischen den Parteien. Das müsste in irgendeiner Form geregelt werden. Die zweite Geschichte ist die, dass in diesen Anträgen doch konkretere Inhalte stehen müssten, wobei ich diesbezüglich nicht in die Richtung einer bestimmten Partei schaue. Das ist die Situation. Ich empfehle daher, diesen Antrag abzulehnen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, Gemeinderat Jabali-Adeh;

gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 1 Stimme der FPÖ-alt),

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, die Finanzverwaltung und gegebenenfalls die zuständige Abteilung sollen die Bedeckung bzw. die Folgekosten für die Einführung eines wie im Antrag beschriebenen „Willkommenspaketes“ prüfen. Nach der Prüfung sollten die finanziellen Mittel freigegeben werden und die Umsetzung erfolgen.

Pkt. 16.) Verleihung des Rechtes zur Führung des Villacher Stadtwappens an den
Bienenzuchtverein Villach

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages des Büros des Bürgermeisters vom
22.1.2014, Zl.: 5/B-50a-bienenzuchtverein, wie folgt:

Sie kennen die wertvolle Arbeit dieses Bienenzuchtvereines, der über ein entsprechendes Alter und eine entsprechende Zahl an Mitgliedern verfügt und entsprechende Beziehungsarbeit sowie intensive Naturschutzarbeit im Interesse der Stadt Villach leistet. Ich stelle daher den Antrag, dem Bienenzuchtverein die Möglichkeit zu geben, dass Villacher Stadtwappen zu tragen.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

Dem Bienenzuchtverein Villach, vertreten durch den Obmann Thomas Schuster, Turdanitschweg 2, 9500 Villach, wird die Berechtigung zur Führung des Stadtwappens gemäß § 18 Abs. 1 Villacher Stadtrecht 1998, LGBl. Nr. 69/1998 i.d.g.F., verliehen.

Das Stadtwappen darf nur in der heraldisch richtigen Form verwendet werden.

Die für die Verleihung zu entrichtende Gemeindeverwaltungsabgabe wird gemäß § 4 Abs. 1 Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabengesetz K-LVAG, LGBl. Nr. 62/1970 i.d.g.F., nachgesehen.

Pkt. 17.) Austragung XVI. Internationale Feuerwehrwettbewerbe, XXI. Internationale Jugendfeuerwehrbegegnung – Grundsatzbeschluss

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages des Büros des Bürgermeisters vom 26.2.2014, Zl.: 5/B-020b-2014/Co Sk, wie folgt:

Das ist der Antrag, auf welchen unsere Gäste warten. Ich habe in mutiger Voraussicht prognostiziert, wie die Abstimmung ausgehen wird. Ich bin überzeugt davon, dass ich damit nicht Unrecht gehabt haben werde.

Es geht um die XVI. Internationalen Feuerwehrwettbewerbe und die XXI. Internationalen Jugendfeuerwehrbegegnung im Jahre 2017. Wir haben in Villach Jugendfeuerwehrbewerbe gehabt, die organisatorisch ein großer Erfolg waren. Es hat im Grunde genommen alles gestimmt. Das hat uns ermutigt, an den Landesfeuerwehrkommandanten und auch an den Bundesfeuerwehrverband die Frage zu stellen, ob man uns mit der Durchführung der genannten Veranstaltungen betraut, wobei der feuerwehrtechnische Teil durch die Feuerwehr zu erledigen ist, aber wir all das sehr gerne unterstützen. Die Veranstaltung bleibt technisch also grundsätzlich in der Hand der Feuerwehr.

Ich denke, dass es eine hohe Auszeichnung für uns wäre, diese Bewerbe in Villach durchzuführen. Diese Veranstaltungen sind mit dem Besuch einiger tausend Menschen aus dem Feuerwehrbereich und dem Fanbereich verbunden. Es sind insgesamt, glaube ich, 2.800 Leute, die an den Bewerben teilnehmen, 500 Feuerwehrleute, die Funktionen übernehmen, und wahrscheinlich noch einmal so viele Leute, die als Fans kommen. Ich bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

Die Stadt Villach bekundet ihr ernsthaftes Interesse an der Austragung der XVI. Internationalen Feuerwehrwettbewerbe sowie der XXI. Internationalen Jugendfeuerwehrbegegnung im Jahr 2017 und richtet eine entsprechende Absichtserklärung an die Internationale Vereinigung des Feuerwehr- und Rettungswesens, CTIF, zur Austragung dieser Bewerbe.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich danke sehr herzlich für den Beschluss und auch für das Vertrauen, das uns mit der Betreuung und Beauftragung gegeben wird. Ich kann versprechen, dass wir wie immer in Villach in großer Verbundenheit zur Feuerwehr das Beste daraus machen werden. Ich sage dafür Dankeschön und wünsche euch von der Feuerwehr gute Beratungen bei euren Tagesordnungspunkten.

Pkt. 18.) Vertretung der Stadt Villach in Verbänden, Vereinen, Gesellschaften, Beiräten und ähnlichen Institutionen – Stadtmarketing Villach GmbH

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom 5.3.2014, Zl.: MD-20v/47/14-01a/Dr.M/Go.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

„Frau Katharina Rainer-Valtiner wird anstelle von Herrn Franz Radinger von der Stadt Villach als Mitglied des Aufsichtsrates der Stadtmarketing Villach GmbH nominiert.“

Pkt. 19.) Vertretung der Stadt Villach in Verbänden, Vereinen, Gesellschaften, Beiräten und ähnlichen Institutionen – Änderungen im KFA-Vorstand

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom 11.3.2014, Zl.: MD-20v/16/14-01/Dr.M/Or.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

die Mitteilung des Vertrauenspersonenzentralausschusses betreffend die Neunominierung in den KFA-Vorstand zur Kenntnis zu nehmen.

Pkt. 20.) Neubesetzung eines Ersatzmitgliedes der Statutarstadt-Bedienstetenschutzkommission

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Personal vom 10.1.2014, Zl.: 0121 – 23.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

„Gemäß § 51 Kärntner Bedienstetenschutzgesetz 2005 (K-BSG), LGBl. Nr. 7/2005 i.d.g.F., wird Herr Mag. Christoph Kienberger mit sofortiger Wirksamkeit bis 31.8.2015 zum ersten Ersatzmitglied der Vorsitzenden der Statutarstadt-Bedienstetenschutzkommission bestellt.“

Pkt. 21.) DEVOLUTION: Ausstellung 2014 „Zeitenwende – Eine Spurensuche“;
Vereinbarung

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Kultur vom 28.2.2014,
Zl.: 4KP-Zeitenwende 2014 M-T, wie folgt:

Es liegt hier eine Devolution vor. Dieser Antrag ist eigentlich vom Stadtsenat zu beschließen. Wir haben dieses Projekt bereits mit dem Budget, allerdings unter einem anderen Namen, beschlossen. Es handelt sich dabei um einen weiteren Versuch, interessante Anziehungspunkte für einen Besuch in der Altstadt zu schaffen, wie es im Museum der Fall ist, wo heuer eine Ausstellung zum alten Villach mit Bildern, welche Ansichten von Villach vor hundert Jahren zeigen, stattfindet. Damit soll eine Frequenzsteigerung in der Altstadt erreicht werden. Ich bitte um Zustimmung, denn diesem Projekt wurde an und für sich im Budget schon die Zustimmung gegeben.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Danke, Herr Bürgermeister, für die sachliche Aufklärung. Das ist ein tolles, gutes Projekt, welches viel Potential hat. Ich bin mittlerweile auch davon überzeugt, dass diese Ausstellung ein guter Anziehungspunkt für die Innenstadt wird. Es werden dabei alte Bilder in der Innenstadt ausgestellt werden. Es wird dazu Ausstellungen in verschiedenen Räumlichkeiten in der Innenstadt geben. Das klingt sehr gut, und ich glaube, dass auch das Team, das mit der Umsetzung betraut ist, ein sehr professionelles ist, weshalb wir uns auf etwas Schönes freuen können.

Zwei Dinge möchte ich noch vorbringen. Nachdem wir uns kurz davor befinden, dass das Stadtentwicklungskonzept in Angriff genommen wird, möchte ich einfach darum ersuchen, dass wir die gesamten Projekte in den dazu notwendigen und beschlussfassenden Gremien auf transparente Art und Weise präsentiert bekommen. Ich denke dabei an etwas, das wir schon beschlossen haben, nämlich dass wir das Haus von Rudi Thomasser in der Weißbriachgasse anmieten, um dort Ideen von Seiten der Bevölkerung zu sammeln. Es wird weitere Räumlichkeiten geben, die von Seiten der Stadt angemietet werden, um dort Seminare, Workshops und auch Lesungen sowohl zum Thema „Innenstadtentwicklung“ als auch „Stadtentwicklung“ durchzuführen.

Dazu haben wir von Seiten der Volkspartei einen Antrag erstellt, den wir heute einbringen werden. Das Thema lautet „Marke Villach“. Der Name Villach ist schon eine sehr starke Marke und in Südösterreich sicher beispielgebend. Wir wollen, dass auf diesem notwendigen Weg im Zuge des Stadtentwicklungsprojektes fortgeschritten wird. Es soll ein Leitbild dafür erarbeitet werden, wie wir die Stadt als solches und die Innenstadt im Besonderen weiterentwickeln wollen. All das beinhaltet der Antrag, welchen wir zum Schluss der Sitzung einbringen werden.

Jetzt komme ich zu dem Antrag betreffend die Ausstellung „Zeitenwende“. Es gibt von uns dazu einen Zusatzantrag. Der Vertrag ist gut ausgearbeitet, und er um-

fasst die Digitalisierung der verwendeten Bilder. Hier würden wir uns wünschen, dass die für die Ausstellung erarbeiteten Installationen auch einem Nachnutzungskonzept der Stadt Villach zugeführt werden. Es soll dafür ein Konzept ausgearbeitet werden. Die Installationen, die während der Ausstellung temporär verwendet werden, sollen auch in weiterer Folge Verwendung finden können.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich muss ganz ehrlich etwas sagen: Diesen Punkt als Zusatzantrag zu beschließen, ohne dass man mit dem Ausstellungskurator und –verantwortlichen spricht, halte ich nicht für möglich. Herr Stadtrat, ich würde den Vorschlag bringen, dass Sie diesen Antrag als normalen Antrag einbringen, und wir dann darüber beraten. Ehrlich gesagt kann ich nicht empfehlen, dieses Thema zu behandeln, ohne dass wir mit dem Ausstellungskurator reden. Ich weiß gar nicht, ob die Umsetzung dieser Forderung überhaupt möglich ist.

Frau Vizebürgermeisterin Rettl:

Wir haben diesen Devolutionsantrag gestellt, weil nicht ganz klar ersichtlich war, aus welchem Titel im Budget die Finanzierung erfolgen soll. Das wurde mittlerweile im Detail aufgeklärt.

Zu dem Antrag, der gestellt werden soll, muss ich Folgendes sagen: Herr Erster ÖVPLer, Herr Stadtrat, und wer auch immer, lesen Sie die Vereinbarung! Ich lese in dieser Vereinbarung, dass diese Installationen künstlerisch gestaltet werden. Das ist ein künstlerisches Konzept, in welchem auch die Finanzierung beinhaltet ist. Im Betrag von 48.000,00 Euro ist alles enthalten. Die Verantwortlichen können diese Ausstellung mit diesem Geld gestalten, produzieren und durchführen. Ich weiß nicht, wenn sie künstlerisch gestaltet wird, ob wir das Recht darauf haben, etwas zu fordern. Ich würde auch darum bitten, dass man wirklich auf ein Gespräch wartet, bevor man einen Zugriff auf Kunst oder künstlerische Gestaltung macht. Im Grunde genommen sind die 48.000,00 Euro die Basis für eine Art Werksvertrag. Die Verantwortlichen machen alles, was rund um diese Ausstellung zu tun ist. Ob wir darauf zugreifen können, müssen wir abklären. Es wäre natürlich schön, wenn wir die Installationen auch für spätere Zeitpunkte haben könnten.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig:

Die Stadt Villach schließt mit den Herren Gerhard Fillei, Randweg 3a, 9500 Villach, und Joachim Krenn, Industriestraße 2, 9400 Wolfsberg, kurz: „FINN-WORKS“, einen Werkvertrag über die Durchführung der Ausstellung „Zeitenwende – Eine Spurensuche“ gemäß beiliegender Vereinbarung ab.

Pkt. 22.) Wirtschaftsförderungen

a) Trend Store Hönlein KG, Gerbergasse 7

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 24.2.2014, Zl.: FW-78/14/wifö/had, wie folgt:

Von mir wurde vorhin gesagt, dass wir eine Stadt sind, die dann sehr großzügig fördert, wenn der Gemeinderat einen sinnvollen Förderzweck erfüllt sieht. Daher bitte ich hier um Zustimmung. Die Gerbergasse ist dann mit Qualitätsgeschäften quasi voll. Wir fördern dort 20 Prozent der Nettoinvestitionskosten, maximal 10.000,00 Euro, und noch einmal 3.000,00 Euro für Mietkosten. Ich denke, dass unsere Stadt, was das betrifft, sehr aktiv ist.

Die Zahl der leer stehenden Geschäfte kann nicht von der Höhe der Förderung abhängen.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. „Die Stadt Villach unterstützt die Investitionen in das Premium Store in der Gerbergasse 7 und gewährt der Trend Store Hönlein KG im Rahmen der Strukturveränderungsförderung eine Unterstützung in Höhe von 20 % der Nettoinvestitionskosten, maximal € 10.000,00.
2. Die Stadt Villach gewährt einen Ansiedlungsbonus in Höhe von 50 % der Mietkosten für sechs Monate, das sind € 3.000,00. Eine entsprechende Fördervereinbarung wird seitens der Geschäftsgruppe 3 abgeschlossen.“

Pkt. 23.) Abwasserverband Faaker See – Anteilige Haftungsübernahme Darlehen;
Aufschließungsbauabschnitt 25.1; Sanierungsbauabschnitt 25.2

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und
Wirtschaft vom 2.1.2014, Zl.: FW/2014/07/AVF/Mag.B.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. „Die Stadt Villach verpflichtet sich in Kenntnis der Darlehenszusage der Unicredit Bank Austria vom 28.11.2013 für die Einräumung eines Darlehens an den Abwasserverband Faaker See zur Errichtung des Aufschließungsbauabschnittes 25.1 in Höhe von gesamt EUR 500.000,00 im Ausmaß des Anteiles der Stadt von 27%, d. s. EUR 135.000,00 (in Worten: Euro einhundertfünfunddreißigtausend), samt allfälliger anteilmäßiger Zinsen und Kosten die Haftung als Bürge und Zahler nach § 1357 ABGB gemäß beiliegendem Bürgschaftsvertrag zu übernehmen. Die Haftungsübernahme der Stadt Villach erfolgt vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kärntner Landesregierung gemäß § 101a Villacher Stadtrecht, K-VStR, LGBl. Nr. 69/1998 i.d.g.F.“
2. „Die Stadt Villach verpflichtet sich in Kenntnis der Darlehenszusage der Unicredit Bank Austria vom 28.11.2013 für die Einräumung eines Darlehens an den Abwasserverband Faaker See zur Errichtung des Sanierungsbauabschnittes 25.2 in Höhe von gesamt EUR 950.000,00 im Ausmaß des Anteiles der Stadt von 27%, d. s. EUR 256.500,00 (in Worten: Euro zweihundertsechsfünfhundert), samt allfälliger anteilmäßiger Zinsen und Kosten die Haftung als Bürge und Zahler nach § 1357 ABGB gemäß beiliegendem Bürgschaftsvertrag zu übernehmen. Die Haftungsübernahme der Stadt Villach erfolgt vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kärntner Landesregierung gemäß § 101a Villacher Stadtrecht, K-VStR, LGBl. Nr. 69/1998 i.d.g.F.“

Pkt. 24.) Darlehensverzicht Villacher Alpenstraße

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 20.2.2014, Zl.: FW-67-2014/Beteiligungen/Mag. Pi.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

„Die Stadt Villach verzichtet unter der Bedingung eines Verzichts auch der beiden Mitgesellschafter auf einen Teilbetrag in der Höhe von € 48.312,79 des aushaftenden Gesellschafterdarlehens.“

Pkt. 25.) Außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 Abs. 1 Villacher Stadtrecht
1998

Bürgermeister Manzenreiter

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Buchhaltung und Einhebung vom 10.3.2014.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

die außerplanmäßigen Ausgaben in der Höhe von EUR 155.500,00 zu genehmigen, wobei die Bedeckung laut beiliegender Aufstellung gegeben ist.

Frau Vizebürgermeisterin Rettl übernimmt den Vorsitz.

Pkt. 26.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Reinigung und Instandhaltung der Denkmäler in Villach

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 4.4.2011, wie folgt:

Ich habe jetzt ebenfalls eine Reihe von Anträgen der ÖVP zu behandeln, darunter auch solche, die im Gemeinderat schon mehrmals behandelt worden sind. Ich möchte eines dazu sagen: Es ist schon Fakt, dass es einige Anträge der ÖVP gibt, die eine große Lockerheit bei den Behauptungen aufweisen und in welchen es auch immer eine kleine Unterstellung gibt, welche ich aber auf Grund der fortgeschrittenen Stunde nicht ausführlich dokumentieren möchte. Bei diesem Antrag zum Thema „Reinigung und Instandhaltung der Denkmäler“ könnte man uns nämlich unterstellen, dass wir eine Reinigung nicht durchführen lassen, keinen Prioritätenkatalog haben und natürlich nicht nur die Besten an unsere Kunstwerke beziehungsweise Denkmäler lassen. Dem ist natürlich nicht so. Deshalb kann man diesem Antrag in dieser Form und auch in jeder anderen Form keine Zustimmung geben.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Wir haben von Vizebürgermeister Albel dieselbe Platte wie immer gehört. Es gilt das vorhin Gesagte: Man braucht den Betreff nur ein wenig adaptieren. Ein drei Jahre alter ÖVP-Antrag wird heute Gott sei Dank behandelt, der die Reinigung und Instandhaltung der Denkmäler in Villach zum Inhalt hat. Zum damaligen Zeitpunkt waren in Villach nahezu sämtliche Statuen und Denkmäler dermaßen verschmutzt beziehungsweise nicht in Ordnung und einer Stadt wie Villach nicht würdig. Drei Jahre später wird der Antrag zur Beschlussfassung vorgelegt. Man darf nun nicht einfach behaupten, dass dieser Antrag einer saloppen Feder entstammt.

Es ist jedenfalls wichtig, dass die Statuen und Denkmäler jetzt in einem deutlich besseren Zustand sind. Natürlich ist es wichtig, dass man diese stetig reinigt. An dieser Stelle muss ich noch einmal die Karlgasse beziehungsweise die Seilergasse in Erinnerung rufen. Schauen wir auch in diesen Fällen, dass wir sie von Zeit zu Zeit richtig reinigen, damit dort weniger Taubenkot und so weiter vorhanden ist.

Vizebürgermeister Albel:

Indem Sie von der Karlgasse und der Seilergasse gesprochen haben, haben Sie, Herr Kollege Steinacher, die Behauptung noch einmal aufgestellt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses auf die Denkmäler unserer Stadt nicht schauen beziehungsweise nicht geschaut haben. Danke, wir werden das in dieser Form weitergeben.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt, Gemeinderat Jabali-Adeh),**

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, die Verantwortlichen der Stadt Villach mögen Sorge tragen, dass alle Statuen wie auch Denkmäler in Villach einer regelmäßigen Reinigung und Wartung, welche von Professionsisten durchzuführen sind, unterzogen werden.

Pkt. 27.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte vom 22.10.2012 betreffend
Forderung einer Machbarkeitsstudie zur Erschließung der Drauriviera

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 22.10.2012 wie folgt:

Diesen Antrag kennen wir alle schon. Ich möchte eigentlich gar nicht viel dazu sagen, doch eine Kleinigkeit müssen Sie mir schon erlauben: Das ist ein Antrag, der denkunmöglich ist. Es ist ein Phantomantrag für ein Phantomprojekt, denn der Antrag lautet: Forderung einer Machbarkeitsstudie zur Erschließung der Drauriviera. Es gibt jedoch keine Drauriviera, also wie sollte man diese erschließen?

Stadtrat Mag. Weidinger:

Natürlich werde ich unseren Vorschlag gerne erklären. Ich orte diesbezüglich große Wissenslücken, die man mit konkreten Beispielen füllen sollte. In Südösterreich, das heißt in Kärnten ist eine wesentliche Säule der Wirtschaft der Tourismus neben der, Gott sei Dank, sehr guten, kleinteilig strukturierten Wirtschaft, die wir vor allem bei uns in Villach als pulsierende Industrie- und Handelsmetropole haben. Dazu ist es notwendig, dass wir einen wesentlichen Stadtteil, nämlich die Uferzonen entlang der Drau, einbinden.

Es herrscht Unruhe im Plenum.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Ich darf Sie vielleicht bitten, noch ein bisschen Geduld und Disziplin beim Vortrag und den Ausführungen zu haben.

Wir haben das Glück, dass wir mit der Drau Uferzonen in unserem Stadtgebiet haben, und über diese Uferzonen sollte man sich Gedanken machen. Ich war bei der Argumentation von Vizebürgermeister Albel eigentlich darüber erschrocken, dass man über eine Machbarkeit von Entwicklungsschritten entlang den Drauuferrzonen nicht nachdenken darf. Das heißt, dass man dafür nicht ein gesamtheitliches Konzept bringen darf, wie es Herr Bürgermeister beim Thema „Willkommenskultur für Studenten“ sehr wohl eingefordert hat. Man darf nur Einzelmaßnahmen setzen. Wenn man Einzelmaßnahmen vorstellt, heißt es jedoch, dass man diese nicht umsetzen kann. Ein besonders liebes Argument stammt von Gemeinderat Harald Geissler, welches aufhorchen ließ, als er sagte, dass man am Wasenboden gar nichts machen darf, weil dort 5.000 Villacher wohnen und es sich um ein Hochwasserschutzgebiet handelt. Lieber Harald, wie erklärst du dann dem Jugendgemeinderat, dass sich auf dem gleichen Wasenboden die Jugendtrendsportanlage befindet? Die Jugendlichen werden also in dieses gefährliche Gebiet geführt! Im gleichen Atemzug sagt man jedoch, dass man dort nichts hin-

stellen kann, weil es ein großes Hochwasser geben könnte. Wenn Günther Albel von einem Phantom spricht, dann ist es diese Phantomargumentation und -rhetorik.

Ein wesentlicher weiterer Punkt ist, dass am Drauradweg jedes Jahr zehntausende Menschen entlang der Drau fahren. Geben wir diesen Radtouristen mit einer besonderen Willkommenskultur von Seiten der Stadt Villach auch die Möglichkeit, dass wir sie in unsere Innenstadt führen und diese mit Beschriftungen für Gäste, die noch nicht bei uns waren, besser erkenntlich machen.

Weiters habe ich auch Informationen dazu mitgebracht, wie andere österreichische Städte mit dem Thema „Wasser in der Stadt“ umgehen. Vor 14 Tagen hat die Zeitung „Die Presse“ eine Sammlung darüber gebracht, wie Städte mit diesem Thema umgehen. Vor zehn Jahren hat man in Österreich mit der Beachtung dieser Thematik ganz stark begonnen. In Innsbruck hat man die Strandbar am Sill-Park errichtet. Man hat mit Sand aufgeschüttete Plätze entlang des Inns geschaffen, um dort ein mediterranes Flair hinzuzaubern. In Salzburg gibt es tolle Strände rund um den Volksgarten. Dort werden auch Sportveranstaltungen wie Beach-Volleyball- und Beach-Soccerturniere durchgeführt. Es wurden Sandhaufen aufgeschüttet, um Flächen für die Bevölkerung zugänglich zu machen. Besonders originell ist die „Silent Disco“ ab 22 Uhr, das heißt, dass man dort auch nicht die Thematik des Lärms hat. Die Konsumenten setzen Kopfhörer auf und genießen so eine „Silent Disco“. Wie geht die von uns oft zitierte Stadt Wels mit diesem Thema um? Es gibt dort ein Filmfestival. Dafür wird Sand aufgeschüttet, nämlich 70 Tonnen. Das geschieht sogar im Stadtzentrum. Strandkörbe und Strandliegen werden aufgestellt und Filme gezeigt. Ich könnte diese Liste sowohl mit Städten wie Linz und Wien mit der Strandbar Herrmann, die Sie sicher alle kennen oder von welcher viele schon gehört haben, als auch Graz und anderen Städten fortsetzen.

Uns geht es bei der Erstellung einer Machbarkeitsstudie darum, dass es zu keiner plan- und ziellosen Verbauung kommt. Es sollen jene Bereiche festgelegt werden, an denen man etwas entwickeln möchte, und solche, von denen man bewusst sagt, dass man dort nichts entwickelt, sondern einfach die schöne Landschaft belässt, auch weil man diese als Retentionsbecken benötigt oder diesen Raum den Menschen einfach frei zur Verfügung stellen will. Ich glaube aber, dass wir, wenn wir einen durchdachten Plan haben, die natürliche Drauradweg-Hauptstadt von Kärnten werden und damit weit über unsere Stadtgrenzen hinaus zusätzliche Gäste begeistern können, damit sie nach Villach kommen. Wir haben damit wieder eine besondere Attraktion für die Villacher Innenstadt, und wir schaffen vor allem für die Studierenden, weil St. Magdalen bekanntermaßen auf Villacher Stadtgebiet liegt, eine natürliche Verbindung. Dort sollte es meines Erachtens nach eine Schiffsanlegestelle mit einem Shuttledienst geben, damit man bequemer und schneller in die Innenstadt kommt.

Warum gibt es zum Beispiel auf den Gebäuden der Fachhochschule keine großen Markierungen, an welchen vom Drauradweg aus leicht erkennbar ist, dass es sich dabei um eine Bildungsinstitution handelt? Das wäre eine ganz billige Methode, Marketing dafür zu betreiben, den Bildungsstandort Villach bekannter zu machen.

Wir haben uns diesen Ruf in Südösterreich über viele Jahre hart erarbeitet, und der Bildungsbereich wird hoffentlich noch weiter prosperieren. Wir haben ja noch einige Ausbaustufen vor uns. Somit könnten wir dieses Kleinod in einen Rahmen fassen, den es verdient hat.

Ich könnte fortsetzen, angefangen vom Aufstellen von Radabstellanlagen bis hin zu einem Beitrag zur Internationalisierung, indem wir uns einfach öffnen und am Drauradweg Wiedererkennungsmerkmale setzen, wie es zum Beispiel in Marburg der Fall ist. Marburg ist eine tolle Stadt, die auch an der Drau gelegen ist. Wenn wir mit diesem Thema spielen und architektonische, städtebaulich spannende Elemente verwenden würden, oder man ein originäres Villacher Draumobiliar als Incentive für die Kreativwirtschaft schafft und das alles innerhalb einer Machbarkeitsstudie rund um die Drauriviera einbettet, könnten wir dieses Potential einfach weiter stärken. Ich glaube, dass es ein probater Zugang ist, um dieses Thema für die Stadt interessanter zu machen. Wir würden unserer wunderschönen Stadt ein weiteres Viertel hinzufügen. Aus diesem und vielen schon genannten Gründen darf ich Sie ersuchen, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

Bürgermeister Manzenreiter zur Geschäftsordnung:

Ich habe, weil es in keinem Parlament der Welt der Fall ist und wir im Grunde genommen ein Parlament sind, scheinbar einem Mitarbeiter einer Fraktion gesagt, dass hier kein Kaffee serviert werden kann. Das gibt es nirgends. Ich glaube, dass auch wir den Weg nicht gehen sollten, dass wir das tun und aus dem Ganzen ein Gasthaus machen. Es kann sein, dass der Bedarf nach einer Pause besteht, da die Sitzung zu lange dauert, man einen Kaffee trinken will und Erholung braucht. Doch, wo endet das Ganze, denn dann werden vielleicht noch eine Leberkäsesemmel oder ein Paar Frankfurter gebracht? Ich bitte um Verständnis dafür und möchte Ihnen mitteilen, dass ich als Vorsitzender des Gemeinderates gesagt habe, dass das nicht sein kann. Wenn aber jemand den Antrag auf Sitzungsunterbrechung stellt, um einen Kaffee trinken zu gehen, und der Antrag die Mehrheit bekommt, dann ist eine Pause möglich, doch aus dem Gemeinderatssaal sollten wir kein Gasthaus machen.

Stadtrat Sobe:

Sehr geehrter Herr Referent, keine einzige Stadt, die du genannt hast, ist mit unserer vergleichbar, nicht von der Größe und nicht von den vielen Seen sowie Freizeitbadeanlagen her, die es bei uns gibt. Ich erwähne den Silbersee, den Vassacher See, den Ossiacher See und ein bisschen vielleicht auch den Faaker See. Beim Letzteren muss man vielleicht etwas leiser treten, weil es dort zwar drei Bäder gibt, wovon jedoch nur bei einem der Eintritt gratis ist, die zwei anderen aber zu sehr günstigen Tarifen besucht werden können.

Stadtrat Sobe auf einen Zuruf von Frau Vizebürgermeisterin Rettl:

Frau Vizebürgermeisterin hat mich quasi dazu ermahnt, und sie hat Recht, dass der Magdalener See auch frei, das heißt gratis zugänglich ist. Die Bermen sind schon jahrelang für alle da und bestens genutzt, – Sommer kann man fast schon von „bewohnt“ sprechen. Weiters gibt es den Wasenboden, welcher in seiner Ur-eigenheit den im dortigen Stadtteil lebenden 5.000 Leuten Heimat und Platz bie-

tet, um hinauszugehen, Fußball zu spielen, sich dort aufzuhalten und zum Teil auch mit den Hunden unterwegs zu sein. Darüber hinaus gibt es noch die Drauterassen, wo es möglich ist zu flanieren. Ich glaube, dass auch Sie, Herr Stadtrat, schon gesehen haben, dass die Leute bereits wieder auf den Enzos liegen und sich über diese Möglichkeit freuen. Diese Punkte haben meines Erachtens in diesem Gemeinderat bewirkt, dass es ein Nein der Mehrheit gegeben hat und dieser Antrag abgelehnt wurde. Ich glaube, auch heute sagen zu können, dass er abgelehnt werden soll, weil sich an den Tatsachen, die ich vorhin genannt habe, nichts geändert hat.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Meine zwei Vorredner haben mir vorweg genommen zu sagen, dass sich an den Machtverhältnissen noch nichts geändert hat. Das schließt jedoch nicht aus, dass das Bewusstsein bei verschiedenen Gemeinderäten, die alle auf das Villacher Stadtrecht angelobt sind, hier nicht ein anderes ist. Wir haben heute eine andere Zeit als noch vor drei oder vier Jahren. Gerade weil wir so viele tolle Ausflugsziele und Seen haben, sollten wir unseren Antrag umsetzen. Wir sollten nicht stehen bleiben und sagen, dass es schon passt, wie es ist, und das Ganze einfach irgendwie lassen, sondern wir sollten das Projekt bewusst entwickeln, darauf zugehen und den Natur- und Umweltschutz einbinden. Wir sollten auch bewusst Inszenierungen vornehmen. Das alles ist nämlich ein Garant dafür, dass wir in Villach auch in Zukunft eine solche Ausnahmeposition haben, gerade weil wir Villacher anders sind, weil wir schneller erkennen, was Sache ist und worin man Potential hat. Wir können diesem wunderschönen Angebotsfächer, den wir haben, ein einmaliges und neues Potential hinzufügen. Aus diesem Grund ersuche ich wirklich, nicht nur aus Parteiräson zu sagen, dass man jetzt dagegen ist, weil wir den Vorschlag eingebracht haben. Ich glaube jedoch nicht, dass die Beschlussfassung so ablaufen wird. Daher freue ich mich über eine positive Zustimmung.

Gemeinderat Waldner:

Das Thema „Drauriviera“ von Stadtrat Weidinger ist so ein alter Hut, dass es schon langweilig ist. Wir haben, wie wir schon gehört haben, sehr viele Seen. Wir haben aber nicht nur die Seen, sondern auch die Gail, wohin die Leute zum Grillen gehen. Wir brauchen in der Stadt keine Drauriviera. Villach ist jetzt bei Hochwasser sicher. Wir haben einen schönen Radweg und eine schöne Altstadt. Wir brauchen nicht immer wieder die alten Anträge der ÖVP. Ich bitte um Schluss der Debatte.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt, Gemeinderat Jabali-Adeh;
gegen den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion),**

dem Antrag auf Schluss der Debatte **zuzustimmen.**

Vizebürgermeister Albel:

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, noch ein Wort dazu zu sagen, weil mir das wichtig ist. Ich höre immer nur, wie schön es anderswo ist. Herr Weidinger, es hält Sie niemand, Sie können ruhig gehen. Eines möchte ich jedoch hier im Gemeinderat schon ganz klar sagen. Sie sagen immer, dass wir von den Besten lernen sollen. Haben Sie schon einmal daran gedacht, von Villach zu lernen? Sie holen sich alle, die es nur gibt, nach Villach – von Graz bis Wels, und was weiß ich von wo. Dass aber wir Villacher vielleicht die Besten sein könnten, dass haben Sie sich wohl noch nie gedacht. Darin liegt der Unterschied. Ich glaube nämlich, dass wir in vielen Bereichen die Besten sind. Was das lebenswerte Angebot in Villach betrifft, ist zu sagen, dass wir die Besten sind, denn es gibt nur wenige Städte in ganz Österreich, die es sich leisten können und vorzeitig darauf geschaut haben, dass man mitten in der Stadt Grünraum hat. Was glauben Sie denn, wie viele Städte in Österreich wirklich eine so umfassende grüne Lunge mitten in der Stadt haben, zwei Minuten von der Altstadt entfernt? Davon sollten Sie reden und lernen!

Sie haben gesagt, dass man die Trendsportanlage sehr wohl am Wasenboden errichten durfte. Ich darf Ihnen jetzt eine Geschichte erzählen, die auch mit dem Villacher Jugendrat zu tun hat. Ich habe Ihnen heute schon gesagt, dass es der Villacher Jugendrat war, der ganz intensiv mit den Bürgern, das heißt, mit den Jugendlichen vor Ort, darüber diskutiert hat, was sie brauchen und wollen und wie weit dieses Angebot in Zukunft reichen soll. Der Villacher Jugendrat hat erkannt, was Sie bis heute nicht erkannt haben. Dort leben Tausende Menschen. Es handelt sich um ein sensibles Gebiet, das man auch sensibel behandeln muss. Deshalb hat der Jugendrat als erstes gesagt, dass die Jugendlichen an der Fläche dieser Trendsportanlage nichts ändern wollen, sondern nur an der Attraktivität. Die jungen Menschen in Villach haben das eingesehen, was Sie nicht einsehen wollen.

Jetzt kommt noch eine Geschichte, und diese ist die Unglaublichste. Es hat zu diesem Projekt wie bei jedem anderen Bauprojekt auch eine Bauverhandlung gegeben. Ich habe sie selbst übernommen. Ich war sehr überrascht, dass dort über 80 Personen aufgetaucht sind, die Beschwerde angemeldet haben. Wissen Sie, worüber sie sich beschwert haben? Das ist in den Akten der Bauabteilung auch aktenkundig. Sie alle haben gedacht, dass es sich bei dieser Verhandlung um die Umsetzung der Weidingerschen Drauriviera geht. Deswegen waren diese Menschen dort. Sie haben massiv dagegen protestiert bis zu dem Zeitpunkt, wo ich gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufklären konnte, dass es nicht um dieses Phantomprojekt des Herrn Weidinger geht, das auch hoffentlich nie eine Umsetzung findet.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion; 1 Stimme der Fraktion „Die Grünen Villach (Gemeinderat Mag. Burian), Gemeinderat Jabali-Adeh, gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-

Fraktion, 1 Stimme der Fraktion „Die Grünen Villach“ (Frau Gemeinderätin Schautzer), 1 Stimme der FPÖ-alt),

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, dass der zuständige Referent eine Gesamtpotentialerhebung und Machbarkeitsstudie in Auftrag gibt, um unter Einbeziehung von internen und externen Experten, Referenten aller Fraktionen und der Bevölkerung die Chancen der Drauf für die Stadtentwicklung umfassend zu erheben.

Pkt. 28.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte vom 22.3.2013 betreffend
Forderung einer Machbarkeitsstudie zur Erschließung der Drauriviera

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 22.3.2013.

Stadtrat Mag. Weidinger auf einen Zuruf von Frau Vizebürgermeisterin Rettl: Das ist nicht der gleiche Antrag, Frau Vorsitzende. Ich bitte Sie, sich diesen Antrag genau anzuschauen.

Ich kämpfe dafür, weil es für Villach wichtig ist. Es geht um mehr als nur um Parteiinteressen. Bitte, seid euch dessen bewusst! Es geht um eine Jahrhundertchance für unsere Stadt. Spielen wir das Thema nicht hinunter! Was glaubt ihr, wie wütend die aktenkundigen Anrufer waren, als das Oktoberfest am Wasenboden stattgefunden hat? Darüber haben sich die Leute beschwert, nämlich über dieses Bierfest, bei welchem die halbe Nacht am Wasenboden Bewegung ist und es dort ein Remmidemmi gibt. Die Drauriviera hat damit nichts zu tun. Ich sage es noch einmal.

Weiters lasse ich mich nicht auf gewisse Bereiche reduzieren. Es kann sich bei eurem Verhalten nur um ein wirklich ganz bewusstes parteipolitisch motiviertes Weghören handeln. Derjenige, der immer noch nicht versteht, dass das Draufer nicht erst am Wasenboden anfängt und dort aufhört, möchte aus rein parteipolitischen Gründen nicht weiter über dieses Thema nachdenken, aber das Draufer umfasst ja viel mehr. Ich kann Ihnen sagen, was die Idee der Drauriviera noch umfasst. Hier geht es zum Beispiel auch um die Einbindung des Burgplatzes. Wir könnten zum Beispiel in den Sommermonaten abends Nachtmärkte veranstalten. Darauf könnte man mit einer besonderen Beschilderung und besonderen Hinweisen aufmerksam machen. Diesbezüglich könnte man im Stadtplan von Villach auch etwas Neues gestalten. Der Impuls, dass diese Fläche am Fluss liegt, legt bei vielen Menschen die Kreativität frei. Da denkt man über bisher alt hergebrachte Dinge neu nach. Daher ersuche ich darum, diese Idee auch mit der notwendigen Ernsthaftigkeit zu behandeln. Ich wette, dass diese Ideen bei dem Projekt „Stadtentwicklungskonzept Neu“ einfließen werden. Diese Ideen werden nicht von uns kommen, sondern von den Bürgern, weil sie sagen, dass wir das Projekt endlich umsetzen sollen, weil es sich dabei um eine tolle Sache handelt. Dies soll auf eine Villacher Art passieren, denn bei uns ist es einmalig und wunderschön.

Gemeinderat Zellot:

Herr zuständiger Marktreferent Weidinger, man muss nicht davon sprechen, ob wir etwas gemacht hätten oder machen könnten. Wenn die Idee, die du vorgestellt hast, so toll ist, kannst du sie gleich umsetzen und ordnungsgemäß einen Antrag einbringen. Vermische jetzt nicht das eine Thema mit dem anderen! Ich möchte jetzt bei deinem Antrag die Drauriviera betreffend bleiben. Immer wieder wird von Experten gesprochen, die aus der Steiermark kommen. Wissen die eigentlich, was das Schönste an der Drau ist? Es ist die Reinheit des Drauflusses und die Natur.

Vergleichen Sie die Drau doch einmal mit der Mur in Graz! Finden Sie die Reinheit und die Farbe des Wassers der Mur wirklich schön?

Noch etwas zu diesen Experten: Wir müssen auch selbst etwas zusammenbringen. Wir brauchen nicht immer Experten. Hast du schon das Thema „Energie“ vergessen? Viele Villacherinnen und Villacher versuchen, Alternativenergie zu gewinnen. Kärnten liegt in Österreich, was die Alternativenergie betrifft, an führender Stelle wie Villach auch. Was haben wir in Villach gehabt? Es sind die Experten von Güssing gekommen und haben uns gezeigt, wie wir Villach energieautark machen. Wo stehen denn die Experten aus Güssing heute? Heute sind diese Experten aus Güssing pleite. Deswegen ist es nicht schlecht, dass man etwas nicht immer nur politisch betrachtet, sondern es sich auch fachlich genau überlegt.

Vizebürgermeister Albel:

Danke, Gemeinderat Zellot, genau das ist es. Stadtrat Weidinger, es hindert Sie niemand daran, dass Sie einen Nachtmarkttag machen. Es hindert Sie niemand daran, Sie machen es jedoch nicht. Sie reden nur.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion; 1 Stimme der Fraktion „Die Grünen Villach (Gemeinderat Mag. Burian), Gemeinderat Jabali-Adeh; gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 1 Stimme der Fraktion „Die Grünen Villach“ (Frau Gemeinderätin Schautzer), 1 Stimme der FPÖ-alt),

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, dass der zuständige Referent so rasch wie möglich eine Gesamtpotentialerhebung und Machbarkeitsstudie in Auftrag gibt, um unter Einbeziehung von internen und externen Experten, Referenten aller Fraktionen und der Bevölkerung die Chancen an der Drau für die Stadtentwicklung umfassend zu erheben.

Pkt. 29.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Fahrbahn
Sepp-Weißbacher-Weg

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom
7.12.2012 wie folgt:

Ich kann nur dringend darauf verweisen, dass dieser Antrag den geltenden
Rechtsvorschriften des Gemeinderates widerspricht. Es handelt sich bei diesem
Weg um einen Interessentenweg, der von den Interessenten zu erneuern oder
sanieren ist. Ich bitte, diesem Antrag aus diesem Grund nicht zuzustimmen.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion ;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-
Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-
alt, Gemeinderat Jabali-Adeh),**

folgenden Antrag **abzulehnen:**

**Der Gemeinderat der Stadt Villach möge beraten und beschließen, dass die
zuständige Referentin dafür Sorge trägt, dass die Löcher bzw. Mängel in der
Fahrbahn des Sepp-Weißbacher-Weges ausgebessert bzw. für die Bürge-
rinnen der Stadt saniert werden.**

Pkt. 30.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Umsetzung der Visualisierung der Drauriviera

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 22.3.2013.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Ich glaube, dass zum Thema „Markt“ sehr viel geleistet wird, allen voran von den Marktbeschickern. Man sollte gerade die Menschen, die entlang der Drau so tolle Projekte umsetzen, unterstützen und ihnen einen Rahmen geben, in welchen man weitere Ideen einspeisen kann. Darauf zielt das Thema der Drauriviera ab. Die Projekte, die entlang der Drau stattfinden, sollen als Potentiale erkannt werden. Ich glaube, dass sich das Gemeindesäckel darüber am meisten freuen würde, wenn man dadurch zusätzliche Gäste in unsere Stadt bringen würde, die Villach noch genialer finden, als wir es tun, denn Villach ist die genialste Stadt der Welt.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion ;

gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt, Gemeinderat Jabali-Adeh),

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Die Stadt Villach beschließt eine adäquate Umsetzung der auf dem Bild am Antrag angeführten Objekte zur Realisierung der Drauriviera.

Pkt. 31.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Errichtung WC-Anlage im Walter-Dick-Park

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 26.4.2013.

Gemeinderat Gerd Struger:

Wir haben in Landskron einen tollen Park, den Walter-Dick-Park. Dort spielen Kinder und Erwachsene mit Kindern. Es gibt dort aber die Problematik, dass es kein öffentliches WC gibt beziehungsweise keine geöffnete WC-Anlage. Die Leute müssen in ein nahe gelegenes Lokal gehen. Es gefällt der Besitzerin nicht, dass die Öffentlichkeit bei ihr das WC benutzt. Wir fordern ein Dixie-WC vor Ort beziehungsweise die Öffnung des Volkshauses, damit die Parkbesucher dort die WC-Anlagen aufsuchen können.

Stadtrat Sobe:

Sehr geehrter Herr Vorredner, es ist schon sehr bequem, sich ans Rednerpult zu begeben und irgendetwas zu fordern, von dem man von vornherein weiß, dass es schwer oder gar nicht umsetzbar ist. Ich darf aber trotzdem sagen, dass ich dem Antrag in den ersten Sätzen sogar zustimmen könnte, nämlich bis zu der Stelle, wo man schreibt, man soll die Errichtung einer WC-Anlage im Walter-Dick-Park prüfen.

Ich darf auf dieses Thema ein bisschen eingehen. Wir haben in der Stadt Villach zehn Parkanlagen und 21 Kinderspielplätze. Zwei kommen heuer noch dazu. Wir haben acht Freizeitanlagen in der Stadt Villach, und wir haben fast nirgends eine WC-Anlage. Das hat auch Gründe, denn die Reinhaltung und leider auch der Vandalismus stellen Probleme dar. Wir haben deshalb rund 40 derartige Anlagen in der Stadt verteilt, weil es sowohl die Kinder als auch die Erwachsenen fußläufig nicht weit nach Hause haben, wenn sie ein WC brauchen.

Genau so ist es in Landskron. In Landskron haben wir die Situation, dass wir einen Park mitten im Stadtteil gebaut haben, wo rundherum zirka 3.000 Menschen leben und es sehr viele Kinder gibt, die diesen Park nützen, was teilweise der ÖVP nicht gefällt, wozu wir heute noch kommen. Der Kinderlärm soll dort zu laut sein. Darüber reden wir später noch. Es besteht dort einerseits die Möglichkeit, zu Fuß nach Hause zu gehen, andererseits gibt es dort ein Lokal, was du, Herr Struger, ja bereits erwähnt hast. Die Leute sitzen jetzt, wenn die Sonne scheint, im Gastgarten des Lokals, trinken etwas und haben überhaupt nicht das Problem, dass sie in das Lokal nicht hineingehen dürfen. Wenn das Volkshaus offen ist – und es ist unter der Woche relativ oft geöffnet, am Abend ohnehin und bei Veranstaltungen am Samstag und Sonntag auch –, hat überhaupt niemand etwas dagegen, wenn man die Toiletten dort benützt. Wir können das Volkshaus aber nicht 24 Stunden am Tag aufsperrern.

Wenn wir beim Walter-Dick-Park eine WC-Anlage errichten, dann gibt es – wie bei allen anderen Anlagen auch – damit verbundene ganz große Probleme – neben der Tatsache, dass es sehr viel kostet. Wir haben schlechte Erfahrungen in Landskron. Es hat dort schon einmal einen Park gegeben. Einige von euch sind Landskroner und haben vielleicht dort gespielt. Dieser Park war in der Nähe des Bachs. Wir haben dort die größten Probleme gehabt. Die Volksschule hat die Reinigung mit übernommen, und es hat überhaupt nie funktioniert, sondern nur Probleme gegeben. Genau aus diesem Grund meine ich, dass wir den Leuten sagen müssen, dass die Kinder nicht weit nach Hause haben, wenn sie in diesem Park spielen. Sie können das WC im Lokal trotzdem benutzen, wenn sie dort etwas trinken. Das Volkshaus ist, wenn es geöffnet ist, auch nutzbar. Ich glaube, das reicht aus.

Gemeinderat Gerd Struger:

Lieber Harald Sobe, ich habe mit den Leuten in Landskron gesprochen. Es geht darum, dass sie nicht ins Gasthaus gehen wollen. Das ist das Problem. Es ist nicht so, dass die Leute dort einen Kaffee trinken und der Wirt daraus vielleicht einen Vorteil hat. Er hat nur Nachteile, indem die Erwachsenen und die Kinder bei ihm das WC benutzen. Das WC ist dann nämlich schmutzig. Ich stehe sicher nicht hier am Rednerpult, ohne dass ich im Vorfeld Rücksprache gehalten habe. Die Wirtin hat keine Freude damit, und es ist für sie kein Zugewinn in irgendeiner Form. Die Kinder spielen im Park, sind schmutzig und gehen dann ins Lokal. Du hast neben dem Park das Volkshaus. Mach doch dein Haus auf, und lass nicht die Privatwirtschaft ihre Tür öffnen! Die Parkbenutzer müssten ja nicht im Foyer des Volkshauses auf das WC gehen, sondern im daneben liegenden Raum im Keller. Jedenfalls gehört dort eine WC-Anlage hin, das ist wichtig.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich gebe schon grundsätzlich zu bedenken, ob der Inhalt dieses Antrags Aufgabe des Steuerzahlers ist. Wenn ein Wirt seinen Gästen das anbietet, was sie brauchen, könnte er doch die Freundlichkeit haben, jemand anderen auch einmal dort aufzunehmen, wobei ich gar nicht weiß, ob er dazu nicht sogar verpflichtet ist. Die ÖVP-Anträge riechen halt immer danach, dass die Steuerzahler für etwas aufkommen sollen, damit sich der Unternehmer Geld erspart. Man muss wirklich sagen, dass wir froh sein müssen, dass wir tüchtige Unternehmer haben, aber sie sollen ihren Aufgaben nachkommen und wir unseren.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Es ist interessant, wie unterschiedliche Fraktionen an Themen herangehen. Die ÖVP-Fraktion, zum Beispiel der Landskroner Gemeinderat Gerd Struger, analysiert eine Thematik und sagt, dass es im Bereich des Walter-Dick-Parks den Bedarf an öffentlichen Toilettenanlagen gibt. Ob jetzt der Wirt zu etwas verpflichtet ist oder nicht: Tatsache ist, dass es in diesem Bereich keine öffentliche WC-Anlage gibt. Mich würde nebenbei bemerkt interessieren, Harald Sobe, wann und zu welcher Uhrzeit das Volkshaus geöffnet ist. Ist das regelmäßig der Fall? Wer weiß darüber Bescheid?

Ich komme jetzt aber generell auf das Thema „Öffentliche Toilettenanlagen in Villach“ zu sprechen. Ich habe mich vor zwei Wochen selbst davon überzeugt, dass im Schillerpark, wo die evangelische Kirche ist, die öffentlichen Toilettenanlagen verschlossen waren.

Gemeinderat Mag. Steinacher auf einen Zuruf:

Im Stadtpark natürlich, ich habe mich verredet. Mir sagen auch Leute, die sich an der Drau aufhalten, dass die Toilettenanlage dort erstens sehr oft – wobei ich das nicht empirisch mitgeschrieben oder gar eine Doktorarbeit darüber geschrieben habe – geschlossen ist und zweitens in einem hygienisch dermaßen desolaten Zustand ist, dass eine durchschnittliche Frau und auch viele Männer diese Toilettenanlage nicht verwenden. Ich habe das selbst auch schon wahrgenommen. Ich weiß nicht, ob die Grünen heute dazu einen Antrag haben.

Das ist ein wichtiges Thema. Wie gehen wir künftig damit um? Öffentliche WC-Anlagen kosten leider Geld. Es wird kein Weg daran vorbei führen, dass wir auch diesen Bereich auf bessere Beine stellen. Unterstützen wir diesen sinnvollen Antrag des Landskroner Gemeinderates Gerd Struger!

Frau Gemeinderätin Mag.^a Wutti:

Ich möchte eigentlich nur ganz kurz etwas sagen: Wo soll das hinführen? Wir können nicht auf jedem Spielplatz eine WC-Anlage bauen, die jede Stunde gereinigt wird. Es gibt überall die Möglichkeit, auf das WC zu gehen. Ich habe selbst zwei Kinder. Uns gelingt der Toilettengang auch, ohne dass wir hinter einen Baum gehen müssen. Ich stelle den Antrag auf Schluss der Debatte.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt;
gegen den Antrag: Gemeinderat Jabali-Adeh),**

dem Antrag auf Schluss der Debatte **zuzustimmen.**

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, Gemeinderat Jabali-Adeh;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-
Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-
alt),**

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, die Finanzverwaltung und gegebenenfalls die zuständige Abteilung sollen die Bedeckung bzw. die Folgekosten für die Errichtung von einer WC-Anlage im Walter-Dick-Park prüfen. Nach der Prüfung sollen die finanziellen Mittel freigegeben werden und die Umsetzung erfolgen.

Gemeinderat Dipl.-HTL-Ing. Struger, MSc, MBA, zur Geschäftsordnung:

Herr Bürgermeister hat es vorhin schon angesprochen: Ich stelle den Antrag auf eine Sitzungsunterbrechung von 15 Minuten für eine Kaffeepause.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 1 Stimme der Fraktion „Die
Grünen Villach“ (Gemeinderat Mag. Burian);
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-
Fraktion, 1 Stimme der Fraktion „Die Grünen Villach (Frau Gemeinderätin
Schautzer), 1 Stimme der FPÖ-alt, Gemeinderat Jabali-Adeh),**

den Antrag auf Sitzungsunterbrechung **abzulehnen.**

Pkt. 32.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Beleuchtung entlang der Uferzonen auf Villacher Stadtgebiet

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 26.4.2013 wie folgt:

Diesem Antrag kann ich in dieser Form natürlich keine Zustimmung geben. Zum einen sollte man keine gelegten Eier legen, zum anderen sollte man über gelegte Eier schon überhaupt keine Anträge stellen, denn dieses Programm ist seit 2012 in Bearbeitung. Zweitens darf ich bitten, dass Sie diesem Antrag auch deshalb nicht zustimmen, weil er einen Rückschritt bedeutet. Das, was die ÖVP hier fordert, entspricht dem Energie-Steinzeitalter. Sie fordert eine höhere Wattleistung. Wir in Villach gehen jedoch einen effizienten Weg. Wir schauen, dass die Wattleistungen von 80 auf 27 Watt, von 110 auf 45 Watt und so weiter gesenkt werden. Bitte stimmen Sie diesem Antrag nicht zu, weil er wirklich ins Energie-Steinzeitalter zurück führt.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Ich glaube, dass ich diesen flammenden Appell von Günther Albel nicht unterstützen kann. Der Antrag ist äußerst notwendig. Ob nun eine höhere Wattleistung der richtige terminus technicus ist, werden Techniker zu entscheiden haben. Tatsache ist, und ich weiß das selbst vom Laufen beziehungsweise vom Radfahren, und aus Gesprächen mit Personen weiblichen Geschlechts, die an der Drau Sport treiben, dass es vor allem am Südufer der Drau zirka vom Kraftwerk bis zum Burgplatz im Herbst zappenduster ist.

Wenn du, Günther Albel, jedoch sagst, dass es schon seit 2012 eine entsprechende Beleuchtung gibt, muss ich dazu sagen, dass ich mir das Ganze auf Anregung von Bürgern vor Ort angesehen habe. Es geht nun logischerweise nicht um die Mittagszeit im Hochsommer, sondern es betrifft den Herbst und das Frühjahr. Da ist Folgendes der Fall: Die Lichtquellen liegen sehr weit auseinander. Sie sind teilweise zugewachsen. Die Lichtemission gehört erhöht, natürlich möglichst energieeffizient. Nur mehr Licht bedeutet mehr Sicherheit. Wenn das jetzt von der Mehrheitsfraktion, der SPÖ, in Abrede gestellt wird, dann verstehe ich die Welt nicht mehr. Dieses Thema ist evident. Da muss etwas getan werden. Ich habe selbst mit Personen weiblichen Geschlechts gesprochen, die überfallen worden sind. Ich male hier kein Horrorszenario an die Wand, aber wir brauchen hier eine bessere Beleuchtung, natürlich möglichst energieeffizient. In diesem Sinne denkt bitte noch einmal darüber nach und verbessert diese Situation! Dieser ÖVP-Antrag ist vollkommen richtig, weil nur mehr Licht mehr Sicherheit bedeutet.

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt den Vorsitz.

Gemeinderat Fritz:

Ich stelle zum zweiten Mal den Antrag auf Ende der Debatte.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion,

gegen den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt; Gemeinderat Jabali-Adeh),

dem Antrag auf Schluss der Debatte **zuzustimmen.**

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;

gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt, Gemeinderat Jabali-Adeh),

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, dass die zuständige Abteilung der Stadt Villach beauftragt wird, die Beleuchtungskörper entlang des Drauradweges auf Villacher Stadtgebiet zu überprüfen und etwaige zusätzliche Beleuchtungen (auch Lampen mit höherer Wattleistung) anzubringen.

Pkt. 33.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Geruchsproblematik im Zusammenhang mit Müllinseln

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 24.5.2013.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt, Gemeinderat Jabali-Adeh),**

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat der Stadt Villach beschließt die Beauftragung der zuständigen Magistratsabteilung mit der Erstellung von Vorschlägen, wie die Geruchsproblematik im Zusammenhang mit Müllinseln besser gelöst werden kann.

Pkt. 34.) Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend Schaffung einer Ladestation für E-Bikes

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ vom 24.5.2013.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, Gemeinderat Jabali-Adeh;

gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 1 Stimme der FPÖ-alt),

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Schaffung einer gut positionierten Ladestation für E-Bikes (z.B. vor der Tourismusinformation in der Bahnhofstraße), um die Radtouristen in die Stadt einzuladen.

Pkt. 35.) Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend
Beschilderung des Drauradweges im Bereich von Villach

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ vom 24.5.2013.

Frau Gemeinderätin Schautzer:

15.000 Radtouristen jährlich sind die offizielle Zahl der Drauradwegvermarkter. Noch nicht hinzugerechnet sind die Radtouristen, die von Salzburg über Spittal an der Drau nach Triest fahren. Durch das neue E-Bike kann man heute bereits mit einem zusätzlichen Boom im Radtourismus rechnen. Gelänge es uns, 20 Prozent dieser radbegeisterten Menschen nach Villach zu bringen, wäre das eine Wertschöpfung von ungefähr 300.000,00 Euro. Ich zitiere die Kleine Zeitung vom 27.3. wie folgt: E-Bikes bringen die Umsatzzahlen nach oben, meint Gudrun Schwarzenlander, Spartensprecherin bei der Wirtschaftskammer. 23 Millionen Euro gab, laut Verkehrsclub Österreich, die Kärntner Bevölkerung für Räder und Zubehör aus, Tendenz steigend, denn das Zweirad hat im Alltagsverkehr eindeutig Ausbaupotential. 400.000 Nächtigungen gingen schon 2012 in Kärnten auf das Konto von Radtourismus. Mittlerweile sind für jeden vierten Urlauber gute Radangebote ein reiseauslösendes Motiv. 640 Fahrräder gibt es pro tausend Einwohner in Kärnten. In Bezug auf die Zahlen im vergangenen Jahr geben die Kärntner 23 Millionen Euro für Fahrräder aus. Ich denke, dass dieser Bereich zukunftsweisend und ein Grund dafür ist, diesem Antrag zuzustimmen.

Frau Gemeinderätin Schautzer auf einen Zuruf:

Die Zahlen habe ich nicht erfunden, Frau Esterl, auch wenn Sie diese irgendwie anzweifeln. Ich glaube, dass es sich um fundierte Zahlen handelt. Ich denke, dass es nur ein kleines Zeichen ist, eine E-Bike-Station zu errichten.

Es herrscht Unruhe im Plenum.

Bürgermeister Manzenreiter:

Wir sind beim Tagesordnungspunkt 35.

Frau Gemeinderätin Schautzer:

In Ordnung, dann komme ich zur Beschilderung. Die genannten Zahlen des Radtourismus stimmen auch für den Tagesordnungspunkt 35. Bodenmarkierungen, die ich in Villach vermisse, sind eigentlich ein Gebot der Stunde. Ich verstehe nicht, warum es so schwierig ist, Radmarkierungen anzubringen. Ich glaube, dass jeder Radfahrer, der in die Innenstadt kommt, sein Geld hier lässt, weil er etwas konsumiert. Wenn man aus dem Bahnhofsgebäude kommt, ist die Zeidler-von-Görz-Straße von der ÖBB markiert, und rechts verläuft die Willroiderstraße, doch

es gibt keinen eindeutigen Hinweis darauf, wie man vom Bahnhof aus in die Innenstadt kommt. Ich denke, dass es höchst an der Zeit wäre, sich diesbezüglich etwas zu überlegen. Ich plädiere dafür, dass diesem Antrag zugestimmt wird. Ich denke, dass dieses Thema längst überholt ist. Ich weiß nicht, warum dieser Antrag abgelehnt worden ist.

Es tut mir Leid, dass ich den vorhergehenden Antrag versäumt habe. Ich wurde leider von einem Kollegen abgelenkt. Das sollte man, wenn sich der Gemeinderat gerade mit dem Antrag der eigenen Fraktion beschäftigt, nicht machen.

Frau Gemeinderätin Bister:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, vor allem der SPÖ und FPÖ oder FPK oder wie auch immer sie sich jetzt nennt, wenn der Bürgermeister oder der Vizebürgermeister spricht, hört jeder zu. Wenn Peter oder Gemeinderätin Schautzer am Rednerpult steht, herrscht im Gemeinderat Lärm, doch keiner bemüht sich darum, zur Glocke zu greifen, um damit zu läuten. Das finde ich unfair. Das darf wirklich nicht sein.

Zum Thema „Beschilderung des Drauradweges“: Im Prinzip läuft es jetzt so ab, wie es bei unseren Anträgen immer der Fall ist. Alles, was heute von der ÖVP eingebracht wurde, wird nur schlecht gemacht. Es wird gesagt, dass sie die Miesmacherpartei ist. Das ist wirklich eine bodenlose Frechheit. Wenn von anderen Fraktionen Anträge eingebracht werden, ist es toll und zukunftsweisend. Bei unseren Anträgen ist vom Miesmachen die Rede. Wenn ich heute das Thema „Beschilderung der Drauradwege“ hernehme, stelle ich dazu fest, dass man in jeder anderen Stadt mit Rädern fahren kann, in Villach am Hauptplatz ist es hingegen verboten.

Frau Gemeinderätin Bister auf einen Zuruf:

Gott sei Dank? Wenn ich das schon höre! In München, einer viel größeren Stadt, dürfen alle mit den Rädern fahren. In Salzburg dürfen ebenso alle mit den Rädern fahren. Dort passieren auch keine Unfälle, nur in Villach sollen dann auf einmal so viele Unfälle passieren.

Frau Gemeinderätin Bister auf einen Zuruf:

Nein, ist es nicht. Genau das Gegenteil ist der Fall, Herr Bürgermeister. Ich traue den Villacher Bürgern schon zu, dass sie mit dem Rad über den Villacher Hauptplatz fahren, ohne jemanden nieder zu fahren.

Herr Vizebürgermeister Albel:

Danke schön, Frau Kollegin Bister. In einem Satz haben Sie mit Ihrer Wortmeldung Recht gehabt. Es läuft bei diesem Antrag gleich wie bei den ÖVP-Anträgen, denn auch dieser Antrag ist an den Falschen gerichtet, wie es die ÖVP auch bei ihren Anträgen immer macht. Alleine in diesem Antrag steht sieben Mal das Wort Tourismus. Daher ist ganz klar, wohin dieser Antrag gehört, nämlich zum Tourismus. Die Radwege an der Drau sind Landessache. Ich darf Sie aber beruhigen: Diese Tafeln werden schon produziert. Dass Herr Tourismusstadtrat das nicht weiß, wundert mich.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, Gemeinderat Jabali-Adeh;

gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 1 Stimme der FPÖ-alt),

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Die Villacher Innenstadt wird durch entsprechende Hinweistafeln und Bodenmarkierung in den Drauradweg eingebunden.

Pkt. 36.) Selbständige Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend
Adaptierung der öffentlichen WC-Anlagen an der Draubrücke

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ vom 24.5.2013.

Frau Gemeinderätin Schautzer:

Ich bin froh, dass wenigstens dieser Antrag die Zustimmung aller findet, obwohl ich zwar nicht weiß, ob bisher alle dafür waren, aber zumindest hat der Antrag eine Mehrheit gefunden. Ich war gestern vor Ort. Ich bin sehr froh darüber, dass an dieser Anlage etwas verändert wird. Dieses WC hat eine Schlachthofatmosphäre. Ich bin zwar hinein gegangen, doch ich fürchte mich vor diesem Ort, weil er eine schlechte Ausstrahlung hat, und man fühlt sich diesem Einfluss ausgesetzt.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass dieser Antrag angenommen wird. Dieser Ort wird von sehr vielen Leuten beansprucht und heimgesucht. Daher sollte diese Anlage kein Abschreckungsort sein. Ich danke für die Zustimmung.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig,

folgendem Antrag die **Zustimmung** zu erteilen:

Adaptierung der öffentlichen WC-Anlagen an der Draubrücke als Zeichen für eine saubere Stadt Villach.

Pkt. 37.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Schließfächer
in der Innenstadt

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 6.12.2013 wie folgt:

Ich bin nicht der Meinung, dass die Stadt Villach ein Selbstbedienungsladen sein soll und schon gar nicht, dass das Geld der Bürgerinnen und Bürger für Schließfächer verwendet werden soll. Deshalb bitte ich, diesem Antrag die Zustimmung nicht zu geben.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Jedes Einkaufszentrum hat sie, die Innenstadt hat sie noch nicht. Um einfache Wettbewerbsnachteile, die die Innenstadt als Einkaufszentrum im Generellen hat, auszugleichen, ist das Anbieten von Schließfächern eine kleine Maßnahme, die relativ wenig Geld kostet, um das Einkaufen in der Altstadt zu erleichtern. Das ist der Grund für diesen Antrag.

Gemeinderat Mag. Steinacher auf einen Zuruf:

Liebe Ecaterina Esterl, ich liebe deine Zwischenrufe. Es gefällt mir gut, denn einerseits fragst du immer, wer das bezahlen soll, andererseits bist du sowieso der Meinung, dass die jeweilige Angelegenheit durch Private zu finanzieren ist. Man muss doch den Anschub für dieses Projekt finanzieren. Man muss mit diesen Schließfächern dem Wettbewerbsnachteil der Innenstadt auf Kosten der öffentlichen Hand zu hundert Prozent entgegenwirken. So ist dieser Antrag gemeint. Die Schließfächer sollen in der Innenstadt auf geeignete Flächen und Örtlichkeiten verteilt angebracht werden. Ich kaufe zum Beispiel etwas ein, lagere das in einem Schließfach, damit ich, wenn ich noch auf einen Kaffee gehe, nicht mit den Einkaufssäcken herum gehen muss.

Gemeinderat Mag. Steinacher auf einen Zuruf:

Der Interspar ist damit nicht gemeint. Ich spreche direkt von der Innenstadt, so dass wir die Schließfächer vor Ort zur Verfügung haben, beispielsweise in der Markthalle. Das ist ein guter Vorschlag. Natürlich werden wir ein bisschen Geld lukrieren müssen, damit wir das Ganze umsetzen können. Mit wenig Geld viel Nutzen zu erzielen, das ist der Stil der ÖVP.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Ich sehe die Schließfächer als Beitrag für die reife Generation, wenn sie in der Innenstadt unterwegs ist. Natürlich gibt es viele Herausforderungen.

Es herrscht Unruhe im Plenum.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Ich würde das jetzt nicht ins Lächerliche ziehen. Ich verwehre mich dagegen, wenn SPÖ-Mandatare das ins Lächerliche ziehen. Es gibt eben auch Menschen, die andere Anforderungen haben. Gerade von einigen Seniorinnen und Senioren, die in der Stadt unterwegs sind, ist dieser Vorschlag gekommen. Sie haben einen anderen Rhythmus. Sie würden sich wünschen, dass es solche Verwahrungsboxen gäbe, um dort ihre Einkäufe, Taschen oder Mitbringsel temporär unterbringen zu können. Ich glaube, dass das in Wahrheit eine kostengünstige Möglichkeit wäre, um an alle Generationen ein klares Signal für Familienfreundlichkeit zu senden.

Bürgermeister Manzenreiter:

Auch ich bin dafür, dass wir in der Innenstadt Schließfächer haben. Sie sollten nur, so wie im Atrio, von der Wirtschaft bezahlt werden. Das ist der Unterschied, den Herr Steinacher nicht zur Kenntnis nimmt. Ich darf Ihnen sagen, dass wir von allen österreichischen Städten am meisten Geld für die Innenstadt, das heißt, für Werbung und anderes, ausgeben. Das ist Geld, welches im Atrio von der Wirtschaft aufgebracht wird. Ich habe mir zum Fasching meine Gedanken gemacht. Es hat im Atrio ein Faschingsfest gegeben. Das ist vom Atrio durchgeführt und von den Unternehmern im Atrio bezahlt worden. In Villach stelle ich fest, dass zwar immer mehr ausländische Gruppen zum Karneval oder Fasching, den unsere Faschingsgilde mit monetär nicht zu vernachlässigender Unterstützung der Stadt organisiert, kommen, es aber Kaffeehäuser gibt, die an diesem Tag zusperren, weil sie sagen, dass sie sich ihr WC nicht verdrecken lassen wollen. Ebenso gibt es Geschäfte, die an diesem Tag zusperren. Es kommen zwar viele Teilnehmer aus dem Ausland, aber ich sehe gegenüber früher kaum noch Geschäfte, die beim Umzug vertreten sind.

Das ist eine Einladung an die Wirtschaft der Altstadt und die ÖVP, darüber nachzudenken, dass man scheinbar für einige Zeit in den letzten Jahren darauf vergessen hat, auch etwas zu machen, nachdem die Stadt alles gemacht hat. Es geht jetzt sogar schon so weit, dass, wenn es am Samstag Vormittag eine Tanzveranstaltung gibt, zu welcher über facebook oder das Internet eingeladen wird, die Organisation auch von unserer Richtung kommt, weil sonst niemand etwas macht. Meine Damen und Herren der ÖVP, Sie sollten die Wirtschaft der Innenstadt nicht so weit bringen, dass sie der Meinung ist, dass die Stadt für alles zuständig ist. Es müsste schon ein bisschen Initiative auch von der Wirtschaft kommen.

Ich habe die Schaufensteraktion mit einem relativ hohen Betrag gerne unterstützt, weil dafür auch von der Wirtschaft etwas Geld kommt. Zwar kommt das Geld von der Wirtschaftskammer, doch auch der Unternehmer muss selbst etwas dafür zahlen. Ich glaube, dass wir auch in der Innenstadt dazu übergehen sollten, nicht immer zu sagen, dass die Stadt etwas machen soll. Sie soll nur fördern, denn anders wird es nicht gehen. Die Schaufenster-Aktion ist eine Kooperation, die ich unterstütze. Es kann aber nicht sein, dass permanent Anträge kommen, dass die Stadt alles machen soll, und viele der Unternehmer lehnen sich zurück und sagen,

dass die ÖVP schon schauen wird, dass sie alles kostenlos bekommen. Da werden wir nicht mehr mitspielen. Wir brauchen Eigeninitiative in der Stadt.
Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 1 Stimme der Fraktion „Die Grünen Villach“ (Gemeinderat Mag. Burian), Gemeinderat Jabali-Adeh; gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 1 Stimme der Fraktion „Die Grünen Villach“ (Frau Gemeinderätin Schautzer), 1 Stimme der FPÖ-alt),

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat der Stadt Villach möge die zuständigen Magistratsabteilungen und Referenten mit der Errichtung von bedarfsorientierten Schließfachanlagen, gegebenenfalls auch mit Klimafunktion, in der Innenstadt beauftragen.

Pkt. 38.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Architektenwettbewerb zur besseren Einbindung des Drauradweges in die Villacher Innenstadt

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 31.7.2013.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Worum geht es in diesem Antrag? Es geht um die bessere Einbindung des Drauradweges in die Villacher Innenstadt, vor allem an dem Punkt, wo sich das Brautmodengeschäft befindet. Darunter gibt es das Draurastcafé. Es ist ein tolles Café, welches direkt an der Drau situiert ist. Unsere Vorstellung wäre, dass man städteplanerisch etwas gestaltet, das anspruchsvoller ist. Damit meine ich nicht das Café, denn dieses ist sehr gut, sondern grundsätzlich den Raum dort als solches, welchen man vielleicht mit diversen Ausweitungen und einer gewissen Symbolik im Sinne einer Willkommenskultur gestalten könnte. Man sollte hier wirklich einen markanten Punkt setzen, wo sowohl die Radfahrerinnen und Radfahrer als auch alle Passanten wirklich ganz klar die Innenstadt als guten Punkt erkennen und zum Verweilen eingeladen werden.

Ich möchte aber noch einen grundsätzlichen Gedanken aufgreifen. Das Wesentliche ist die Eigenverantwortung. Das ist das A und O. Können Sie sich noch daran erinnern, dass ich am Anfang der heutigen Sitzung gerade diese Kultur des Miteinanders auf Augenhöhe und des Nicht-Ins-Lächerliche-Ziehens angesprochen habe? Wenn man andere Meinungen, wie es in diesem Gemeinderat sehr oft gemacht wird, von einer Seite immer wieder hinunter dividiert und versucht, die Sache mit persönlichen Angriffen geringzuschätzen und immer nur etwas zu suchen, warum man dagegen sein kann, nimmt man vielen Leuten, zwar nicht im Gemeinderat, aber in der Bevölkerung die Freude. Diese sagen, dass in der Stadt eine Idee nicht umgesetzt werden kann, wenn man sie nicht mit jemandem bestimmten verfolgt. Deshalb gibt es viele Menschen, die schon für sich gesagt haben, dass Villach zwar in Ordnung und eine tolle Stadt ist, doch diese Art von Philosophie wollen sie nicht teilen. Wir müssen aber um alle Menschen kämpfen. Wir brauchen die Kreativen, die Jungen und die reife Generation. Wir brauchen alle, und sie sollen merken, dass hier eine Kultur des Miteinanders herrscht, wo man etwas zulässt und nicht von Haus aus sagt, dass man etwas nicht darf. Das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt.

Deswegen möchte ich auch ein Beispiel nennen, welches mir besonders gut gefallen hat. Wir befinden uns ja im Rathaus. Im Lokal „Per Du“ hat Doris, die Wirtin, eine tolle Geschichte initiiert. Sie hat auf facebook an einem Sonntagnachmittag Folgendes gepostet: Liebe facebook-Freunde, liebe Villacherinnen und Villacher, jeder, der heute ins Stadtkino geht – und sie hat das Programm dazu gepostet –, bekommt im Per Du unter Vorzeigen der Kinoeintrittskarte ein Getränk. Viel Spaß! Genießt diesen Tag! Das ist eine tolle eigenverantwortliche Kooperation. Davon brauchen wir viele Beispiele, und solchen Ideen müssen wir eine Bühne geben.

Wenn wir eine Kultur des Miteinanders haben, wo man solche Dinge wertschätzt und hebt, dann werden noch viele andere Ideen folgen, wie die Idee des City-Schaufensters. Viele andere Ideen werden noch sprießen, bei welchen es nicht um riesige Geldsummen geht, sondern darum, diese Dinge entsprechend zu würdigen. Daher ersuche ich Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt, Gemeinderat Jabali-Adeh),**

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat der Stadt Villach beschließt, dass ein Architektenwettbewerb durchgeführt wird mit der Zielsetzung, dass neue Gestaltungsvorschläge und Einbindungsvarianten des Drauradweges auf Höhe der Hauptbrücke in die Villacher Innenstadt ausgearbeitet werden unter der Vorgabe sowohl der optischen als auch städteplanerischen Aufwertung des Viertels rund um die Bahnhofstraße. Bei Vorliegen der finanziellen Mittel erfolgt dann die Umsetzung.

Pkt. 39.) Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend Erneuerung der veralteten Radabstellanlage am Abgang zur Drau und Schaffung einer neuen Fahrradabstellanlage in unmittelbarer Nähe der Markthalle

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ vom 5.12.2013, wie folgt:

Ich empfehle, diesem Antrag zuzustimmen, weil diese Erneuerung bereits in Umsetzung ist und im Budget so beschlossen wurde.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

folgendem Antrag die **Zustimmung** zu erteilen:

Die zuständigen Stellen sorgen für die Erneuerung des veralteten Radständers am Drauabgang und für die Schaffung einer ausreichenden und adäquaten Fahrradabstellanlage in der nächsten Umgebung der Markthalle.

Pkt. 40.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Bedarfserhebung und Errichtung Kinderspielplatz Vassach

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 31.7.2013.

Gemeinderat Dipl.-HTL-Ing. Struger, MSc, MBA:

Es geht in diesem Antrag um eine Bedarfserhebung zur Errichtung eines Kinderspielplatzes im Stadtteil Vassach. Es ist so, dass wir auf der einen Seite das Thema „Hermann-Mulde“ lang und breit diskutiert haben, auf der anderen Seite gibt es immer wieder die Diskussion, was die Pflicht eines Unternehmers einerseits ist und was Service beziehungsweise Erfüllungshilfe und Aufgabe der Stadt Villach andererseits bedeuten. Wir wünschen uns, bevor es überhaupt definitiv zu einem Bau kommt, dass man im Vorfeld direkt in diesem Stadtteil eine Bedarfserhebung durchführt und dann die Entscheidung für einen Kinderspielplatz in Vassach fällt.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Das Thema „Hermann-Mulde“ hat Gemeinderat Christian Struger bereits kurz angesprochen. Meine Frage wäre hier, ob man im zivilrechtlichen Weg schon versucht hat, eine Lösung herbeizuführen, um diesen Rodelhügel als solches zu bewahren. Wie ist es um diese Thematik bestellt?

Uns geht es beim gegenständlichen Antrag einfach darum, dass man diese Bedarfserhebung durchführt, um zu identifizieren, wo für diesen Stadtteil Notwendigkeiten bestehen. Auf dieser Grundlage soll die Entscheidung gefällt werden.

Vizebürgermeister Albel:

Die Antwort ist ganz einfach. Es gibt eine Prioritätenliste, die natürlich auch eine Bedarfserhebung beinhaltet. Diese hat Herr Stadtrat Sobe. Sie haben jetzt vor, ein Bild davon zu zeichnen, dass Sie von der ÖVP für Kinderspielplätze sind, aber genau das Gegenteil ist der Fall. Eines darf ich hier im Gemeinderat schon ganz klar sagen, und es ist ja heute auch noch Teil der Abstimmungen: Die ÖVP ist es, die sich immer gegen die Kinder stellt. Ich darf nur an Landskron erinnern, wo Kinder nicht mehr Fußballspielen dürfen, und ich darf auch an den Dinzlpark erinnern. Was passierte denn dort? Da hat sich die ÖVP auf die Seite der Villenbesitzer gestellt, die ein Spielverbot am Samstag und Sonntag fordern. Das hat die ÖVP auch mitgetragen. Deshalb kann ich nur sagen, dass Sie diesem Antrag nicht die Zustimmung erteilen sollen, weil es ohnehin eine Sache der Stadt ist, diese Bedarfserhebung und Prioritätenliste zu erstellen. Dazu brauchen wir keine ÖVP.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt, Gemeinderat Jabali-Adeh),**

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat der Stadt Villach beschließt, die zuständige Magistratsabteilung zu beauftragen, den Notwendigkeitsbedarf hinsichtlich der Errichtung eines Kinderspielplatzes in Vassach zu erheben und bei positiver Feststellung den Kinderspielplatz zu errichten.

Pkt. 41.) Grundübernahme in das Öffentliche Gut der Stadt Villach – Gst. 1249/2,
GB Maria Gail; Stadtbaumeister Josef Willroider GmbH

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 6.2.2014,
Zl.: 612/1 – 1815.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Der beiliegende Übergabevertrag, erstellt durch Herrn RA Dr. Bernhard Hundegger, hinsichtlich der Übernahme des Gst. 1249/2, GB Maria Gail, in das Öffentliche Gut der Stadt Villach, abgeschlossen zwischen der Stadtbaumeister Josef Willroider GmbH (FN 114855f), Willroiderstraße 13, 9500 Villach, und der Stadt Villach als Verwalterin des Öffentlichen Gutes, Rathausplatz 1, 9500 Villach, wird genehmigt.
2. Das Gst. 1249/2 SB (Ortsraum), Grundbuch 75429 Maria Gail, im Ausmaß von 931 m² wird dem Gemeingebrauch gewidmet (Öffentliches Gut) und gem. § 19 Abs. a) i.V.m. § 3 Abs. 1 Z. 5 des Kärntner Straßengesetzes zur Verbindungsstraße erklärt.

Pkt. 42.) Grundbereinigungen mit dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach – Untere Fellacher Straße; Josef Melcher

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 14.1.2014, Zl.: 612/1 – 1833.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Die Stadt Villach schließt auf Grundlage der Vermessungsurkunde der Stadt Villach, Vermessung und Geoinformation, vom 19.12.2013, Zl.: 1373-13, gemäß dem Muster, welches dem Amtsvortrag angeschlossen ist, mit dem nachstehend aufgelisteten Vertragspartner eine Vereinbarung über den unentgeltlichen Erwerb der angeführten Grundflächen:

Die Stadt Villach erwirbt von	Trennstück	aus Gst.	EZ KG	Fläche in m ²	Preis
Johann Melcher, geb. 17.6.1946, Untere Fellacher Straße 25, 9500 Villach	1	974	EZ 88 St. Martin	13	864,11
Johann Melcher, geb. 17.6.1946, Untere Fellacher Straße 25, 9500 Villach	2	1624/1	EZ 88 St. Martin	41	2.725,27

2. Die in der obigen Tabelle angeführten Trennstücke werden dem Gemeingebrauch gewidmet (Öffentliches Gut) und gem. § 19 lit. a) Kärntner Straßengesetz 1991 zur Verbindungsstraße i.S.d. § 3 Abs.1 Ziff.5 leg.cit. erklärt.
3. Da der Grunderwerb im Interesse der Stadt Villach liegt, werden die von Herrn Josef Melcher zu tragende Immobilienertragsteuern und die Honorargebühren (Rechtsvertreterkosten) für die Selbstberechnung der Immobilienertragsteuer von der Stadt Villach getragen.

Die Finanzierung der Honorargebühren für die Selbstberechnung der Immobilienertragsteuer erfolgt zu Lasten der VASSt. 5.6120.640000, die der Immobilienertragsteuer zu Lasten der VASSt. 5.6120.710000.

Pkt. 43.) Grundbereinigungen mit dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach –
Drei Mühlen Weg; Mag. Klaus Jürgen Gretschnig

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 4.2.2014,
Zl.: 612/1 – 1839.

Im Amtsvortrag auf Seite 2 in der 2. Tabelle ist die Grundstücksnummer falsch
angegeben. Statt 104/2 muss es richtig heißen: 1042/2.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Die Stadt Villach schließt auf Grundlage der Vermessungsurkunde der Stadt Villach, Vermessung und Geoinformation, vom 3.2.2014, Zl.: 1365-13, gemäß dem Muster, welches dem Amtsvortrag angeschlossen ist, mit dem nachstehend aufgelisteten Vertragspartner eine Vereinbarung über den unentgeltlichen und lastenfreien Erwerb von Grundflächen für das Öffentliche Gut und eine unentgeltliche und lastenfreie Übertragung von Grundflächen aus dem Öffentlichen Gut ab:

Die Stadt Villach übernimmt von	Trennstück	Gst.	EZ KG	Fläche in m ²	Preis
Mag. Klaus Jürgen Gretschnig, geb. 18.11.1952, Drei Mühlen Weg 23/1, 9580 Villach-Drobollach	3	729/5	EZ 259 Drobollach	101	990,81

Das in der obigen Tabelle angeführte Trennstück wird dem Gemeingebrauch gewidmet (Öffentliches Gut) und gem. § 19 lit. a) Kärntner Straßengesetz 1991 zur Verbindungsstraße i.S.d. § 3 Abs. 1 Ziff. 5 leg. cit. erklärt.

Die Stadt Villach tritt ab an	Trennstück	Gst.	EZ KG	Fläche in m ²	Preis
Mag. Klaus Jürgen Gretschnig, geb. 18.11.1952, Drei Mühlen Weg 23/1, 9580 Villach-Drobollach	1	1042/2	EZ 156	34	333,54
	2	1042/2	Drobollach	73	716,13

Die in der obigen Tabelle angeführten Trennstücke werden gem. § 19 lit c) Kärntner Straßengesetz 1991 als Gemeindestraße aufgelassen, und hinsichtlich dieser Grundflächen wird die Widmung als öffentliches Gut aufgehoben.

2. Da die Grundbereinigung im Interesse der Stadt Villach liegt, werden die von Herrn Mag. Klaus Jürgen Gretschnig zu tragende Immobilienertragsteuern und die Honorargebühren (Rechtsvertreterkosten) für die Selbstberechnung der Immobilienertragsteuer von der Stadt Villach getragen.

Die Finanzierung der Honorargebühren für die Selbstberechnung der Immobilienertragsteuer erfolgt zu Lasten der VASSt. 5.6120.640000, die der Immobilienertragssteuer zu Lasten der VASSt. 5.6120.710000.

Pkt. 44.) Grundverkauf aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach – Seeblickstraße; Rotraut Beams, Johann Anderwald

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 30.1.2014, Zl.: 612/1 – 1835.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Der beiliegende Kaufvertrag, erstellt durch den öffentlichen Notar Dr. Alfred Fitzek, über den Verkauf öffentlicher Grundflächen an der Seeblickstraße in Drobollach, abgeschlossen zwischen Frau Rotraut Beams, geb. 6.4.1935, Cosse, 16480 Brossac, Chadente, Frankreich, und Herrn Johann Anderwald, geb. 24.1.1945, Parcourweg 3, 9581 Ledenitzen, als gemeinsame Käufer sowie der Stadt Villach als Verwalterin des Öffentlichen Gutes, Rathausplatz 1, 9500 Villach, wird genehmigt.
2. Das Gst. 1030/8 Garten SB (Straßen) EZ 156, Grundbuch 75409 Drobollach, im Ausmaß von 108 m² wird gem. § 19 Abs. c) des Kärntner Straßengesetzes als Gemeindestraße aufgelassen, und hinsichtlich dieser Grundfläche wird die Widmung als Öffentliches Gut aufgehoben.
3. Die Einnahme aus dem Grundverkauf wird der VSt. 6.6120.001000 gutgeschrieben, die Finanzierung der Honorargebühren für die Selbstberechnung der Immobilienertragsteuer erfolgt zu Lasten der VSt. 5.6120.640000, die der Immobilienertragssteuer zu Lasten der VSt. 5.6120.710000.

Pkt. 45.) Grundverkauf aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Villach – Egger Teich Abfluss; Manfred Abson, Barbara Stubinger, Gerhard Moser, Dr. Wolfgang Trattner, Christine Medwed, Maximilian Medwed

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 3.2.2014, Zl.: 612/1 – 1770.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

1. Der beiliegende Kauf- und Dienstbarkeitsvertragsentwurf vom 6.12.2013, Zl.: GG4-50/06/12/Dr.Fu/K abgeschlossen zwischen der Stadt Villach als Verwalterin des Öffentlichen Gutes, Rathausplatz 1, 9500 Villach, und Herrn Manfred Abson, geb. 10.10.1967, bzw. Frau Barbara Stubinger, geb. 18.10.1969, beide wohnhaft Am Waldrain 1, 9500 Villach, als gemeinsame Käufer, wird genehmigt.
2. Der beiliegende Kauf- und Dienstbarkeitsvertragsentwurf vom 6.12.2013, Zl.: GG4-50/05/12/Dr.Fu/K, abgeschlossen zwischen der Stadt Villach als Verwalterin des Öffentlichen Gutes Rathausplatz 1, 9500 Villach, und Herrn Gerhard Moser, geb. 24.12.1960, Am Waldrain 1, 9500 Villach, wird genehmigt.
3. Der beiliegende Kauf- und Dienstbarkeitsvertragsentwurf vom 6.12.2013, Zl.: GG4-50/04/12/Dr.Fu/K, abgeschlossen zwischen der Stadt Villach als Verwalterin des Öffentlichen Gutes Rathausplatz 1, 9500 Villach, und Herrn Dr. Wolfgang Trattner, geb. 10.11.1947, Am Waldrain 3b, 9500 Villach, wird genehmigt.
4. Der beiliegende Kauf- und Dienstbarkeitsvertragsentwurf vom 6.12.2013, Zl.: GG4-50/03/12/Dr.Fu/K, abgeschlossen zwischen der Stadt Villach als Verwalterin des Öffentlichen Gutes, Rathausplatz 1, 9500 Villach, und Frau Christine Medwed, geb. 11.1.1942, bzw. Herrn Maximilian Medwed, geb. 27.2.1940, beide wohnhaft Teichweg 8, 9500 Villach, als gemeinsame Käufer, wird genehmigt.
5. Unter Bezug auf die Vermessungsurkunde des Magistrates Villach, Vermessung und Geoinformation, vom 2.9.2013, Zl.: 1341-12, werden das durch Teilung des Gst. 729/11, Bfl. (Geb.) Gewässer (fliess) SB (Straßenanlage), EZ 1543, Grundbuch 75455 Völkendorf, gebildete Trennstück 2 im Ausmaß von 43 m², das Trennstück 4 im Ausmaß von 33 m², das Trennstück 5 im Ausmaß von 52 m² und das neu begrenzte Gst. 729/11, Grundbuch 75455 Völkendorf, im Ausmaß von 61 m² jeweils gem. § 19 Abs. c) des Kärntner Straßengesetzes als Gemeindestraße aufgelassen, und hinsichtlich dieser Grundflächen wird die Widmung als Öffentliches Gut auf-

gehoben.

6. Die Einnahmen aus den Grundverkäufen werden der VSt. 6.6120.001000 gutgeschrieben. Die Finanzierung der Honorargebühren für die Selbstberechnung der Immobilienertragsteuer erfolgt zu Lasten der VSt. 5.6120.640000, die der Immobilienertragssteuer zu Lasten der VSt. 5.6120.710000.

Pkt. 46.) Änderung des Flächenwidmungsplanes, Grundstücke 523/1, 523/2, 525/1, .45/2 (alle teilweise) und 523/3, KG Völkendorf; Johann Kreschischnig

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Stadt- und Verkehrsplanung vom 3.9.2012, Zl.: 10/24/11 RaK/Do, wie folgt:

Hier kommen wir zu einem Antrag, der leider auch mehrmals medial aus dem Gruselkabinett der ÖVP gekommen ist, indem sie mit einer Fehlinformation und Tricks agiert hat. Es geht um eine Flächenwidmung, wie wir sie hunderte Male im Jahr in der Stadt Villach durchführen. Es geht um einen Beschluss, wie wir ihn hunderte Male im Gemeinderat fassen. Ich bitte darum, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Die einzige Person, die zu diesem Tagesordnungspunkt Fehlinformation verbreitet, ist der Widmungs- und Baureferent Günther Albel. Vor kurzem war eine Fotomontage in der Kleinen Zeitung zu sehen. Diese Fotomontage scheint von Günther Albel zu stammen. Ich weiß nicht, welche Ziele er mit dieser Widmung verfolgt. Das gilt auch für Bürgermeister Manzenreiter. Das weiß ich zwar nicht, kann es aber erahnen. Ich werde dazu aber logischerweise nicht öffentlich Stellung nehmen. Der einzige, der Fehlinformationen verbreitet, das heißt, die Bevölkerung falsch informiert, ist Günther Albel. Er behauptet nämlich, dass es sich nur um eine ganz klitzekleine Fläche handelt, die so einfach gewidmet werden soll.

Ich komme kurz zur Chronologie: Mir ist schon bewusst, und ich orte, dass meine Worte bei der Mehrheit des Gemeinderates kein Umdenken bewirken werden, aber mir ist es wichtig, dass diese Worte und diese Kritik auch für die „Nachwelt“ im Protokoll enthalten sind. Zur Chronologie: Im Jahr 1999 wurde rund um das St. Johanner Kircherle eine Grundfläche vom jetzigen Widmungswerber, wobei, wenn man ganz exakt ist, dessen Tochter schon die Eigentümerin ist, erworben. Aus meiner Sicht hätte damals Johann Kreschischnig diese Widmung gar nicht erhalten können. Das ist das Eine, was mir sehr sauer aufstößt und was meines Erachtens bereits damals in der Grundverkehrskommission rechtlich und politisch nicht sauber war. Es wurden einige Grundstücke gewidmet. Wäre ich damals Gemeinderat gewesen, wäre ich sicher dagegen gewesen. So viel steht fest. Jetzt soll es eine weitere Widmung geben. Widmungen sind eine höchst politische Entscheidung, daher werde ich diese Entscheidung, die heute gefällt wird, als Demokrat akzeptieren müssen. Es ist eine politische Entscheidung, und ausschließlich der Gemeinderat in Villach wird darüber befinden.

Unsere Fraktion ist erstens deswegen dagegen, weil wir in Villach kaum solche – ich weiß jetzt nicht, was die Mehrzahl von Kleinod ist – Kleinode haben. Da wird aus meiner Sicht unwiederbringlich Grünlandfläche umgewidmet. Am freien Markt gehen diese Grundstücke im Minutentakt weg. Das ist ganz klar. Diese Grundstücke haben einen bestimmten Marktwert. So ist der Quadratmeter plötzlich

300,00 bis 400,00 Euro wert. Wir können davon ausgehen, dass, wenn wir etwas widmen, dort auch zu hundert Prozent gebaut wird. Das zweite Argument, warum ich beziehungsweise wir dagegen sind, ist Folgendes: Wir wollen nicht, dass es für die gegenständliche Fläche noch zusätzliche Widmungen gibt.

Meines Erachtens geht es hier nicht um eine kleine Fläche. Es ist natürlich eine Definitionsfrage, was klein und was groß ist. Es geht insgesamt um 3.000 Quadratmeter, die vorher Grünland sind und die nach dieser Entscheidung im Gemeinderat nicht mehr Grünland, sondern Bauland sind. 3.000 Quadratmeter sind eine gewaltige Fläche. Ich rechne wie folgt: Der Quadratmeter Grünland beläuft sich auf 20,00 Euro. 60.000,00 Euro ist das Grundstück vorher wert, und nach der Widmung sind 3.000 Quadratmeter á 400,00 Euro 1,2 Millionen Euro wert. Es geht hier nicht um eine kleine Fläche, wie die eben genannten Summen darstellen. Auch wenn ich eine Schwankungsbreite von 30 Prozent weniger einplane, ergibt es trotzdem noch eine hohe Summe. Aus unserer Sicht besteht keine Notwendigkeit, dieses Kleinod durch eine Widmung zu belasten, um dort Bauten zu ermöglichen.

Das ist der ganz einfache Grund, warum die ÖVP bereits vor eineinhalb Jahren gesagt hat, dass sie gegen diese Widmung ist. Damals hat es Gott sei Dank eine Mehrheit dagegen gegeben, bis auf die SPÖ, die gesagt hat, dass sie diese Widmung vornehmen will. Alle restlichen Fraktionen haben dazu Nein gesagt. Daher hat Günther Albel diesen Punkt damals von der Tagesordnung genommen und gesagt, dass er darauf wartet, bis in der ÖVP vernünftiger Köpfe am Wirken sind. Im Protokoll kann man es ja nachlesen. Das ist ja sehr bezeichnend. Er hat heute zwar eine grüne Hose an, aber für das St. Johanner Kircherle hat er nichts übrig, wie man sieht. Ich kann nur noch einmal dringend appellieren: Überlegen wir es uns für hinkünftige Generationen ganz gut! Diese Fläche soll nicht gewidmet werden. Bitte keine Widmung! Ich bitte darum, dagegen zu sein!

Gemeinderat Mag. Burian:

Es gibt, glaube ich, wenige Orte in Villach, die von der Widmung her so sensibel sind wie der Bereich um das St. Johanner Kircherl. Deswegen muss man hier sehr vorsichtig sein. Mir scheint das Argument des Kollegen Steinacher bezüglich der Grundverkehrskommission schon einiges für sich zu haben. Wenn jemand eine Landwirtschaft betreibt und dort in der Nähe wohnt, braucht er die Fläche eher als jemand, der zehn oder 20 Kilometer weit weg wohnt. Das ist für mich fragwürdig.

Das Zweite, das ich sagen wollte, ist, dass ich dieser Umwidmung einfach nicht zustimmen kann. Diese würde meiner Meinung nach einen Eingriff darstellen. Es gibt jetzt eine relativ geschlossene Baugrenze, die ziemlich erweitert werden würde. Sie würde auch das Sichtfeld vom Kircherl aus ziemlich beeinträchtigen. Da bin ich mir hundertprozentig sicher, Herr Bürgermeister. Wenn das Gebiet umgewidmet wird, gilt dort der textliche Bebauungsplan, der eine zweieinhalbgeschossige Bebauung erlaubt. Das ist eine massive Störung des Sichtfelds vom St. Johanner Kircherl aus. Das ist einer der wichtigen Gründe, warum ich dagegen bin.

Dass der Herr Vizebürgermeister auch seine Gründe hat, verstehe ich. Das sind natürlich Argumente, die auch zu berücksichtigen sind. Dass es ein Entwicklungskonzept gibt und dieser Bereich ein Aufschließungsgebiet für das Entwicklungskonzept ist, hat auch seine Gründe. Trotzdem kann ich auf keinen Fall zustimmen. Ich finde es schade, dass dieses Gebiet im Entwicklungskonzept enthalten ist. Ich war damals nicht im Gemeinderat. Wenn die Grünen damals zugestimmt haben, ist es ein Fehler gewesen. Diesen Fehler könnte man eigentlich wieder gutmachen. Man könnte ihn jetzt noch gutmachen. Ich verstehe nicht, warum die FPÖ jetzt umfällt. Vielleicht gibt es Insider, die gewisse Gründe dafür kennen. Ich verstehe es eigentlich nicht so ganz. Ich finde es sehr bedauerlich, dass die FPÖ diesbezüglich umfällt. Deswegen tut es mir um dieses Gebiet leid.

Gemeinderat Ing. Woschitz:

Ich habe selbst mit den Mitgliedern des Planungsausschusses an einer Bereisung teilgenommen. Wir haben eine Besichtigung dieses Grundstückes vorgenommen und uns selbst davon überzeugt, inwieweit in diesem sensiblen Gebiet, und diesbezüglich gebe ich Ihnen, Herr Burian, Recht, eine Bebauung möglich ist. Ich möchte zuerst erwähnen, dass dieses Gebiet im Entwicklungskonzept, wie es Herr Gemeinderat Burian gesagt hat, als Bauland ausgewiesen ist. Das heißt, dass der Widmungswerber auch damit rechnen kann, dass dieses Grundstück auch in seinem Sinne umgewidmet werden kann. Jedenfalls sollen sich die Bürger unserer Meinung nach darauf verlassen können, dass, wenn ein rechtskräftiges Entwicklungskonzept vorliegt, auch in diesem Sinne umgewidmet wird.

Was Sie betreiben, liebe Mitglieder der ÖVP, ist eine Willkür an einem Bürger, wie Sie das in diesem konkreten Fall ausüben. Aus Sicht der SPÖ ist eine Bebauung selbstverständlich vertretbar, weil es hier nicht um eine Erweiterung der Bauzone geht, sondern um eine Schließung der Lücke. Wenn man die Gerade durchzieht, dann ist diese Lücke geschlossen, und das stört nicht. Sie haben gemeint, dass die Sicht auf das Kircherl gestört wird.

Gemeinderat Ing. Woschitz auf einen Zuruf:

Die Sicht vom Kircherl? Haben Sie sich die Geländebeziehungen dort angeschaut, wie weit der Bereich tiefer liegt? Aus unserer Sicht ist die Widmung dieses Grundstückes klar. Deshalb ist die SPÖ auch für diesen Antrag.

Gemeinderat Schick:

Wir vom Freiheitlichen Gemeinderatsklub haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht und probiert, eine objektive Beurteilung zu treffen. Ich weiß nicht, ob die ÖVP-Fraktion vielleicht einmal jemanden aus der Abteilung, sprich: einen Fachbeamten, zu sich eingeladen hat oder einmal vor Ort gewesen ist oder nur aus reiner Emotion heraus agiert und dagegen Stimmung macht. Ich verstehe es sowieso nicht, warum sie gegen den eigenen Parteifreund ein solches Theater machen. Ich darf an dieser Stelle vielleicht schon die bescheidene Frage an alle hier im Gemeinderat stellen: Was würde passieren, wenn es jemanden aus der eigenen Familie betreffen würde? Es ist vorher vom Kollegen Woschitz angesprochen worden, dass 2002 das Örtliche Entwicklungskonzept von allen beschlossen

wurde, auch von Schwarz und Grün. Alle, die heute dagegen sind, haben damals zugestimmt.

Es ist auf dem Plan schwer ersichtlich, weil ich damit hier am Rednerpult stehe, doch auf diesem Plan ist eine rot markierte Linie mit Dreiecken eingezeichnet. Das ist ein so genanntes Siedlungsgrenze-Ortsbild. Das heißt nichts anderes, als dass dort über die Linie hinaus nicht gebaut werden darf. Die Befürchtungen, dass dort in Zukunft weitere Widmungen in Richtung Kircherle stattfinden könnten oder würden, sind umsonst. Das ist sozusagen ein Schuss ins Ofenloch, weil das Örtliche Entwicklungskonzept in der nächsten Zeit beschlossen werden wird. Es ist in Ausarbeitung. Jeder Gemeinderat hat die Möglichkeit, während der Ausarbeitung aktiv dabei zu sein und Einsicht zu nehmen.

Meine persönliche Anregung an den Planungsreferenten ist auch in einem Gespräch gewesen, dass der Planungsausschuss an mindestens drei bis fünf Terminen zu jeweils zwei bis vier Stunden – je nach Informationsfluss – die Möglichkeit bekommt, an der Entwicklung dieses Konzeptes mitzuwirken. Ich selbst befasse mich auch nicht jeden Tag damit, sondern nur, wenn mich Widmungen interessieren. Wenn man so eine Legende liest und nicht täglich damit zu tun hat, muss man sich schon einlesen oder Gedanken darüber machen, damit man mit diesen Strichen und Punkten überhaupt zurechtkommt.

Es wird in diesem Fall mit zweierlei Maß gemessen. Würde der Widmungswerber, dem eigentlich der Anspruch laut Örtlichem Entwicklungskonzept zusteht, Seppi Leitner und nicht Kreschischnig heißen, glaube ich nicht, dass diese Diskussion im Vorfeld medial und öffentlich beziehungsweise heute im Gemeinderat so ausführlich und intensiv geführt worden wäre.

Zum Thema „Umfallen“, Herr Burian, darf ich sagen, dass das wirklich nicht der Fall ist. Wir haben bei allen Beschlüssen von Anfang an mitgestimmt. Wir haben uns jetzt vor dieser Entscheidung im Gemeinderat noch einmal die ganze Woche über mit diesem Thema befasst. Das ist Tatsache. Daher sage ich, dass es anderen gegenüber unfair ist, jetzt mit zweierlei Maß zu messen. Ich verstehe das Hickhack nicht, welches die ÖVP mit eigenen Parteifreunden betreibt. Als Markus Steinacher gemeint hat, dass er im Jahr 1999 nicht mitgestimmt hätte, sind in meinem Kopf Bilder davon abgelaufen, was Herr Kreschischnig vielleicht mit ihm gemacht hätte.

Gemeinderat Mag. Burian:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Schick, Sie haben natürlich Recht. Anscheinend ist es unfair. Es gibt für alles Argumente. In Wirklichkeit ist es doch so einfach: Man geht hin, schaut sich das Ganze vor Ort an und spürt, dass eine Umwidmung nicht gut ist. Jemand, der ein reines Gewissen hat, spürt das und sagt, dass das keine vernünftige Geschichte ist. Ich sage es so: Kein Bürger dieser Stadt hat ein Recht auf Umwidmung. Das steht nirgendwo. Es hat niemand ein Recht auf Gewinne. Es hat niemand ein Recht darauf, Umwidmungsverluste abgegolten zu bekommen oder sonst irgendetwas. Von daher hätte der Besitzer dieser Liegenschaft jederzeit das Recht, den Rechtsweg zu beschreiten. Er braucht nur ein Be-

hördenverfahren einleiten und kann bis zum Verwaltungsgerichtshof gehen. Die Kompetenz der Stadt ist es zu widmen. Ich glaube nicht, dass der Verwaltungsgerichtshof sagt, dass die Stadt das nicht darf. Das zweite ist, dass eine Stadt auch sagen kann, dass sie einen Fehler einsieht. Es gibt keinen Anspruch auf Umwidmung. Ich habe das als Fehler gesehen, und ich möchte diesen Fehler wieder korrigieren, und diese Möglichkeit hätte die Stadt. Eigentlich würde ich mir wünschen, dass die Stadt diesen Beschluss fasst.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Was Herr Kreschischnig im Jahr 1999 gesagt hätte oder nicht, ist mir wirklich egal. Mir geht es darum, dass unsere Ansicht ein für alle Mal klar gestellt ist.

Gemeinderat Mag. Steinacher auf einen Zuruf von Gemeinderat Fritz:

Ich glaube, Herr Fritz ist müde. Doch das Thema ist zu wichtig, als dass es schon ein Ende der Debatte gibt. Denk einmal bitte darüber nach, was du sagst. Du hast jetzt keine dringenden Geschäfte in Südchina zu erledigen. Du hast schon zwei Stunden Zeit. Du kannst ja gehen, wenn du nicht zwei Stunden Zeit hast.

Es herrscht Unruhe im Plenum.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Jedenfalls hat ein Gemeinderat gesagt, dass, wäre da nicht dieser Widmungswerber oder würde der Widmungswerber Melcher heißen, würde das kein Thema sein. Nein, ich sage, das ist falsch! Ginge es nicht um das St. Johanner Kircherle, dann wäre es vielleicht etwas anderes. Ich sage es noch einmal: Es ist ein Kleinod in Villach, welches eine Einzigartigkeit darstellt. Darum geht es. Es ist eine Einzigartigkeit.

Gemeinderat Mag. Steinacher auf einen Zuruf:

Das stimmt nicht. Das Kircherl ist ein Kleinod.

Bürgermeister Manzenreiter in einem Zwischenruf:

Aber das wird nicht bedroht!

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Aber selbstverständlich, wenn dort zusätzliche Bauten dazu kommen! Ich sage es noch einmal: Es ist ein Kleinod, und Herwig Burian hat vollkommen richtig gesagt, dass es keinen Rechtsanspruch auf Widmung gibt – Punkt eins. Punkt zwei: Wenn man beim Kircherl steht, spürt man, dass diese Entscheidung, wie ich vermute, dass sie ausgehen wird, nicht richtig ist.

Gemeinderat Dipl.-HTL-Ing. Struger, MSc, MBA:

Ich möchte nur etwas richtig stellen: Ich bin selbst Mitglied im Planungsausschuss, und es ist nicht richtig, dass keiner von uns beim Kircherl war. Wir waren

nämlich gemeinsam mit dem Planungsausschuss und der Fraktion dort, und wir haben darüber auch geredet. Ich darf Herrn Professor Burian ebenfalls Recht geben. Wenn man dort oben steht, hat man sogar das Gefühl, dass die Häuserreihe, die man parallel zu der Straße sieht, in der bestehenden Form heute auch nicht mehr gewidmet werden würde. Wenn man das Ganze duplizieren würde, das heißt, einen Stock höher bauen lässt und eine Reihe weiter, dann passt das Bild dort einfach nicht mehr. Das ist definitiv keine Bewertung auf Grund einer persönlichen Geschichte. Sondern es ist einfach so, dass man es sich ansehen muss, wenn man hier darüber entscheiden soll. Erst wenn man es gesehen hat, kann man es bewerten, und nur wenn man es bewerten kann, kann man hier darüber richtig abstimmen.

Gemeinderat Pfeiler:

Es ist mir wirklich ein Bedürfnis, zu diesem Thema eine Wortmeldung abzugeben. Ich bin seit 1987 im Gemeinderat, zuerst Ersatz-Gemeinderat, dann lange Zeit auch für die Stadtplanung zuständig und damals politisch Verantwortlicher für die Erstellung des Flächenwidmungsplanes beziehungsweise des Örtlichen Entwicklungskonzeptes. Zum Ersten möchte ich feststellen, dass es für Gemeinderäte, die schon lange hier im Gemeinderat vertreten sind und angeblich auch juristische Bildung haben, beschämend ist, wenn man die Entscheidungen der Grundverkehrskommission mit einem Flächenwidmungsverfahren verwechselt. Das eine hat mit dem anderen Null zu tun, also überhaupt nichts. Das Zweite, das ich sagen will, betrifft das, was mein Vorredner, Gemeinderat Steinacher, gesagt hat. Er hat das Kircherl in Gefahr gesehen. Das ist eine dezidierte Fehlinformation, die darauf baut, hier sachlich begründete Entscheidungen emotional zu torpedieren.

Warum ich mich zu Wort melde, ist eine ganz einfache Geschichte. Wenn wir der Argumentation der ÖVP folgen, und ich werde darauf noch eingehen, dann rütteln wir an den Grundfesten der Verlässlichkeit des Gemeinderates und der Verwaltung. In all diesen Fällen in der Vergangenheit haben wir das nicht gehabt. Es gibt keinen Rechtsanspruch, wobei das auch strittig sein kann. Wenn jemand nachweisen kann, dass etwas in allen anderen Fällen möglich war, kann er sich das Recht erstreiten. Das haben wir gar nicht notwendig. Das, was wir hier erleben und in den letzten Jahren zu diesem Thema gehört haben, ist für mich eines der unwürdigsten und grausamsten Spielchen der ÖVP. Bedauerlicherweise gehen aus emotionalen Gründen auch die Grünen dieser Argumentation auf dem Leim.

Ich werde sachlich versuchen zu erklären, worum es hier geht. Meine Vorredner haben das zum Teil schon getan. Wir haben im Gemeinderat mit gutem Grund dort eine Bauland-Linie festgelegt. Diese Bauland-Linie stellt sicher, dass über diesen Bereich hinaus nicht gebaut werden darf und somit der Bereich des Kircherls durch die topografische Erhebung geschützt bleibt. Es ist ein Naturraum mit durchgezogener Grünfläche. Das heißt, diese ist unantastbar. Man versucht von Seiten der ÖVP wegzuwischen, dass es das gibt. Das Kircherle ist nie in Gefahr. Wenn dort einvernehmlich mit gutem Grund in langen Diskussionen eine Baulandlinie festgelegt wird, und diese Flächenwidmung liegt innerhalb dieser Baulandlinie, ist diese Flächenwidmung nach dem Gemeindegesetz, das wir uns selbst auferlegt haben, möglich. Das war keine falsche Entscheidung. Dem möchte ich

deutlich widersprechen, denn der bebaute Gürtel am Fuße des St. Johanner Kircherls wurde als Baulandgrenze festgelegt. Jeder, der behauptet, dass damit das Kircherl in Gefahr gerät, kennt sich entweder nicht aus, oder – und das, glaube ich, ist hier eher der Fall – versucht, den Gemeinderat durch Desinformationen für seine Interessen einzuspannen und dafür zu missbrauchen, einen innerparteilichen Konflikt in der ÖVP zu lösen.

Es ist für mich beschämend, dass eine Partei einen langjährigen Mandatar, der mit der jetzigen Führung inhaltlich nicht immer einer Meinung ist, nämlich den verdienten Kommerzialrat Ökonomierat Kreschischnig, auf diese Art und Weise verfolgt. Jeder andere würde diese Widmung unter diesen Voraussetzungen in Villach anstandslos bekommen. Hier wird versucht, einem, der in der ÖVP unliebsam geworden ist, weil er offen Kritik geäußert hat, Schaden zuzufügen und ihn mundtot zu machen. Dafür sollte sich der Gemeinderat nicht missbrauchen lassen. Die ÖVP soll ihre innerparteilichen Geschichten selbst regeln. Dazu ist der Gemeinderat ein zu hohes und ernstzunehmendes Gremium.

Für jeden Bürger der Stadt Villach, ob er jetzt Rechtsanspruch hat oder nicht, denn das ist egal, gilt der Gleichheitsgrundsatz. In jedem dieser Fälle hätten wir einer Widmung zugestimmt. Die ÖVP arbeitet hier mit Verunsicherung und Falschinformation, denn das war gerade jetzt wieder der Fall, als Gemeinderat Steinacher gesagt hat, dass das Kircherl in Gefahr sei. Davon ist überhaupt keine Rede. Dort gibt es eine, auch mit deiner Stimme, Herr Gemeinderat Steinacher, festgelegte Baulandlinie. Wenn ein Bürger, der heißen mag, wie er will, kommt, und innerhalb dieser Baulandlinie eine Baulandwidmung haben will, hätten wir ihm diese auf jeden Fall gegeben.

Das ist wirklich eine beschämende, traurige Geschichte. Es ist auch schade, dass so viele der Argumentation, die ausdrücklich auf Rache gegen einen unliebsam gewordenen Parteifreund ausgerichtet ist, folgen. In Wirklichkeit geht es um den Gleichheitsgrundsatz. Ich bin überzeugt davon, auch wenn ich es nicht darauf ankommen lasse, dass er, wenn er eine entsprechende Klage nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz einbringt, die gewünschte Widmung auch bekommt. Das haben wir nicht notwendig. Bitte, treibt eure grausamen Spielchen nicht auf dem Rücken des gesamten Gemeinderates! Diskutiert es unter euch aus! Verfolgt, wen ihr wollt, aber lasst den Gemeinderat als verlässlichen Partner der Bevölkerung bestehen!

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich möchte mich dazu auch äußern. Eines der am meisten gehörten Argumente, warum Unternehmer und Menschen in unserer Stadt investieren und in unsere Stadt kommen, ist, dass sie sagen, dass man sich auf die politischen Entscheidungsträger und die fachlichen Maßnahmen, die hier gesetzt werden, verlassen kann. Es haben sich schon viele darauf verlassen können. Das ist auch die Wertschätzung, die wir auf diesem Gebiet haben. Wir sollten unsere Haltung nicht ändern, nur weil es parteiinterne Interessen in der ÖVP gibt und dort scheinbar Rachegeanken vorhanden sind.

Fragen Sie sich, meine Damen und Herren der ÖVP, warum zwei an und für sich sehr vernünftige Gemeinderäte heute nicht nur nicht da sind, sondern auch allen sagen, die es wissen und hören oder nicht hören wollen, dass sie nicht zur Sitzung kommen, weil sie hier mitstimmen müssten, wo es sich doch um eine Verfolgung eines Kollegen oder Gemeinderates handelt!

Bürgermeister Manzenreiter auf einen Zuruf:

Jetzt lassen Sie mich ausreden!

Gemeinderat Mag. Steinacher in einem Zwischenruf:

Haben Sie 1999 gewusst, dass dieses Grundstück umgewidmet wird?

Bürgermeister Manzenreiter:

Was hat das damit zu tun? Wir haben 1999 alle Voraussetzungen geschaffen. Sie verstehen das nicht: Lassen Sie mich doch einmal ausreden! Wir haben 1999 die Voraussetzungen dafür geschaffen, ohne dass Herr Kreschischnig dort Eigentümer war, dass die gegenständliche Fläche gewidmet werden kann. Es ist eine Absichtserklärung beschlossen worden, als Herr Kreschischnig dort noch gar kein Eigentümer war. Sie verstehen diese Sache falsch oder wollen sie, wie beim Kongresshotel, den Bürgern einfach falsch erzählen.

Bürgermeister Manzenreiter auf einen Zuruf von Gemeinderat Mag. Steinacher:

Ich gebe Ihnen gerne ein Privatissimum in diesen Fragen, aber lassen Sie mich hier doch einmal ausreden! Richard Pfeiler, der vielleicht mehr Zeit hat als ich, gibt Ihnen einmal eine Stunde, damit Sie die Grundsätze kennen. Es geht ausschließlich darum, dass wir beschlossen haben, dass es dort die Widmung „Bauland“ gibt, und dann kann ein Grundstück entsprechend gewidmet werden. Das ist die Situation. Mir geht es wirklich darum, dass die Spruchpraxis des Gemeinderates für den Bürger berechenbar ist. Herr Gemeinderat Burian kann der Meinung sein, dass der Beschluss des Gemeinderates damals ein Fehler war oder nicht. Es ist so. Wir müssen dazu stehen, wenn wir jemanden sagen, dass, wenn er ein Grundstück kauft, das innerhalb dieser Linie liegt, er dann auch die Möglichkeit haben muss, dass er dieses Grundstück auch verwerten kann, wie immer derjenige auch heißt.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas, meine Damen und Herren der ÖVP: Natürlich gibt es einen enormen Widmungsvorteil, aber den haben auch auf der Fellach ganz bekannte Leute gehabt, wo ein Grundstück 30,00 Schilling wert war. Dann hat die Firma Hofer dort gebaut, und der Quadratmeter hat 2.000,00 Schilling gekostet. Mit diesen Dingen leben wir. Deshalb ist die SPÖ auch der Meinung, dass dieser Widmungsvorteil oder Widmungszugewinn mit 40 Prozent abgeschöpft werden soll, damit wir nicht die Straßen auf Kosten des Arbeiters, der Steuern zahlt, bauen müssen, der Widmungsvorteil jedoch beim Grundeigentümer bleibt. Das ist eine gesellschaftspolitische Frage.

Wenn es nach der SPÖ gehen würde, müsste Herr Kreschischnig 40 Prozent des Widmungsvorteiles bei der Gemeinde abliefern, und wir würden Straßen bauen und Laternen aufstellen. Ich verrate Ihnen, wer immer dagegen war. Sie erahnen

es wahrscheinlich. Es war Ihre Partei, die immer gesagt hat, dass die Bauern unser Klientel sind, und es daher keine Abschöpfung des Widmungsvorteiles gibt. Das gibt es in Bayern und Südtirol. Das gibt es überall, nur bei uns ist es nicht möglich, weil die ÖVP dagegen ist. Sie haben das Neidgefühl der Menschen angesprochen. Ich habe keinen Neid, aber es ist ungerecht, dass andere, die vielleicht irgendwo im 8. Stock in einer Sozialwohnung wohnen, Aufschließungskosten bezahlen müssen. Mit dem Steuergeld dieses Bürgers wird dann dort die Straße gebaut. Den Widmungsvorteil im Ausmaß von mehreren zig oder Hunderttausenden Euro kann der Grundbesitzer einstecken. Einen Widmungsvorteil hat er unbestritten, ob das nun mit Geschick zu tun hat, mit Information oder sonst etwas. Den hätte aber jeder andere auch, nicht nur Herr Kreschischnig. Also kämpfen Sie mit uns dafür, dass der Widmungsvorteil oder Zugewinn für Infrastrukturmaßnahmen in der Stadt abgeschöpft werden kann! Das ist der erste Punkt.

Die zweite Frage ist: Bleiben wir bei der Verlässlichkeit und Berechenbarkeit dessen, was wir tun? Das Dritte ist: Ich kann Ihnen nur sagen, dass Sie heute auch dadurch demaskiert worden sind, welchen Standpunkt Sie in der Kongresshotelfrage vertreten.

Bürgermeister Manzenreiter auf einen Zuruf:

Denken Sie doch, was Sie behauptet haben, nämlich, dass jemandem zwei Millionen Euro zugeschoben worden sind, die somit verloren sind! Sie sind demaskiert geworden! Jetzt werden Sie wieder demaskiert werden mit der Frage der Widmung, weil Sie hier kein korrektes Spiel treiben. Ich verstehe das Ganze überhaupt nicht. Man kann ja in der Partei streiten. Ich bin ja auch keiner, der nicht andere Meinungen als seine Freunde hat. Denken Sie dabei an die Diskussion über das geplante Hotel am Fuße des Mölltaler Gletschers! Das ist ja alles zulässig, aber mich hat noch keiner in meiner Partei deswegen verfolgt, und ich habe auch noch nie jemanden verfolgt. Das ist die Situation, und daher, denke ich, kann jeder mit ruhigem Gewissen diesem Antrag zustimmen, weil wir 1999 die Voraussetzungen dafür geschaffen haben. Herr Kreschischnig hat noch nicht einmal gewusst, dass das Grundstück zu verkaufen ist. Uns kann daher niemand den Vorwurf machen, dass wir damals Freunderlwirtschaft betrieben haben. Es ist das Gegenteil der Fall. Wir sorgen dafür, dass jemand, der in der ÖVP das Prinzip, das Herr Ferry Mayer geprägt hat, nämlich „Goschn halten“, nicht befolgt hat, zu seinem Recht kommt.

Vizebürgermeister Albel:

Nach den wirklich absolut leidenschaftlichen Plädoyers von Helmut Manzenreiter und Richard Pfeiler müsste man nichts mehr dazu sagen. Ich glaube, dass man das nicht noch präziser sagen kann. Es geht hier um eine Widmung. Herr Kollege Burian hat ja gesagt, dass Widmungen wichtig und richtig sind, deshalb stehe ich auch als Widmungsreferent dazu, dass man sachlich diskutiert. Ein bisschen Lob verträgt der gesamte Gemeinderat aber auch. Danke, dass diese sachliche Diskussion hier im Gemeinderat heute geführt worden ist. Das hätte es beim letzten Mal, als dieser Punkt auf der Tagesordnung stand, gebraucht. Bei Herrn Kollegen Steinacher hat es aber nichts genützt. Sie ändern Ihre Meinung nicht. Genützt hat es also nichts, aber es war eine sachliche Diskussion, und so etwas brauchen

auch Fragen der Widmung. Das Kircherl wird heute, morgen und auch übermorgen geschützt, denn Sie haben es beschlossen. Es gibt einen Schutzgürtel rund um das Kircherl von 70.300 Quadratmetern. Der war, ist und wird auch in Zukunft dort sein. Ich darf um Zustimmung zu diesem Amtsvortrag bitten.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion,

gegen den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt, Gemeinderat Jabali-Adeh):

Verordnung

des Gemeinderates der Stadt Villach vom, mit der der Flächenwidmungsplan für die Grundstücke 523/1, 523/2, 525/1, .45/2 (alle teilweise) und 523/3, KG Völkendorf, geändert wird.

Gemäß den Bestimmungen des § 15 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 - K-GplG 1995, LGBl. Nr. 23/1995 i.d.F. LGBl. Nr. 88/2005, wird nach Genehmigung durch die Kärntner Landesregierung verordnet:

§ 1

Geltungsbereich

1. Diese Verordnung gilt für die Grundstücke 523/1, 523/2, 525/1, .45/2 (alle teilweise) und 523/3, KG Völkendorf.
2. Die Grundstücke haben ein Gesamtausmaß von 6.429 m².

§ 2

Änderung der Flächenwidmung

1. Zahl 11/2012:
Die Grundstücke 523/1, 523/2, 525/1 und .45/2 (alle teilweise), KG Völkendorf, werden im Ausmaß von 2.125 m² von derzeit „GRÜNLAND – FÜR DIE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT BESTIMMTE FLÄCHE“ in „BAULAND - DORFGEBIET“ gem. § 3 Abs. 4 K-GplG 1995 gewidmet.

Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanänderung ist der beiliegende Lageplan mit der Zahl 11/2012 vom 30.1.2012 im Maßstab 1:2.000.

2. Zahl 12/2012:
Die Grundstücke 523/1, 523/2 (teilweise) und 523/3, KG Völkendorf, werden im Ausmaß von 555 m² von derzeit „GRÜNLAND – FÜR DIE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT BESTIMMTE FLÄCHE“ in „VERKEHRSFLÄCHE – ALLGEMEINE VERKEHRSFLÄCHE“ gem. § 6 K-GplG 1995 gewid-

met.

Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanänderung ist der beiliegende Lageplan mit der Zahl 12/2012 vom 30.1.2012 im Maßstab 1:2.000.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt gem. § 14 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 am in Kraft.

Pkt. 47.) Änderung des Flächenwidmungsplanes, Grundstücke 594/1, 594/2 und 594/3 (alle teilweise), KG Wollanig; Judith Egger

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Stadt und Verkehrsplanung vom 20.1.2014, Zl.: 10/31/10 RaK/DK.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

Verordnung

des Gemeinderates der Stadt Villach vom, mit der der Flächenwidmungsplan für die Grundstücke 594/1, 594/2 und 594/3 (alle teilweise), KG Wollanig, geändert wird.

Gemäß den Bestimmungen des § 15 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 – K-GplG 1995, LGBl. Nr. 23/1995 i.d.F. LGBl. Nr. 88/2005, wird nach Genehmigung durch die Kärntner Landesregierung verordnet:

§ 1

Geltungsbereich

1. Diese Verordnung gilt für die Grundstücke 594/1, 594/2 und 594/3 (alle teilweise), KG Wollanig.
2. Die Grundstücke haben ein Gesamtausmaß von 8.396 m².

§ 2

Änderung der Flächenwidmung

Die Grundstücke 594/1, 594/2 und 594/3 (alle teilweise), KG Wollanig, werden im Ausmaß von 2.902 m² von derzeit „GRÜNLAND – FÜR DIE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT BESTIMMTE FLÄCHE; ÖDLAND“ in „BAULAND – DORFGEBIET“ gem. § 3 Abs. 4 K-GplG 1995 gewidmet.

Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanänderung ist der Lageplan mit der Zahl 31/2010 vom 10.11.2010 im Maßstab 1:2.000.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt gem. § 14 Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 am in Kraft.

Pkt. 48.) Erstellung eines Teilbebauungsplanes „Lagermax – Gewerbezeile“,
Grst. Nr. 320/25, KG Perau (Zl.: 20-36-05)

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Stadt- und Verkehrsplanung vom
18.12.2013, Zl.: 20-36-05 Ri/DK/DK.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

VERORDNUNG

**des Gemeinderates der Stadt Villach vom, mit
der ein Teilbebauungsplan für das Grundstück Nr. 320/25, KG Perau (Gewer-
bezeile), erlassen wird.**

Gemäß den Bestimmungen der §§ 24, 25 und 26 des Kärntner Gemeindepla-
nungsgesetzes 1995 – K-GplG 1995, LGBl. Nr. 23/1995 i.d.F. LGBl. Nr. 88/2005,
wird verordnet:

I. ALLGEMEINES

§ 1

Planungsgebiet

1. Diese Verordnung gilt für das Grundstück Nr. 320/25, KG Perau.
2. Das Planungsgebiet mit dem Grundstück Nr. 320/25, KG Perau, hat ein
Ausmaß von 14.497 m².

II. BEBAUUNG

§ 2

Geltungsbereich

Die Bebauung im Planungsgebiet (§ 1) darf nur nach Maßgabe des einen Bestand-
teil dieser Verordnung bildenden Bebauungsplanes „LAGERMAX Gst. Nr. 320/25,
KG Perau“ vom 24.10.2013, Zl.: 20-36-05, Plan-Nr. 3605-1 (Maßstab 1:1000), er-
folgen.

§ 3

Baulinien

1. „Baulinien“ sind jene Grenzlinien auf einem Baugrundstück, innerhalb wel-
cher Gebäude und bauliche Anlagen errichtet werden dürfen.

2. Die Baulinien sind in den zeichnerischen Darstellungen festgelegt und gelten nur für oberirdische Bauteile.
3. Von der Einhaltung der Baulinie nicht berührt sind die baulichen Anlagen im Rahmen der Freiflächengestaltung (Böschungsbefestigungen, Einfriedungen, Rampen, Stiegen zur Höhenüberwindung, Stützmauern usw.) sowie nicht raumbildende untergeordnete Baulichkeiten oder Bauteile (wie z.B. Werbepylone, Trafos, Überdachung Hauszugänge, Vordächer, Überdachung Autoabstellplätze usw.).
4. Außerhalb der Baulinie ist die Errichtung von raumbildenden untergeordneten Baulichkeiten (wie z.B. Einhausungen und Überdachungen für Müllsammelplätze, Einhausungen und Überdachungen für Fahrradabstellplätze usw.) in eingeschossiger Bauweise möglich.
5. Darüber hinaus von der Einhaltung der Baulinie nicht berührt sind sicherheits- oder brandschutztechnische Maßnahmen, welche in Verbindung mit einem Bestandsbau ausgeführt werden, um den Anforderungen der Sicherheit und des Brandschutzes nach den neuesten Erkenntnissen der technischen Wissenschaften zu entsprechen.

§ 4

Bauliche Ausnutzung

Die maximale bauliche Ausnutzung für das Planungsgebiet ergibt sich aus den planlich (§ 2) festgelegten Baulinien und maximalen Gebäudehöhen sowie den im § 3 Abs. 3 bis 5 des Verordnungstextes festgelegten Ausnahmen.

§ 5

Maximale Bauhöhe

Die maximale Höhe der Gebäude wird mit der maximalen Attikaoberkante über dem festgelegten Bezugspunkt bestimmt und ist der zeichnerischen Darstellung zu entnehmen. Die Festlegung der absoluten Höhe ist in der zeichnerischen Darstellung ersichtlich. Dieser Wert kann für betriebsspezifisch erforderliche Anlagen (wie z.B. Klimageräte, Belichtungselemente, Geländerkonstruktionen, Rauchabzugsanlagen, Kollektoren u. ä.) im technisch notwendigen Ausmaß erhöht werden.

§ 6

Anwendung des Textlichen Bebauungsplanes

Sofern in den §§ 3 bis 5 bzw. in der graphischen Darstellung (§ 2) nichts anderes vorgesehen ist, gelten für dieses Planungsgebiet die Festlegungen des Textlichen Bebauungsplanes 2007 der Stadt Villach (Verordnung des Gemeinderates vom 23.5.2007, Zl.: 20/90/07).

§ 7**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt gemäß § 16 Abs. 1 des Villacher Stadtrechtes 1998 – K-VStR 1998, LGBl. Nr. 69/1998 i.d.F. LGBl. Nr. 65/2012, in Verbindung mit § 26 Abs. 5 K-GplG 1995 nach Ablauf des Tages in Kraft, an dem sie an der Amtstafel des Rathauses angeschlagen worden ist.

Pkt. 49.) Aufhebung des grafischen Teilbebauungsplanes Bereich Jugendherberge/Volksschule St. Martin, Grst. Nr. 1417/5 teilw., 1417/10, 1417/13 und 1417/16 teilw., alle KG St. Martin (Zl.: 20-15-05)

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Stadt- und Verkehrsplanung vom 16.12.2013, Zl.: 20/15/05 Ri/DK.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

VERORDNUNG

des Gemeinderates der Stadt Villach vom, mit der der Teilbebauungsplan für die Grundstücke 1417/5 teilw., 1417/10, 1417/13 und 1417/16 teilw., alle KG St Martin (Bereich Jugendherberge/Volksschule St. Martin), aufgehoben wird.

Gemäß den Bestimmungen der §§ 26 und 27 des Kärntner Gemeindeplanungsgesetzes 1995 – K-GplG 1995, LGBl. Nr. 23/1995 i.d.F. LGBl. Nr. 88/2005, wird verordnet:

§ 1

Geltungsbereich

1. Diese Verordnung gilt für die Grundstücke 1417/5 teilw., 1417/10, 1417/13 und 1417/16 teilw., alle KG St Martin.
2. Der Bereich der Aufhebung hat ein Ausmaß von 10.952 m².

§ 2

Aufhebung von Rechtsvorschriften

Der für die Grundstücke 1417/5 teilw., 1417/10, 1417/13 und 1417/16 teilw., alle KG St Martin, mit Beschluss des Gemeinderates der Stadt Villach vom 15.9.1972, Zl.: 610/2 – 77 Ho/Ho, festgelegte Teilbebauungsplan wird aufgehoben.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt gemäß § 16 Abs. 1 des Villacher Stadtrechtes 1998 – K-VStR 1998, LGBl. Nr. 69/1998 i.d.F. LGBl. Nr. 61/2012, in Verbindung mit § 26 Abs. 5 K-GplG 1995 nach Ablauf des Tages in Kraft, an dem sie an der Amtstafel des Rathauses angeschlagen worden ist.

Frau Vizebürgermeisterin Rettl übernimmt den Vorsitz.

Pkt. 50.) Vorbelastung Budget 2015 für Vertragsabschlüsse Abos der Stadt
Villach

Vizebürgermeister Albel

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Kultur vom 27.2.2014,
Zl.: St/Ur-02/2014, wie folgt:

Es geht hier um einen Budgetbeschluss im Gemeinderat betreffend die Vorbelastung des Budgets 2015. Die Situationen im Kulturbereich haben sich wesentlich verändert, sodass die Kulturbetriebe in ganz Österreich vorab Verträge haben wollen, wenn Planungen vorgenommen werden. Dem wollen wir natürlich auch korrekt Rechnung tragen, und ich bitte um Zustimmung zu diesem Beschluss.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig

die Budgetvorbelastung für das Jahr 2015 in Höhe von insgesamt
EUR 375.000,00 –

VASSt. 1.3220.728000 – EUR 194.000,00 für die Bereiche Großes Orchester, Kleines Orchester, Kammermusik,

VASSt. 1.3240.728000 – EUR 181.000,00 – für die Bereiche Sprechtheater, Musiktheater, Theater für ein junges Publikum.

Pkt. 51.) Selbständiger Antrag der FPK-Gemeinderäte betreffend Einführung
von einem Familienbeirat

Frau Stadträtin Mag.^a Sandriesser

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der FPK-Gemeinderäte vom
7.12.2012.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

folgendem Antrag die **Zustimmung** erteilen:

Die Finanzverwaltung und gegebenenfalls die zuständige Abteilung sollen die Be-
deckung bzw. die Folgekosten für die Einführung eines Familienbeirates prüfen
und die Grunddaten erheben.

Nach Prüfung derselben und Freigabe der Mittel erfolgt die Umsetzung.

Pkt. 52.) Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend Verbesserung und Erweiterung bei der Haltestelle Seebach für ein adäquates „Park & Ride“-Angebot

Stadtrat Mag. Weidinger

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ vom 7.12.2012.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

folgendem Antrag die **Zustimmung** erteilen:

Der zuständige Ausschuss prüft das derzeit bestehende Platzangebot für „Park & Ride“ an der Haltestelle Seebach in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der ÖBB auf Verbesserung und Erweiterung.

Pkt. 53.) Selbständiger Antrag der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffend
Verzicht auf Pestizide

Stadtrat Sobe

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ vom 24.5.2013 wie folgt:

Ich bitte um Übernahme der vorangegangenen Beschlüsse und empfehle, diesem Antrag die Zustimmung zu geben, nachdem er schon erfüllt ist, weil heuer schon so gearbeitet wird, wie es in diesem Antrag gefordert wird.

Gemeinderat Mag. Burian:

Auch wenn es so aussieht, als ob dieser Antrag angenommen wird, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass die Stadt Villach jahrelang das Pestizid „Roundup“ verwendet hat. Herr Bürgermeister hat im Mai verkündet, dass Villach vom Gebrauch von Pestiziden Abstand nehmen wird. Wir haben aber ein paar Monate später noch immer Mitarbeiter des Wirtschaftshofes fotografiert, die Pestizide eingesetzt haben. Ich wollte sagen, dass es unzählige Argumente gegen diese Pestizide gibt, die in einem gewissen Sinne natürlich umstritten sind. Im „Roundup“ ist als Hauptstoff das Glyphosat enthalten. Diesem wird vorgeworfen, dass er karzinogen, das heißt, krebserregend, ist. Dass er erbgutschädigend ist, hat man an Mäusen festgestellt. Dieser Stoff soll das Nervensystem schädigen und das Hormonsystem von Menschen und Tieren durcheinander bringen. Viele Umweltorganisationen fordern das Verbot von Glyphosat, zum Beispiel das Umweltinstitut in München, Global 2000.

Ich weiß nicht, ob Sie es gelesen haben, aber ich möchte Folgendes jedenfalls in Erinnerung rufen: Dieses Herbizid wurde so oft verwendet, dass Spuren davon in vielen Menschen, auch in den hier anwesenden Menschen, nachweisbar sind, und zwar im Urin. In 20 Prozent der österreichischen Bevölkerung ist Glyphosat nachweisbar. Wenn jetzt wirklich von diesem Mittel Abstand genommen wird, finde ich, dass das ein großer Schritt ist. Eigentlich muss man dann sagen, dass Villach eine Vorreiterrolle hat. Villach sollte diese Vorgehensweise auch innerhalb des Städtebundes verbreiten. Ich gratuliere der Stadt, wenn sie diesen Beschluss fasst.

Frau Vizebürgermeisterin Rettl:

Wir sind voll auf Linie, und ich glaube, dass die ganze Stadt auf Linie ist. Ich werde mich bemühen, auch in meiner restlichen Amtszeit gemeinsam mit dem Stadtgartenreferenten dafür zu sorgen, dass wir uns überlegen, wie wir Pestizide durch Mikroorganismen ersetzen. Dazu gibt es bereits sehr gute Forschungs- und Anwenderergebnisse. Ich glaube, dass es unsere ganze Anstrengung brauchen wird, um es für diese Stadt auch nachhaltig zu machen. Dann sind wir nämlich nicht nur High-Tech-Stadt Nummer eins, sondern auch Umweltstadt Nummer eins. Das soll unser Bestreben sein.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig,

folgendem Antrag die **Zustimmung** zu erteilen:

„Die Stadt Villach verzichtet im eigenen Wirkungsbereich auf den Einsatz von Pestiziden.“

Pkt. 54.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Kinderbetreuung in der Innenstadt

Stadtrat Sobe

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 6.12.2013:

Frau Gemeinderätin Bister:

Jeder weiß, dass ich in einem Bereich tätig bin, in welchem ich hauptsächlich mit Frauen zu tun habe. Pflege und Kinderbetreuung sind nach wie vor in weiblicher Hand. Ich höre von meinen Kolleginnen immer wieder, wie schade es ist, wenn sie in Villach beim Einkaufen unterwegs sind.

Ich habe heute schon ein paar Mal gehört, wie toll es in Villach ist. In Klagenfurt ist es aber möglich, dass ich mein Kind für zwei oder drei Stunden in einen Kindergarten geben kann, während ich einkaufen gehe. Es ist jetzt Ostern. Ich möchte für mein Kind etwas kaufen. Es gibt mittlerweile sehr viele alleinerziehende Frauen oder Patchwork-Familien. Wenn ich mein Kind sicher aufgehoben weiß, wäre es für mich sicher zufriedenstellend. Ich würde mir leichter tun. In Klagenfurt ist es möglich, und im Atrio gibt es auch einen Kindergarten. Dort kann ich mein Kind hingeben. Warum soll so etwas in der Stadt nicht möglich sein? Das verstehe ich nicht. Vor allem, wenn man bedenkt, dass für Kunst so viel Geld ausgegeben wird, nur für die Kinder nicht.

Stadtrat Sobe:

An und für sich wollte ich verkürzen, doch das geht nicht. Man muss darauf antworten, daher werde ich das auch tun. Mit dem vorliegenden selbständigen Antrag fordert die ÖVP Villach, eine Kinderbetreuung in der Innenstadt anzubieten. Ein zeitgemäßes, bedarfsorientiertes und freundliches Angebot der Kinderbetreuung in der Villacher Innenstadt sei einzurichten, um damit die Innenstadt besser zu beleben und noch attraktiver zu gestalten. Die Stadt Villach als Trägerin von Kinderbetreuungseinrichtungen hat ausschließlich auf Basis der Bestimmungen des Kärntner Kinderbetreuungsgesetzes tätig zu werden. Das Kärntner Kinderbetreuungsgesetz enthält Regelungen betreffend die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Kindergärten, Horten und weiteren Einrichtungen sowie fachliche Anstellungserfordernisse des pädagogischen Personals.

Eine Betreuungs- oder Aufbewahrungsgeschichte gibt es seitens der Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadt Villach nicht. Das müsste ein Privater machen. Uns geht es um den pädagogischen Teil. Das genannte Gesetz definiert die unterschiedlichen Aufgaben der jeweiligen Kinderbetreuungseinrichtungen. Allgemeine Kindergärten haben die Kinder zwischen dem vollendeten dritten Lebensjahr und dem Schuleintritt auf den Schuleintritt vorzubereiten. Horte haben schulpflichtige Kinder außerhalb des Schulunterrichts zur Pflichterfüllung gegenüber der Schule und zur sinnvollen Freizeitgestaltung anzuleiten. Kinderkrippen haben Kindern zwischen dem vollendeten ersten und dem vollendeten dritten Lebensjahr Aufsicht, Pflege und soziale Geborgenheit und Bildungsförderung zu gewähren.

Ferner enthält das zitierte Gesetz sowie die dazu ergangene Verordnung der Landesregierung Bestimmungen über die Lage, Beschaffenheit, Ausstattung und Einrichtung von Gebäuden und Liegenschaften einer Kinderbetreuungseinrichtung. In weiterer Folge ist die Organisation von Kinderbetreuungseinrichtungen in der Form von Gruppen geregelt, wobei in Abhängigkeit der Art der Betreuung maximal zwischen zehn und 25 Kinder pro Gruppe betreut werden dürfen. Schließlich enthält das Gesetz Vorschriften über die fachlichen Anstellungserfordernisse für pädagogisches Personal in Kinderbetreuungseinrichtungen.

Die dargestellten Umstände zeigen auf, dass das geforderte Angebot der Kinderbetreuungseinrichtungen in der Villacher Innenstadt durch die Stadt Villach allein schon an der Nichtvereinbarkeit mit den Bestimmungen des Kärntner Kinderbetreuungsgesetzes scheitert. Recherchen in anderen Städten wie zum Beispiel Klagenfurt, Wiener Neustadt oder Grieskirchen zeigen, dass diese Form der Betreuung durch private Träger beziehungsweise Vereine erfolgt.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, Gemeinderat Jabali-Adeh;

gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 1 Stimme der FPÖ-alt),

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat der Stadt Villach möge die zuständigen Magistratsabteilungen und Referenten mit der Erarbeitung von Umsetzungsoptionen wie im Antrag beschrieben beauftragen. Diese sind dann den zuständigen Ausschüssen vorzulegen und bei Bedeckung umzusetzen.

Pkt. 55.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Leit- bzw. Orientierungssystem beim Parkplatz V73

Stadtrat Sobe

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 7.12.2012.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 1 Stimme der Fraktion „Die Grünen Villach“ (Gemeinderat Mag. Burian), Gemeinderat Jabali-Adeh; gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 1 Stimme der Fraktion „Die Grünen Villach“ (Frau Gemeinderätin Schautzer), 1 Stimme der FPÖ-alt),

folgenden Antrag **abzulehnen**:

Der Gemeinderat der Stadt Villach möge beraten und beschließen, dass die zuständige Referentin dafür Sorge trägt, dass ein Leit- bzw. Orientierungssystem beim Parkplatz V73 angebracht wird.

Dieses Leitsystem soll folgende wesentliche Informationen und Maßnahmen umfassen: Errichtung von Info- bzw. Schautafeln, die sowohl Visualisierungen der Routen und Wanderwege als auch der Infrastruktureinrichtungen (Toilettenanlagen, Gastro...) beinhalten und über die Verhaltensregeln am Berg informieren.

Pkt. 56.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Hundesackerln an Hundehalter

Stadtrat Sobe

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 26.4.2013.

Gemeinderat Dipl.-HTL-Ing. Struger, MSc, MBA:

Hier geht es darum, mit einem weiteren Beitrag die Hygiene und Sauberkeit unserer Stadt sicherzustellen. Diesen Antrag haben wir schon im April des vorigen Jahres eingebracht. Bei der Schneeschmelze kommt immer wieder zum Vorschein, dass die Gehsteige mit Hundehinterlassenschaften übersät sind. Wir haben im Endeffekt schon sehr viele gute Ideen wie beispielsweise die Hundesackerlspender oder die Saugmaschine evaluiert. Unser Vorschlag ist ein weiterer Beitrag dazu. Die 2.500 gemeldeten Hundebesitzerinnen und Hundebesitzer sollen im Rahmen der Ausfuhr der Gelben Säcke durch die Firma Saubermacher und bei der Abholung des Mülls mit Sackerln serviciert werden, damit man so einen Beitrag zur Sauberkeit in der Stadt Villach sicher stellt. Ich bitte um Zustimmung.

Vizebürgermeister Albel übernimmt den Vorsitz.

Frau Vizebürgermeisterin Rettl:

Ich habe mir den Antrag sehr genau durchgelesen. Lieber Herr Stadtrat Weidinger, auch ich habe den Herrn getroffen, der das angeregt hat. Es war ja nicht eure Idee. Es ist natürlich eine sehr eigenartige Idee. Ich möchte euch etwas zeigen: Auf dem Plan, den ich hier hochhalte, ist auf drei Seiten das Stadtgebiet von Villach zu sehen. Darauf gibt es orangefarbene Punkte. Jeder von diesen 152 Punkten steht für einen Gassimaten, der in der Stadt aufgestellt ist. Diese stehen auch auf dem Dobratsch. In Zukunft werden auch die Drau- und Gailbermen mit Gassimaten und Mülleimern versehen, sodass man keinen Antrag mehr dafür stellen muss. Das macht Herr Stadtrat Sobe freiwillig, weil ich ihn darum gebeten habe.

Wir haben 2.500 registrierte Hundehalter und ungefähr noch einmal so viele Hunde, die nicht registriert sind und für welche nichts bezahlt wird. Für einen Hund zahlen Sie 40,00 Euro im Jahr. Diese 40,00 Euro decken bei weitem nicht die Kosten. Dieser Betrag ist eigentlich für die Straßenreinigung gedacht, doch er deckt die Kosten für Gassimaten, zusätzliche Mülleimer und die Abfuhr bei weitem nicht. Immer wieder wird ins Spiel gebracht, dass die Leute ohnehin so viel zahlen. Wir haben diesbezüglich übrigens einmal etwas eruiert. Wir haben so ziemlich die niedrigste Hundeabgabe in ganz Österreich. In Wien zahlt man bereits an die hundert Euro Hundeabgabe pro Monat, wenn man einen Hund hat. Wenn man zwei Hunde hat, zahlt man 250,00 oder 300,00 Euro. Diese Abgabe potenziert sich auch in Graz und überall anders.

Ich gehe oft spazieren. Die anständigen Hundehalter haben ihre Hundesackerln an der Leine befestigt. Wenn unser Hund irgendwo mit auf Besuch ist, habe ich einen Pack Sackerln mit. Es nützt nichts, wenn Sie dem Hundehalter ein Sackerl zuschicken. Glauben Sie von der ÖVP, dass die Leute so unmündig sind, oder wollen Sie sie zur Unmündigkeit erziehen, dass nicht jeder in der Lage ist, sich bei einem Gassimaten zehn Sackerl herauszunehmen? Man braucht mehr als ein Sackerl pro Tag. Glauben Sie wirklich, dass alle Leute, die jetzt ein benütztes Sackerl in den nächsten Garten werfen, das nicht mehr tun werden, wenn wir ihnen die Sackerln gratis und frei Haus auf Kosten aller Nichthundebesitzer, das heißt, aller anderen Bürger, die keinen Hund und keine Katze haben, liefern? Katzen brauchen zwar kein Sackerl, für meine würde ich hingegen schon eines benötigen, wenn sie im Freien wäre, denn sie ist eine große Katze. Glauben Sie wirklich, dass man die Leute so zur Vollkasko-Mentalität erziehen muss, indem man ihnen alles nachträgt und ihnen die Verantwortung dafür, dass sie ein Sackerl benutzen, mitnehmen und ordentlich entsorgen, abnimmt? Glauben Sie, dass die Unanständigen diese Vorgehensweise einhalten? Sind Sie mir nicht böse, doch das geht zu weit!

Das ist ein emotionales Thema, bei welchem ihr euch wieder einmal in ein Referat einmischt, das nicht das eure ist und das eigentlich wunderbar funktioniert. Wissen Sie, was nicht funktioniert? Das obere Ende der Leinen. Das werden Sie nicht ändern, indem Sie dann auf facebook schreiben: Wir stellen euch jetzt die Hundesackerl zu! Schreibt bitte Folgendes dazu: Aber benutzen müsst ihr es schon selbst! Das tun die Leute nämlich nicht.

Ich kenne den Herrn, der mir gesagt hat, dass es in einem bestimmten Stadtteil keinen Gassimaten gibt, nämlich in den Auen. Da steht jedoch ein Gassimat direkt neben der Kirche, wo die Spazierwege für die Hunde in den Auen beginnen und einer hinter dem Kohlmeier-Haus, wo die Leute immer mit den Hunden spazieren gehen. Alle Hundebesitzer, die ich dort beobachte, nehmen sich immer sofort einen Haufen Sackerln und brauchen die ÖVP nicht, damit ihnen welche nach Hause zugestellt werden. Belästigt mit solchen Dingen nicht den Gemeinderat! Sie gewinnen damit nichts. Sie verunsichern die Leute nur und lassen sie glauben, dass die Stadt alles tun muss.

Stadtrat Sobe:

Frau Vizebürgermeisterin hat mir aus der Seele gesprochen. Ich bitte um Abstimmung.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, Gemeinderat Jabali-Adeh; gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt),

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, die Finanzverwaltung und gegebenenfalls die zuständige Abteilung sollen die Bedeckung bzw. die Folgekosten für die Zustellung (in geeigneter Weise) von Hundesackerln an die Hundehalter prüfen. Nach der Prüfung sollten die finanziellen Mittel freigegeben werden und eine Umsetzung erfolgen.

Pkt. 57.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Lösung des Lärmproblems für die Bewohner rund um den Walter-Dick-Park in Landskron

Stadtrat Sobe

berichtet im Sinne des selbständigen Antrages der ÖVP-Gemeinderäte vom 31.7.2013.

Gemeinderat Dipl.-HTL-Ing. Struger, MSc, MBA:

Kinderlärm ist Zukunftsmusik. Das ist das Credo der Österreichischen Volkspartei. Ich bin selbst Vater von drei Kindern. Es ist wesentlich, dass diese Zukunftsmusik entsprechend gehört wird. Ein Credo der ÖVP ist es aber auch, das Ohr bei den Bürgerinnen und Bürgern zu haben. Wir haben eine Stadtteiltour, die wir ständig vornehmen – von einem Stadtteil zum anderen –, bei welcher wir einerseits Bürgerinformationsveranstaltungen besuchen und andererseits Bürgeranliegen mitnehmen. Dementsprechend haben wir ein solches Anliegen als Antrag formuliert.

Es ist für uns wichtig, einerseits einen Interessensausgleich zu schaffen und andererseits den betroffenen Anrainern zu helfen und – ich formuliere es jetzt so – in Form einer technischen Lösung eine Hilfestellung zu geben, sodass der Schallpegel im Bereich des Tors sinkt. Wie dem Anhang zu diesem Antrag, der den Walter-Dick-Park betrifft, zu sehen ist, befindet sich hinter dem Tor ein Zaun. Wenn die Kinder den Ball „fleckten“ und dieser auf den Zaun trifft, wird dieser zu einer Schallquelle, welche die Anrainer stört. Wir haben dieses Anliegen Ernst genommen, aber immer mit der Argumentation, dass es für uns ganz wichtig ist, die Kinder Kinder und den Sport Sport sein zu lassen. Wir haben in die Richtung argumentiert, dass diesbezüglich nur ein Interessensausgleich stattfinden kann. Unser Stadtrat Weidinger hat die Streetworker aktiviert und zum Gespräch gebeten, damit es mit den Jugendlichen vor Ort ein Gespräch gibt. Es ist aber wichtig, eine technische Lösung zu finden, wie zum Beispiel ein Fangnetz in einem entsprechenden Abstand gegenüber dem Zaun anzubringen. Uns ist es wichtig, dass wir einerseits diesen Lärmpegel zugunsten der Anrainer senken können und andererseits, dass die Freude der Kinder am Ballspielen sicher gestellt wird.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Es handelt sich um eine Thematik, die in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen auftritt. Dafür soll es einen Interessensausgleich zwischen verschiedenen Personengruppen geben. Für uns steht im Vordergrund, dass Kinder das höchste und am meisten schützenswerte Gut sind. Wir sollten aber als Stadt ganz sorgsam dorthin schauen, wo es diese Themen gibt. Dort gibt es in den meisten Fällen, und diesbezüglich habe ich auch mit Frau Dr.ⁱⁿ Liebhauser von der Kinder- und Jugendanwaltschaft Kärnten gesprochen, einen Mix aus Lösungen, die erforderlich sind. Nicht eine Pauschallösung ist möglich, sondern es muss ein Mix aus Lösungen sein. Aus diesem Grund habe ich vor Ort konkret vorgeschlagen, die Streetworker mit einzubinden, weil es hier nicht nur um den Fußballplatz, sondern auch um den Lärm der Mopeds vor dem Volkshaus geht. Es geht weiters auch darum, dass immer wieder Müll liegen bleibt. Somit kommt es dort zu verschiede-

nen Thematiken. In einem Leserbrief wurde ja auch beschrieben, dass dort ein Mistkübel angezündet wurde. Um ganz genau zu sein, war es ein Papiercontainer.

Was wir uns wünschen, ist, dass wir auf diese Themen ganz besonders sensibel eingehen und mit der Bevölkerung vor Ort versuchen, eigenverantwortlich eine Lösung zu finden. Das ist ein gesellschaftliches Thema, wovon wir die Augen nicht verschließen sollten. Daher schlage ich vor, dass wir die Kinder- und Jugendanwaltschaft auch beim Stadtentwicklungskonzept Neu miteinbeziehen, um mehr Kinderräume vorzusehen. Ich meine jetzt nicht Räume geografischer Natur, sprich: aus Beton, sondern dass wir Freizonen definieren, wo Kinder Kinder sein können, und dafür Sorge tragen, dass die Infrastruktur rund herum auch in Ordnung ist. Das ist die Intention dieses Antrages. Ich glaube, dass es ein klares Zeichen einerseits für die Jugendlichen und Kinder und andererseits für die Anrainer wäre, wenn man mit ihnen im Gespräch ist.

Stadtrat Sobe:

Ich werde mich nicht lange aufhalten, muss aber schon das eine oder andere dazu sagen. Zum einen komme ich zur Wortmeldung des Herrn Gemeinderates der ÖVP in Landskron. Wenn man ein Grundstück, das relativ groß ist und zwischen den Seen liegt, und drei Kinder hat, hat man nicht das Problem, dass man zu einem Spielplatz gehen muss. Dann kann man alles relativ gut zu Hause regeln. Deshalb kann man sich auch stark machen und sagen, dass alle anderen keinen Spielplatz brauchen.

Ich habe mir Bilder auf facebook angesehen. Wenn ich mir jetzt vor Augen führe, wer alles bei einer Besprechung beim Jagersberger gesessen ist, dann will ich das gar nicht aufzählen und Sie damit strapazieren. Ich kenne in Landskron fast alle Bürgerinnen und Bürger, auf jeden Fall jene, die neben diesem Park wohnen und auch manchmal ihre Probleme damit haben. Bei der ÖVP ist es so, dass das Problem aufgenommen und ausgebreitet wird. Es hat dann dazu ganz viele Stimmen geben. Es wird ein Arbeitskreis gegründet, zum Schluss ein Masterplan erstellt und ein Antrag geschrieben. Diesen Antrag bekommt dann der zuständige Referent und dieser lautet, und das muss man hier wirklich einmal sagen: Der Gemeinderat der Stadt Villach beschließt, den zuständigen Referenten zu beauftragen, endlich eine geeignete Lösung zu Gunsten und mit den Anrainern zu erarbeiten und umzusetzen. Das klingt ganz einfach und banal. Das weiß der Referent, und da kennt er sich aus.

Es ist so, dass wir vor der Errichtung dieses wunderschönen Areals mitten in Landskron und unter Berücksichtigung einer anderen Thematik, die wir heute schon einmal besprochen haben, in Wien waren. Wir haben uns angesehen, wie ein Generationenpark aussieht und wo wir was hinstellen können, sodass sich alle gegenseitig nicht stören und das Ganze funktioniert. Es ist auch so gemacht worden. Deshalb gibt es dort Hügel und eine Trennung zwischen Kleinkindern und größeren Kindern. Es gibt einen eingezäunten Kleinkinderspielplatz, damit die Hunde dort nicht hineinkommen. Dafür gibt es auch einen Spielplatz für die etwas größeren, die „fleckeln“ oder Fußball spielen. Sie spielen aber im Winter, am Abend und wenn es regnet nicht Fußball, sondern sie spielen ab und zu einmal

Fußball. Es wird hier von einer bestimmten Permanenz gesprochen und davon, dass die Menschen dort nicht mehr leben und nicht schlafen können.

Weshalb sage ich das? Meine Freunde der SPÖ Landskron und ich haben dafür gekämpft, dass wir das Geld für dieses Projekt bekommen haben, das Areal freigebracht worden ist und dieser Park inmitten von Landskron entstehen hat dürfen. Die andere Geschichte, die der ÖVP auch einmal gesagt gehört, ist, dass es dort eine fünfstöckige Verbauung in Form einer Wohnanlage, welche vom Gemeinderat schon genehmigt war, gegeben hätte, wo das Blech, das heißt, die parkenden Autos, genau auf der Seite gestanden wären, wo heute die Eigentümshäuser stehen. Es gäbe dort keinen Kinderlärm, der meines Erachtens richtig ist, sondern etwas ganz anderes. Man würde keinen Dobratsch und keinen Mittagsgogel mehr sehen und sich um vier Uhr früh die Ohren zuhalten müssen, wenn die Leute dort wegfahren würden, damit sie in die Industriezentren gelangen, um dort zu arbeiten.

Das wäre deswegen die reale Situation gewesen, weil derjenige, der das Grundstück gekauft, die Eigentümshäuser errichtet und den Bürgerinnen und Bürgern verkauft hat, gewusst hat, dass ein weiterer Bau früher oder später nicht mehr möglich sein wird und es einen Freiraum geben wird. Er hat gebaut, Eigentüm daraus gemacht und für relativ gutes Geld verkauft. Überall auf der Welt und speziell im urbanen Raum, ist, wenn ich heute eine Eigentümshwohnung habe, ein Park ganz etwas Tolles, wenn dort Kinder ein bisschen spielen. Wir haben ohnehin alle technischen Möglichkeiten berücksichtigt, indem wir einen Zaun errichtet haben. Wir haben uns das in Wien angesehen. Wir wissen, dass es zu einer Lärmerregung bei Spielplätzen mit Zäunen kommen kann, deshalb haben wir uns das Ganze überlegt und Gummipuffer zwischen den Zaunelementen eingebaut. Ich könnte nur noch eines machen, nämlich, dass ich den Kindern Softbälle verkaufe, wodurch sich der Lärmpegel vielleicht noch etwas senkt.

Zum anderen gibt es noch etwas: Die Mopeds fahren in Landskron überall, nicht nur im Park, sondern auch auf der Straße. Wenn der Mopedlärm zu laut ist, gibt es etwas ganz Einfaches. Wir haben einen Polizeiposten in Landskron. Dort kann man anrufen. Die Polizei kommt und sagt den Buben, sie sollen dort nicht fahren, sondern anderswo. Dann zeigen sie eben andere Leute an. So einfach ist es. Es gibt Mopedfahrer, die dort fahren und ihren Spaß haben. Das dürfen sie auch, solange sie sich im Straßenverkehr so benehmen wie alle anderen Verkehrsteilnehmer auch.

Ich könnte es mir ganz einfach machen. Das mache ich aber nicht, weil ich mir genau das, was Herr Philosoph Weidinger gesagt hat, ins Stammbuch geschrieben habe. Ich möchte den Ausgleich und mit niemanden Probleme haben. Es wäre natürlich ganz einfach. Man könnte dort um das ganze Areal herum eine Umfrage machen. Ich sage Ihnen, dass die Umfrage mit dem Ergebnis 98 zu zwei Prozent ergeben würde, dass eigentlich nichts verändert werden muss, weil der Park jedem so passt, wie er ist. Wenn aber ihr mir sagen könnt, weil ihr die Ober-Antragsteller seid und ohnehin alles wisst, was in der Stadt besser wäre, was ich dort an technischen Möglichkeiten habe, außer einen Softball zu kaufen, dann

sagt mir das bitte. Dann können wir darüber reden. Somit bin ich schon am Ende meiner auch sehr emotionalen Worte in der Hinsicht, dass ich wirklich glaube, dass Kinderlärm Zukunftsmusik ist. Diese Aussage ist nicht von Ihnen gekommen, sondern von den Kinderfreunden.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;

gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach, 1 Stimme der FPÖ-alt, Gemeinderat Jabali-Adeh),

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat der Stadt Villach beschließt, den zuständigen Referenten zu beauftragen, endlich eine geeignete Lösung zu Gunsten und mit den Anrainern zu erarbeiten und umzusetzen.

Pkt. 58.) Naturpark Dobratsch – KG Völkendorf, Ernennung zum Naturpark-Partnerkindergarten

Stadtrat Sobe

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Kindergärten und Schulen vom 10.11.2013, Zl.: 2052-7.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

„Der Kindergarten Völkendorf wird zum Naturpark-Partnerkindergarten gemäß den Kriterien des Verbandes der Naturparke Österreich ernannt.“

Pkt. 59.) Führung des Kindergartens Puch – Änderung des Vertrages

Stadtrat Sobe

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Kindergärten und Horte vom 4.2.2014, Zl.: 4/KH GR 2014/1.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

Dem beiliegenden „Nachtrag zum Vertrag vom 23.6.2005“, Zl.: GG4-10g/01a/05/Dr.Ti/K“ über die Neuregelung der Punkte 8 und 10 wird mit Wirksamkeit ab 1.1.2014 die Zustimmung erteilt.

Pkt. 60.) Erneuerung des elektronischen Informationssystems an den Stadteinfahrten

Stadtrat Sobe

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 6 – Betriebe und Unternehmen vom 6.3.2014, Zl.: 05D-1401-Ma.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

mit Mehrheit

(für den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ, 11 Stimmen der FPÖ, 9 Stimmen der ÖVP, 1 Stimme der Fraktion „Die Grünen Villach“ (Frau Gemeinderätin Schautzer), 1 Stimme der FPÖ-alt, Gemeinderat Jabali-Adeh; gegen den Antrag: 1 Stimme der Fraktion „Die Grünen Villach“ (Gemeinderat Mag. Burian)):

„Der Investitionsplan des Unternehmens Plakatierung wird für das Jahr 2014 um EUR 160.000,00 erhöht, um die Maßnahme der Erneuerung der Anpassung des elektronischen Systems an den Stand der Technik durchführen zu können.

Das elektronische System an den Stadteinfahrten mit derzeit vier LED-Wänden wird an den Stand der Technik angepasst, wovon zukünftig drei einseitige und ein doppelseitiger Standort aufgerüstet werden. Die technische Umrüstung ist in einem Vergabeverfahren durchzuführen.

Die Plakatierung der Stadt Villach wird beauftragt, einen Teil der Sendezeiten über eine Kooperationsvereinbarung mit einer auf elektronische Medien spezialisierten Agentur vermarkten zu lassen, so dass langfristig eine Amortisation ermöglicht wird.“

Der Finanzmittelbedarf für diese Investition ist durch Eigenmittel des Unternehmens Plakatierung gedeckt.

Vizebürgermeister Albel:

Es liegen zwei Anträge der SPÖ-Gemeinderäte, zwei Anträge der FPÖ-Gemeinderäte, elf Anträge der ÖVP-Gemeinderäte, fünf Anträge der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ und drei Anträge von Gemeinderat Jabali-Adeh vor.

Die Anträge der SPÖ-Gemeinderäte betreffen:

- Hans-Gasser-Platz Neu – Aufstellung einer Bronze-Skulptur
- Straßenbenennung nach dem ersten Villacher Feuerwehrkommandanten

Die Anträge der FPÖ-Gemeinderäte betreffen:

- Tarif für Lehrlinge in der Kärnten Therme
- Studententarif in der Kärnten Therme

Die Anträge der ÖVP-Gemeinderäte betreffen:

- Nachnutzungskonzept „Zeitwende – eine Spurensuche“
- Markenentwicklungsprozess „Marke Villach“
- Bessere Beschilderung zum Villacher Wochenmarkt
- Kostenloser Kinderspielkasten für Innenstadtgeschäfte
- Grundsatzbeschluss – Wiedereinführung des Citybusses für die Villacher Innenstadt
- Anbringung von Klettergriffen unterhalb der „Kriegsbrücke“ (Höhe Kreuzkirche)
- Errichtung eines Boulderparks am Wasenboden
- Ergänzung der Trendsportanlage am Wasenboden mit Trainingsgeräten für die körperliche Ertüchtigung
- Maßnahme zur Weiterentwicklung des Campus St. Magdalen im Rahmen der Drauriviera durch Schaffung von neuen und zusätzlichen Sitzgelegenheiten
- Mobiler Kinderspielplatz
- Nachmittagsbetreuung für Kinder am Hauptplatz

Die Anträge der Gemeinderäte der „Grünen Villach“ betreffen:

- Fairtrade-Kaffee in der Kantine des Magistrates Villach
- Umgestaltung der anonymen Armengrabstätte am Villacher Waldfriedhof
- „Essbares Villach“ – für eine noch lebenswertere Stadt im Süden
- Vaxi für die Randbereiche von Villach an Tagen, an denen kein Bus verkehrt
- Ersatz der Kaffeeautomaten im Magistrat durch fairtrade-zertifizierte Kaffeeautomaten

Die Anträge von Gemeinderat Jabali-Adeh betreffen:

- Energiespar-Rubrik in Stadtzeitung
- „Mach es selbst“-Rubrik in Stadtzeitung
- Saatgut-Fest der Stadt Villach für samenfestes (=sortenrein nachbaubares) Saatgut

Die Anträge werden der **geschäftsordnungsmäßigen Behandlung** zugeführt.

Es liegen ein Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderäte, ein Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und FPÖ-Gemeinderäte, ein Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderäte, zwei Dringlichkeitsanträge der ÖVP-Gemeinderäte und ein Dringlichkeitsantrag von Gemeinderat Jabali-Adeh und 14 weiteren Gemeinderäten der FPÖ, ÖVP und Grünen Villach vor.

Der Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderäte betrifft:

- Prostitutionsbeschränkungs-Verordnung

Der Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und FPÖ-Gemeinderäte betrifft:

- Mindestsicherung – Rücknahme der Änderung der Zahlungsströme zu Lasten der Städte

Der Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderäte betrifft:

- Neuerrichtung einer normgerechten (barrierefreien) Rampe an der Draubücke

Die Dringlichkeitsanträge der ÖVP-Gemeinderäte betreffen:

- Grundsatzbeschluss – Wiedereinführung des Citybusses für die Villacher Innenstadt
- Markenentwicklungsprozess „Marke Villach“

Der Dringlichkeitsantrag von Gemeinderat Jabali-Adeh und 14 weiteren Gemeinderäten der FPÖ, ÖVP und der „Grünen Villach“ betrifft:

- Resolution der Stadt Villach für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Hypo Alpe Adria

- Pkt. 61.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge
a) Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderäte betreffend Prostitutionsbeschränkungs-Verordnung
-

Vizebürgermeister Albel

verliest den Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderäte wie folgt:

Der Villacher Bevölkerung ist es ein massives Anliegen, das Entstehen von Bordellen im grenznahen Bereich zu Italien und Slowenien zu verhindern, um hier die gerade in diesem Milieu verbreitete Kriminalität – Stichworte: Menschenhandel, Prostitution, Gewaltdelikte – zu vermeiden und einzudämmen.

Auf Grund einer Initiative der SPÖ Villach ist es im Jahr 2012 gelungen, dass der Landesgesetzgeber das Kärntner Prostitutionsgesetz dahingehend abändert, dass unter den Genehmigungsvoraussetzungen für Bordelle ein Mindestabstand von 300 Metern zu Schulen, Kindergärten, Heimen für Kinder oder Jugendliche, Jugendzentren, Sportstätten, Kinderspielplätzen, Gebäuden, die religiösen Zwecken gewidmet sind, Amtsgebäuden, Krankenhäusern, Sanatorien, Altenheimen, Pflegeheimen, Erholungsheimen und Kasernen statuiert worden ist.

In derselben Novelle hat der Gesetzgeber den Gemeinden endlich auch die Möglichkeit eingeräumt, angedachte Bordellstandorte auf der „grünen Wiese“ im Nahbereich bewohnter Strukturen präventiv zu verhindern, wenn es zur Beeinträchtigung von Schutzinteressen, wie das Ruhebedürfnis der Bevölkerung, das örtliche Gemeinschaftsleben, der Jugendschutz oder der Fremdenverkehr, erforderlich ist.

Bisher war es lediglich möglich, die Prostitution in einzelnen Gebäuden, Gebäudeteilen, aber auch Gruppen von Gebäuden zu verbieten, falls es bereits zu Verletzungen öffentlicher Interessen an bestehenden Standorten gekommen ist.

Diese eingeräumte Verordnungsermächtigung soll im gesetzlich zulässigen Rahmen so weit wie möglich ausgeschöpft werden, um den berechtigten Wünschen der Villacherinnen und Villacher Rechnung zu tragen.

Daher wird der

Antrag

gestellt, der Gemeinderat möge beschließen,

1. diesem Antrag die Dringlichkeit im Sinne des § 42 des Villacher Stadtrechtes zuzuerkennen.
2. Der Gemeinderat erlässt folgende Verordnung laut Anlage, Zl.: GG 1-GV-14/03/Wi, mit der die Nutzung bestimmter Gebäude, Gebäudeteile, Gruppen von Gebäuden oder bestimmte Liegenschaften im Gemeindegebiet zum Zweck der Anbahnung oder Ausübung der Prostitution untersagt wird (Prostitutionsbeschränkungs-Verordnung).

Es geht darum, dass über die SPÖ-Fraktion im Jahre 2011 eine Resolution eingebracht worden ist, die eine Verschärfung des Prostitutionsgesetzes im Land gefordert hat. Dieser Antrag wurde damals beschlossen und ans Land geschickt. Dort wurde auch eine Verschärfung der Bestimmungen gesetzlich vorgeschrieben. Nunmehr sind uns Möglichkeiten gegeben worden, wie wir eine Verschärfung dieser Beschränkungen vornehmen können, und der Vorschlag der SPÖ lautet dahingehend, dass es auch Straßen und Straßenteile, das heißt, Bundes-, Landes- und Gemeindestraßen, betrifft, wie auch Gebiete rund um Kinos und in Tourismuszonen, die davon ausgeschlossen werden sollen, dass dort ein Prostitutionsbetrieb sein darf. Ich darf nun zur Diskussion über die Dringlichkeit kommen. Gibt es eine Wortmeldung zur Dringlichkeit?

Stadtrat Mag. Weidinger:

Zur Dringlichkeit möchte ich noch einmal etwas zur Kenntnis bringen, das ich eingangs bei den Tagesordnungspunkten 9 beziehungsweise 10 zum Thema „Sicherheit und Bordellverbot“ schon erwähnt habe. Es gibt zwei Anträge, das heißt, Verordnungsentwürfe, die an das Land übermittelt wurden, zu welchen wir eine Stellungnahme erhalten haben. Ich habe sie als zuständiger Referent erhalten, und wie ich denke, hat Herr Bürgermeister diese als Bürgermeister erhalten. Jetzt lautet meine Frage: Handelt es sich dabei um einen von diesen zwei Entwürfen, oder ist das eine komplett andere Geschichte?

Ich möchte zum Thema „Bordellverbot“ gerne einen ÖVP-Dringlichkeitsantrag einbringen. Wenn es sich um den gleichen Antrag handeln sollte, würde ich vorschlagen, dass wir einen gemeinsamen Antrag daraus machen. In dieser Verordnung wird ganz speziell die Beschränkung innerhalb des Gemeindegebietes, das heißt, auf sehr große Bereiche, gemacht. Das ist eine sehr strikte Verordnung, die es, natürlich mit diversen kleinen Ausnahmen, welche anders rechtlich nicht machbar sind, möglich macht, viele Gebiete zu umfassen. Mit dem Erlassen dieser Verordnung wird das klare politische Signal gesetzt, dass wir keine zusätzlichen Bordelle für Villach mehr haben wollen.

Bürgermeister Manzenreiter:

Das war jetzt keine Aussage zur Dringlichkeit, obwohl gebeten worden ist, etwas zur Dringlichkeit zu sagen.

Ich habe heute schon gesagt, dass die Juristerei nicht mehr mit der Verlässlichkeit ausgestattet ist, dass man wirklich sagen kann, was im Endeffekt stimmt, wenn etwas nicht ausjudiziert wird. Ich würde bitten, dass der Antrag der SPÖ, und soweit kann ich das als Bürgermeister beurteilen, beschlossen wird, weil ihm laut Aussage der Fachleute die größeren Chancen auf Umsetzung gegeben sind.

Gemeinderat Mag. Steinacher:

Ich glaube, dass beide Anträge dringlich sind. Beide Anträge sind etwas komplett Neues. Wir sollten uns etwas überlegen. Da dieses Thema für mich sehr dringlich ist, möchte ich euch bitten, etwas zu behirnen. Wie Stadtrat Weidinger gesagt hat, ist sein Entwurf etwas strikter. Sein Entwurf bedeutet, dass im Villacher Stadtge-

bietet noch weniger potentielle Bordellbetriebe ermöglicht werden als, wie ich meine, es der SPÖ-Entwurf vorsieht. Darüber sollten wir jedenfalls diskutieren.

Mein Vorschlag lautet: Wir delegieren beide Anträge in den zuständigen Ausschuss und befinden dort noch einmal darüber, wodurch wir uns ein bisschen mehr Zeit verschaffen. Die Sitzung kann ja nächste Woche stattfinden, wenn wir wollen und der politische Konsens dazu vorherrscht, dass wir darüber noch einmal diskutieren. Es gibt zwei Vorschläge. Beide sind gut, und beide gehen in die gleiche Richtung. Der eine ist streng, und der andere noch strenger. Weidinger's Verordnungsentwurf ist noch strenger. Unser Erachtens nach sollte der strengere Weg gegangen werden. Vielleicht können wir diesen Vorschlag aufgreifen.

Gemeinderat Zellot:

Wir sind wahrscheinlich alle der gleichen Meinung, nämlich, dass in diesem Bereich etwas passieren soll. Jedes Mitglied des Gemeinderates hat hier aber schon das Recht, darüber Bescheid zu wissen, durch welchen Antrag in Form einer Verordnung welche Gebiete eingeschränkt werden. Nicht der Ausschuss wird darüber bestimmen, sondern jener Antrag ist entscheidend, der von den Juristen in Klagenfurt für durchführbar gehalten wird. Einer von den beiden Anträgen wird dann beschlossen. Wenn in diesem Verordnungsentwurf enthalten ist, dass es Einschränkungen gibt, dann möchte ich jetzt wissen, ob die Einschränkung zum Beispiel in der Maria-Gailer-Straße beginnt und in Drobollach aufhört. Gibt es eine Einschränkung in der Trattengasse oder nur in einem Gebäudebereich dort? Es ist das Recht eines jeden Gemeinderates zu erfahren, was hinter diesem Dringlichkeitsantrag steckt. Das möchte ich hören, denn dann kann ich sagen, ob ich zustimme oder nicht zustimme.

Bürgermeister Manzenreiter:

Herr Gemeinderat Zellot, der Großteil von uns sind keine Juristen. Wir werden die Sachlage, auch wenn wir jetzt alles vorlesen, nicht beurteilen können. Es ist bekannt, dass es einen Antrag gibt, der aus der einen Richtung kommt, und einen Antrag aus der anderen Richtung. Es sollte jedoch nicht die Frage zählen, ob der eine Antrag streng oder weniger streng vorgeht, wobei die Aussage der Polizei und der Sanitätsbehörde der Stadt Villach durch Herrn Dr. Mack lautet, dass die Regelung nicht so streng sein sollte, damit sich dieser Bereich nicht zu sehr in der Illegalität bewegt. Von 31.500 Grundstücken ist in dem vorliegenden Antrag, glaube ich, nur mehr die Genehmigung auf 170 Grundstücken möglich, im anderen Antrag sind es 70. Meine Erkundigungen – und das müsst ihr nun so nehmen, wie es ist, und das, was ich jetzt ausführe ist ganz korrekt – gehen in die Richtung, dass der Antrag, der 170 Grundstücke enthält, eher verfassungskonform ist beziehungsweise der Gesetzessituation in Kärnten entspricht. Das ist die Situation, wie sie mir erklärt worden ist.

Herr Stadtrat Mag. Weidinger:

Wir könnten jetzt grundsätzlich etwas hinterfragen. Es gibt eine Entstehungsgeschichte dazu. Die Verwaltung hat uns dankenswerter Weise auf Weisung von Herrn Bürgermeister und mir zwei Entwürfe ausgearbeitet. Ich habe dann gesagt, dass man diese zum Land schicken und vom Land dazu eine Stellungnahme ein-

holen soll. Ich nehme an, dass Herr Bürgermeister dasselbe gemacht hat. Ich wollte wissen, welche von diesen beiden Verordnungen hält und wie es damit aussieht. Ich könnte Ihnen jetzt auch das Schreiben dazu vorlesen.

Ich glaube, dass eine große Mehrheit dafür ist, dass wir sagen, dass wir eine Verschärfung haben möchten. Vor Gericht ist es bei vielen Fällen wie auf hoher See. Man kann sich nicht hundertprozentig sicher sein, was dabei herauskommt. Herr Bürgermeister hat Recht. Von der einen Verordnung wird gesagt, dass sie eher haltbar ist, die andere wäre vielleicht etwas kritischer. Man kann eine mögliche Umsetzung bei beiden nicht ausschließen. Ich würde wirklich vorschlagen, Herr Bürgermeister, dass wir uns das Ganze im Sinne des guten Miteinanders im Ausschuss anschauen. Alle Gemeinderäte sollen sich dann ein Bild darüber machen, auch über die Ausnahmen, denn diese betreffen viele Straßenzüge. Wir würden uns nichts vergeben, wenn wir das auf diesem Weg machen würden, wobei wir auch wissen, wie Herr Bürgermeister unter Tagesordnungspunkt 1, Mitteilungen des Bürgermeisters, gesagt hat, dass die nächste Gemeinderatssitzung schon wieder am 30.4. stattfindet. Somit wäre das Ganze ein Thema für Herrn Dr. Winkler und fällt in den Bereich der Abteilungen Gewerbe, Marktwesen und Naturschutz. Dieses Thema würde im Gewerbeausschuss behandelt werden, und wir würden dafür eine Sitzung einberufen. Sonst gilt als Variante die Abstimmung darüber.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich möchte dem Ganzen aus meiner Sicht und der Sicht der SPÖ ein Ende machen. Es gibt auch vom Land die Auskunft, dass der Antrag, den Günther Albel und die SPÖ eingebracht haben, mit hoher Wahrscheinlichkeit der ist, der hält und der andere nicht. Daher bleiben wir bei diesem Antrag. Ich bitte um Zuerkennung der Dringlichkeit und dann um die Zustimmung.

Der Gemeinderat beschließt

**einstimmig
(2/3 Mehrheit notwendig),**

dem Antrag der SPÖ-Gemeinderäte betreffend Prostitutionsbeschränkungs-
Verordnung

die Dringlichkeit **zuzuerkennen**.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig,

folgendem Antrag die **Zustimmung** zu erteilen:

1. Diesem Antrag die Dringlichkeit im Sinne des § 42 des Villacher Stadtrechtes zuzuerkennen.
2. Der Gemeinderat erlässt folgende Verordnung laut Anlage, Zl.: GG 1-GV-14/03/Wi, mit der die Nutzung bestimmte Gebäude, Gebäudeteile, Gruppen von Gebäuden oder bestimmter Liegenschaften im Gemeindegebiet zum Zweck der Anbahnung oder Ausübung der Prostitution untersagt wird (Prostitutionsbeschränkungs-Verordnung).

- Pkt. 61.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge
- b) Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und FPÖ-Gemeinderäte betreffend Mindestsicherung – Rücknahme der Änderung der Zahlungsströme zu Lasten der Städte
-

Vizebürgermeister Albel

verliest den Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und FPÖ-Gemeinderäte wie folgt:

Durch die von der FPK/ÖVP-Koalition beschlossene Kostenüberwälzung der Mindestsicherung zu Lasten der Städte erfahren diese eine nicht tragbare Verschlechterung. Die Städte wurden überfallen, und damit wurde versucht, den Zentralraum zu schwächen und den Städten die Strahlkraft zu nehmen. Die Umlandregionen profitieren von den Einrichtungen in den Städten im Bildungs-, Kultur-, Sport- und Wirtschaftsbereich – und Investitionen in diesen Bereichen sind zukünftig mehr als fraglich.

Seit dem Jahr 2012 wird das Villacher Stadtbudget um rund zwei Millionen Euro mehr belastet. Die Stadt Villach trifft die Änderung der Zahlungsströme insofern sehr hart, als dass die Kosten bis 2011 über einen Direktanteil und nach Maßgabe der Volkszahl verrechnet wurden. Ab dem Jahr 2012 wurde die Verteilung der Kosten nach einem einheitlichen Berechnungsmodell vorgenommen. Das heißt, neben der Volkszahl wird auch die Leistungsfähigkeit einer Stadt oder Gemeinde berücksichtigt.

Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen folgenden

Antrag

Der Kärntner Landtag und die Kärntner Landesregierung werden aufgefordert, die im Jahre 2011 beschlossene Änderung im Mindestsicherungsgesetz, mit der die Städte bei der Übernahme des Kostenanteils massiv belastet wurden, aufzuheben und die vorher geltende Rechtslage wieder herzustellen.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

**einstimmig
(2/3 Mehrheit notwendig),**

dem Antrag der SPÖ- und FPÖ-Gemeinderäte betreffend Mindestsicherung – Rücknahme der Änderung der Zahlungsströme zu Lasten der Städte

die Dringlichkeit **zuzuerkennen**.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

folgendem Antrag die **Zustimmung** zu erteilen:

Der Kärntner Landtag und die Kärntner Landesregierung werden aufgefordert, die im Jahre 2011 beschlossene Änderung im Mindestsicherungsgesetz, mit der die Städte bei der Übernahme des Kostenanteils massiv belastet wurden, aufzuheben und die vorher geltende Rechtslage wieder herzustellen.

- Pkt. 61.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge
c) Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderäte betreffend Neuerrichtung einer normgerechten (barrierefreien) Rampe an der Draubrücke
-

Vizebürgermeister Albel

verliest den Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderäte wie folgt:

Die Rampe an der Draubrücke zum Brautmodengeschäft wurde im Herbst 2013 abgebaut. Derzeit entnimmt man Medienberichten, dass die neue Rampe erst 2015 umgesetzt werden soll. Die aktuelle Situation ist eine sehr gefährliche für Rollstuhlfahrer, Kinderwägen und Radfahrer. Der bestehende Abgang weist ein Gefälle von 35,70 Prozent auf und entspricht somit nicht der Norm für barrierefreies Bauen, diese beinhaltet maximal ein Gefälle von sechs Prozent.

Die unterfertigen Gemeinderäte stellen daher den

Antrag:

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen:

An der Draubrücke beim Stiegenabgang in Richtung Brautmodengeschäft soll eine **neue Rampe** nach vorschriftsmäßiger Abklärung sofort errichtet werden, so dass diese neue Rampe spätestens im Herbst 2014 zur Benützung zur Verfügung steht. Damit wird normgerechtem und barrierefreiem Bauen Rechnung getragen und die Gefahrensituation für Rollstuhlfahrer, Kinderwägen, Radfahrer und so weiter entschärft.

Gemeinderat Jachs:

Bei diesem Abgang hat es ursprünglich eine Rampe gegeben, die in etwa ein Gefälle von 14,7 Prozent hatte. Diese ist im Herbst vergangenen Jahres wegen Abnützungserscheinungen, wie ich den Ausführungen von Vizebürgermeister Günther Albel entnehmen konnte, abgebaut worden. An mich sind einige Betroffene herangetreten und haben mich, weil ich im Gemeinderat bin, gefragt, was da los ist und ob ich darüber etwas weiß. Ich wußte nichts. Somit habe ich mir überlegt, was ich tun könnte. Ich habe das Ganze auf Grund der medialen Unterstützung durch die Kärntner Woche auf sachlicher Ebene aufgezeigt, ohne eigentlich damit gerechnet zu haben, was dann passieren wird. Faktum ist, dass sich am nächsten Tag in der Früh, nachdem dieser Artikel erschienen ist, ein Architekt bei mir gemeldet hat, nämlich Herr Dipl.-Ing. Markus Weiss. Er hat gesagt, dass es nicht sein kann, dass man für die Planung einer solchen Rampe bis 2015 braucht, wie es in der Kärntner Woche beschrieben war. Das sind zwei Jahre, gerechnet vom Herbst 2013, als die alte Rampe abgebaut worden ist, bis zur Neuerrichtung 2015. Er hat gesagt, dass er mir einen Alternativplan in der Art, wie die Rampe gewesen ist, erstellt und eine dem Beeinträchtigungsgesetz entsprechende Rampe zeichnet.

Bei der bestehenden Lösung haben wir ein Gefälle von 35,7 Prozent. Das ist nicht nur für Leute, die im Rollstuhl sitzen, absolut unzumutbar, sondern auch für Mütter, die mit dem Kinderwagen gehen, absolut schwierig. Es ist auch für Radfahrer gefährlich, die diese Rampe benützen. Abgesehen davon stellt sich die Frage: Was ist, wenn dort jemanden etwas passiert? Hat die Stadt meiner Meinung nach möglicherweise sogar ein Haftungsproblem? Es fehlt ein Handlauf.

Wie gesagt hat Herr Dipl.-Ing. Markus Weiss, Architekt hier in Villach, mir einen Plan gezeichnet und zwei Tage später überreicht. Ich glaube, dass darin die Rampe ein Gefälle von sechs Prozent aufweist und mit relativ geringem Aufwand errichtet werden kann. Der Antrag ist deswegen dringlich, weil das Gefälle, wie es jetzt ist, mit 35,7 Prozent sehr gefährlich ist. Wie sieht die Haftungsfrage aus, wenn etwas passieren sollte? Für einen Menschen, der beeinträchtigt ist oder im Rollstuhl sitzt, ist es nicht möglich, dort hinunter zu kommen. Aus diesem Grund bitte ich Sie, diesen Antrag zu unterstützen, damit die neue Rampe sofort gebaut und montiert werden kann, damit diese Gefahrenstelle dort beseitigt wird.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig
(2/3 Mehrheit notwendig),

dem Antrag der FPÖ-Gemeinderäte betreffend Neuerrichtung einer normgerechten (barrierefreien) Rampe an der Draubrücke

die Dringlichkeit **zuzuerkennen**.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig,

folgendem Antrag die **Zustimmung** zu erteilen:

An der Draubrücke beim Stiegenabgang in Richtung Brautmodengeschäft soll eine **neue Rampe** nach vorschriftsmäßiger Abklärung sofort errichtet werden, so dass diese neue Rampe spätestens im Herbst 2014 zur Benützung zur Verfügung steht. Damit wird normgerechtem und barrierefreiem Bauen Rechnung getragen und die Gefahrensituation für Rollstuhlfahrer, Kinderwagen, Radfahrer und so weiter entschärft.

- Pkt. 61.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge
d) Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Grundsatzbeschluss – Wiedereinführung des Citybusses für die Villacher Innenstadt
-

Vizebürgermeister Albel

verliest den Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderäte wie folgt:

Der öffentliche Verkehr spielt im globalen Kampf für den Klimaschutz eine zentrale Rolle. Daher muss durch ein geeignetes Angebot auf diese Herausforderung auf kommunaler Ebene reagiert werden. Ziel ist es, durch die Wiedereinführung des Citybusses die Villacher Innenstadt attraktiver zu gestalten, Einkäufe zu erleichtern und das Mobilitätsverhalten positiv zu beeinflussen.

Die Stadt Villach könnte mit der Wiedereinführung des Citybusses einen zusätzlichen Frequenzturbo für die Villacher Innenstadt schaffen und darüber hinaus das Mobilitätsverhalten von SchülerInnen, StudentInnen, ArbeitnehmerInnen, Touristen, UnternehmerInnen und Mitgliedern der reifen Generation vereinfachen und „CO₂-neutraler“ beeinflussen.

Es ergeht daher der folgende

Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Villach beschließt die Wiedereinführung des Citybusses. Die Verwaltung wird beauftragt, ein geeignetes Modell zu erarbeiten. Das detailliert ausgearbeitete Projekt bedarf dann einer gesonderten Beschlussfassung.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Der Citybus ist eine langjährige Forderung vieler Menschen in unserer Stadt. Es gibt hier im Gemeinderat grundsätzlich einiges an Zustimmung zu diesem Projekt. Der Grund, warum dieses Projekt beim letzten Mal abgelehnt wurde, war, dass man sich über die Tarife nicht einigen konnte. Unser Vorschlag lautet, dass ein Modell ausgearbeitet wird, welches geeignet ist, diesen Bedarf in der Innenstadt abzudecken. Ich bitte um Übernahme des Beschlusses beziehungsweise um Zustimmung sowohl zur Dringlichkeit als auch zum Inhalt.

Vizebürgermeister Albel:

Eine Übernahme eines Beschlusses kann es hier nicht geben. Gibt es eine weitere Diskussion über die Dringlichkeit? Das sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beschließt

**einstimmig
(2/3 Mehrheit notwendig),**

dem Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Grundsatzbeschluss - Wiedereinführung des Citybusses für die Villacher Innenstadt

die Dringlichkeit **zuzuerkennen**.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich möchte etwas sagen.

Vizebürgermeister Albel auf einen Zuruf von Gemeinderat Mag. Steinacher:

Ich führe den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister das Wort.

Bürgermeister Manzenreiter:

Herr Gemeinderat Steinacher, ich melde mich nicht zu Wort, wenn dem Antrag die Dringlichkeit nicht zuerkannt wird. Jetzt ist ihm die Dringlichkeit zuerkannt worden, und ich melde mich nun zu Wort. Das steht mir zu.

Ich empfehle, dem Antrag nicht die Zustimmung zu geben, denn auf der Linie des ehemaligen Citybusses verkehrt bereits ein Bus. Ich glaube, dass das die Linie 10 ist. Damals war die Idee, einen Gratis-Parkplatz, der außerhalb liegt, mit der Innenstadt zu verbinden. Es ist nicht einzusehen, dass wir Bürger in zwei Klassen teilen. Der Citybus war kostenlos, die anderen Linien sind zu bezahlen. Der Bus, der sich Citybus genannt hat, wird durch eine Firma, die den Verkehr in der ganzen Innenstadt abdeckt, geführt.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

**(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, Gemeinderat Jabali-Adeh;
gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt)**

folgenden Antrag **abzulehnen**:

Der Gemeinderat der Stadt Villach beschließt die Wiedereinführung des Citybusses. Die Verwaltung wird beauftragt, ein geeignetes Modell zu erarbeiten. Das

detailliert ausgearbeitete Projekt bedarf dann einer gesonderten Beschlussfassung.

- Pkt. 61.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge
e) Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Markenentwicklungsprozess „Marke Villach“
-

Vizebürgermeister Albel

verliest den Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderäte wie folgt:

Die Stadt Villach nimmt in Süd-Österreich eine besondere Stellung ein. Um die nächsten notwendigen Schritte zu setzen, ist es von besonderer Bedeutung, sich jetzt auf die Herausforderungen der Zukunft einzustellen. Dazu bedarf es eines nachhaltigen Markenentwicklungsprozesses.

Es ergeht daher der folgende

Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Villach möge beraten und beschließen, dass der zuständige Referent Optionen ausarbeiten lässt, wie ein geeigneter Markenentwicklungsprozess für die Erarbeitung der „Marke Villach“ aussehen kann. Dabei sind die Prinzipien Bevölkerungseinbindung, Transparenz und umfassende Erarbeitung und Zusammenführung von notwendigen Daten, Zahlen und Zukunftsszenarien anzuwenden. Die ausgearbeiteten Optionen werden schriftlich den Fraktionen vorgelegt und in den zuständigen Gremien diskutiert. Für die Umsetzung bedarf es einer weiteren Beschlussfassung.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

**einstimmig
(2/3 Mehrheit notwendig),**

dem Antrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Markenentwicklungsprozess „Marke Villach“

die Dringlichkeit **zuzuerkennen**.

Bürgermeister Manzenreiter:

Es wird zur Zeit von der Technischen Universität Graz und von einem über die Universität Graz angeheuerten Institut für Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung gerade das Konzept entwickelt, wie wir an das Stadtentwicklungskonzept herangehen. Ich würde es für falsch halten, wenn wir jetzt im Gemeinderat einen Beschluss fassen würden, an den wir dann gebunden wären, wie es sich die ÖVP im Detail vorstellt, nachdem wir für die Erstellung des Stadtentwicklungskonzeptes insgesamt einen Beschluss fassen werden. Damit wären wir dann gebunden.

Hören wir uns an, was uns die TU Graz vorschlägt! Dann können wir noch immer sagen, ob uns das gefällt oder ob wir etwas gerne besser gelöst hätten. Dass wir uns aber jetzt schon an irgendetwas binden, halte ich nicht für sinnvoll.

Stadtrat Mag. Weidinger:

Ich möchte darauf hinweisen, dass es sich dabei um keinerlei Bindung handelt, weil die Ausarbeitung, wie Sie, Herr Bürgermeister, es ausgeführt haben, durch die TU in Form eines Vorschlages erfolgt. Was für uns der interessante Schritt ist, und das ist an diesem Antrag absolut neu, ist, dass wir alle Informationen schriftlich bekommen. So kann sich jede Fraktion ein Bild darüber machen, und wir können sagen, ob wir damit einverstanden sind, wie die Markenentwicklung erfolgen wird. Mit diesem Beschluss ist mehr Transparenz gewährleistet, sodass man dann auch weiß, worüber wir beim Stadtentwicklungskonzept schlussendlich befinden werden.

Bürgermeister Manzenreiter:

Ich muss es noch einmal sagen: Es wird nicht nur ein volltransparenter Vorgang in Richtung Gemeinderat, sondern in Richtung Bürger sein. Sie wissen, dass es diesbezüglich noch eine Reihe von anderen Dingen geben soll. Daher sollten wir uns anhören, was kommt. Wir brauchen keinen Extrabeschluss und eine eigene Untersuchung, wie die Transparenz oder sonst irgendetwas sein kann. Ich bitte, dem Antrag inhaltlich nicht zuzustimmen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(für den Antrag: 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion;

gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion, 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt, Gemeinderat Jabali-Adeh)

folgenden Antrag **abzulehnen:**

Der Gemeinderat der Stadt Villach möge beraten und beschließen, dass der zuständige Referent Optionen ausarbeiten lässt, wie ein geeigneter Markenentwicklungsprozess für die Erarbeitung der „Marke Villach“ aussehen kann. Dabei sind die Prinzipien Bevölkerungseinbindung, Transparenz und umfassende Erarbeitung und Zusammenführung von notwendigen Daten, Zahlen und Zukunftsszenarien anzuwenden. Die ausgearbeiteten Optionen werden

schriftlich den Fraktionen vorgelegt und in den zuständigen Gremien diskutiert. Für die Umsetzung bedarf es einer weiteren Beschlussfassung.

Pkt. 61.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge

- f) Dringlichkeitsantrag von Gemeinderat Jabali-Adeh und 14 weiteren Gemeinderäten der FPÖ, ÖVP und der „Grünen Villach“ betreffend Resolution der Stadt Villach für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Hypo Alpe-Adria
-

Vizebürgermeister Albel

verliest den Dringlichkeitsantrag von Gemeinderat Jabali-Adeh und 14 weiteren Gemeinderäten der FPÖ, ÖVP und der „Grünen Villach“ wie folgt:

Die Probleme rund um die Hypo Alpe-Adria sind derzeit in aller Munde und erregen die Gemüter der Bevölkerung zusehends.

Viele unbeantwortete Fragen stehen im Raum, und das Gefühl der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, unverschuldet zur Kasse gebeten zu werden, ist allgegenwärtig spürbar.

Umso wichtiger erscheint es zu klären, wer die Verantwortung für dieses Debakel trägt, aber vor allem auch, wer die Nutznießer des staatlichen Einspringens sind, das heißt, wohin die erforderlichen Steuergelder gehen – um künftige Vorfälle dieser Art zu vermeiden.

Zur Klärung dieser Fragen scheint ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss das geeignete Mittel.

Roland Düringer schreibt in seinem offenen Brief an den Finanzminister: „Wer ein Problem erkennt und nichts dagegen tut, ist selbst Teil des Problems“.

Um nicht Teil des Problems zu sein, sondern Teil der Lösung, und um den Villacher Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zu signalisieren, dass wir für Aufklärung in dieser Causa stehen,

stellen die am Antrag angeführten Gemeinderäte den Antrag, der Gemeinderat möge beraten und beschließen:

„Der Gemeinderat der Stadt Villach spricht sich in einer Resolution für die Installierung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Hypo-Affäre aus.“

Gemeinderat Jabali-Adeh:

Ich glaube, dass die Dringlichkeit selbstredend ist. Das Thema ist jetzt aktuell. Den Menschen brennt es unter den Fingernägeln. Deswegen sollten wir den Antrag, glaube ich, gleich behandeln.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(2/3 Mehrheit notwendig),

(für den Antrag: 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt, Gemeinderat Jabali-Adeh;

gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion),

dem Antrag von Gemeinderat Jabali-Adeh und 14 weiteren Gemeinderäten der FPÖ, ÖVP und der „Grünen Villach“ betreffend Resolution der Stadt Villach für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Hypo Alpe-Adria

die Dringlichkeit **nicht zuzuerkennen.**

Bürgermeister Manzenreiter:

Herr Vizebürgermeister Albel, lass noch einmal darüber abstimmen. Frau Rettl beeinsprucht die Abstimmung. Es müssen zwei Drittel dafür sein.

Vizebürgermeister Albel:

Kommen wir bitte noch einmal zum Abstimmungsvorgang. Ich darf die Frage stellen, wer dem Antrag der Dringlichkeit zuerkennt. Ich bitte um ein Handzeichen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(2/3 Mehrheit notwendig),

(für den Antrag: 11 Stimmen der FPÖ-Fraktion, 9 Stimmen der ÖVP-Fraktion, 2 Stimmen der Fraktion „Die Grünen Villach“, 1 Stimme der FPÖ-alt, Gemeinderat Jabali-Adeh;

gegen den Antrag: 21 Stimmen der SPÖ-Fraktion),

dem Antrag von Gemeinderat Jabali-Adeh und 14 weiteren Gemeinderäten der FPÖ, ÖVP und der „Grünen Villach“ betreffend Resolution der Stadt Villach für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Hypo Alpe-Adria

die Dringlichkeit **nicht zuzuerkennen.**

Der Antrag wird der **geschäftsordnungsmäßigen Behandlung** zugeführt.

- Pkt. 61.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge
g) Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderäte betreffend Gebietsweise
Beschränkung der Prostitution
-

Vizebürgermeister Albel:

Es liegt mir noch ein Dringlichkeitsantrag betreffend Gebietsweise Beschränkung der Prostitution vor. Es liegt mir dazu jedoch kein Antrag vor, der einen Inhalt hätte. Es liegt mir lediglich ein Anhang in Form einer Verordnung vor. Das ist für mich kein korrekter Dringlichkeitsantrag. Es steht zwar ÖVP-Dringlichkeitsantrag darauf, aber in diesem Papier steht kein Antrag. Damit ist das für mich kein Dringlichkeitsantrag, und somit geht dieser Antrag der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zu.

Der Antrag wird der **geschäftsordnungsmäßigen Behandlung** zugeführt.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, dankt **Vizebürgermeister Albel** für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 22.05 Uhr

Die Protokollführerinnen:

Der Bürgermeister:

Barbara Ortner

Helmut Manzenreiter

Claudia Godec

Die Protokollprüfer:

GR Isidor Scheriau

GRⁱⁿ Sigrid Bister